

40. Sitzung

Freitag, den 16. März 2001

Erfurt, Plenarsaal

Politik der Landesregierung für den ländlichen Raum **3079**
Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der PDS
und Antwort der Landesregierung

- Drucksachen 3/1134/1411/1429 - auf Antrag der Fraktion der CDU
dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/1415 -

Nach Aussprache wird die von der Fraktion der PDS gemäß § 86 Abs. 2 Satz 3 GO beantragte Fortsetzung der Beratung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Mehrheit angenommen.

Während der Aussprache erhält die Abgeordnete Arenhövel (CDU) einen Ordnungsruf.

Erhalt der kommunalen Gewährträgerschaft für die Thüringer Sparkassen **3112**

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/1406 -

Nach Begründung und Aussprache wird der Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1406 - an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Einführung betriebswirtschaftlich kalkulierter Leistungsvergütung für niedergelassene Ärzte **3115, 3132**

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/1407 -

Nach Begründung durch den Antragsteller wird die Aussprache durch die Mittagspause und die Fragestunde unterbrochen.

Nach Fortsetzung der Aussprache wird eine beantragte Überweisung des Antrags der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1407 - an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1407 - wird mit Mehrheit abgelehnt.

Fragestunde **3119**

- a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Wildauer (PDS)** **3119**
"Bildung von Verbraucherbeiräten nach § 26 a des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit
- Drucksache 3/1360 -

wird von der Abgeordneten Nitzpon vorgetragen und von Minister Köckert beantwortet.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Innenausschuss gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/1360 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- b) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Arenhövel (CDU) 3120**
Barrierefreier Umbau des Erfurter Hauptbahnhofs
 - Drucksache 3/1369 -

wird von Minister Schuster beantwortet.

- c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Botz (SPD) 3121**
Marktentlastung im Rindfleischsektor
 - Drucksache 3/1373 -

wird von Minister Dr. Sklenar beantwortet. Zusatzfragen.

- d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Pidde (SPD) 3122**
Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiet und Sandsteinabbau am Großen Seeberg bei Gotha
 - Drucksache 3/1374 -

wird von Minister Dr. Sklenar beantwortet. Zusatzfrage.

- e) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (PDS) 3123**
Beteiligungsmodelle bei der Privatisierung der Thüringer Landesnervenkliniken
 - Drucksache 3/1375 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet. Zusatzfrage.

- f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (PDS) 3124**
"Mit Web und Wartburg"
 - Drucksache 3/1376 -

wird von Minister Gnauck beantwortet. Zusatzfrage.

- g) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Thierbach (PDS) 3125**
Strukturanpassungsmaßnahmen im sozialen Bereich im Jahr 2001
 - Drucksache 3/1380 -

wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfrage.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/1380 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Heß (SPD) 3126**
Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe
 - Drucksache 3/1392 -

wird von Minister Schuster beantwortet.

-
- i) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (PDS) 3126**
Notwendigkeit der Neuregelung von Arbeitszeiten für
Bereitschaftsdienste
- Drucksache 3/1393 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.

- j) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (PDS) 3127**
Welches Verhältnis hat der Ministerpräsident Vogel zur
Gewalt?
- Drucksache 3/1394 -

wird von Minister Gnauck beantwortet.

- k) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Klaus (SPD) 3128**
"BSE-Forschung in Thüringen"
- Drucksache 3/1396 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.

- l) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kraushaar (CDU) 3129**
Impfschutz in Thüringen
- Drucksache 3/1398 -

wird von Minister Dr. Krapp beantwortet. Zusatzfrage.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/1398 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- m) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kraushaar (CDU) 3130**
Abrechnungen von Impfungen
- Drucksache 3/1399 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.

Der Antrag der Fraktion der CDU, im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/1399 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

- n) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sedlacik (PDS) 3131**
Entwurf der Bundesregierung für ein Mietrechtsreformgesetz
- Drucksache 3/1400 -

wird von Minister Dr. Birkmann beantwortet.

Der Antrag der Fraktion der PDS, im Justizausschuss gemäß § 92 GO eine Aussprache zu der Mündlichen Anfrage - Drucksache 3/1400 - durchzuführen, wird von mindestens einem Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags unterstützt.

4. Thüringer Landespflegeplan

3135

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/1416 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Dr. Pietzsch einen Sofortbericht zu dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/1416 -.

Auf Verlangen der Fraktion der CDU findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag aller Fraktionen auf Fortsetzung der Beratung des Berichts im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit wird einstimmig angenommen.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/1416 - wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Wahl von Vertrauensleuten für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Verwaltungsgerichten des Freistaats Thüringen

3144

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksachen 3/1432/1434 -

Ohne Aussprache wird über den gemeinsamen Wahlvorschlag aller Fraktionen - Drucksache 3/1432 - unter Berücksichtigung der in - Drucksache 3/1434 - enthaltenen Änderung in offener Abstimmung gemäß § 46 Abs. 2 GO abgestimmt, da kein Abgeordneter einer Abstimmung durch Handzeichen widersprochen hat.

Der gemeinsame Wahlvorschlag aller Fraktionen - Drucksache 3/1432 - wird unter Berücksichtigung der in - Drucksache 3/1434 - enthaltenen Änderung mit Mehrheit angenommen.

Verdachtsfall auf Maul- und Klauenseuche in Thüringen

3144

Antrag der Fraktionen der CDU, PDS und SPD

- Drucksache 3/1440 -

Ohne Begründung durch die Antragsteller erstattet Minister Dr. Pietzsch einen Sofortbericht zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, PDS und SPD - Drucksache 3/1440 -.

Auf Verlangen der Fraktion der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, PDS und SPD - Drucksache 3/1440 - wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Am Regierungstisch:

stellvertretender Ministerpräsident Trautvetter, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	3079, 3083, 3084, 3087, 3088, 3092, 3093, 3095, 3097, 3100, 3101, 3102, 3103
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3134, 3136, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3146, 3147, 3149, 3152, 3153, 3154, 3155
Arenhövel (CDU)	3120, 3140, 3142
Bechthum (SPD)	3139
Dr. Botz (SPD)	3088, 3092, 3121, 3122
Döring (SPD)	3100
Emde (CDU)	3104
Dr. Fischer (PDS)	3132, 3134
Grob (CDU)	3149
Heß (SPD)	3117, 3126
Heym (CDU)	3087
Höhn (SPD)	3125
Dr. Klaus (SPD)	3105, 3110, 3128, 3147, 3154
Dr. Kraushaar (CDU)	3129, 3130, 3131, 3142
Krauß (CDU)	3088
Kummer (PDS)	3083, 3084, 3087, 3088, 3110, 3122, 3123, 3124
Mohring (CDU)	3113
Nitzpon (PDS)	3119, 3120, 3126, 3130, 3132, 3134, 3147
Nothnagel (PDS)	3103, 3142
Dr. Pidde (SPD)	3114, 3122, 3123
Pohl (SPD)	3102, 3103
Ramelow (PDS)	3126, 3127
Scheringer (PDS)	3097, 3149
Schugens (CDU)	3101, 3102, 3103
Sedlacik (PDS)	3113, 3131
Sonntag (CDU)	3106
Dr. Stangner (PDS)	3110, 3111
Stauch (CDU)	3136
Thierbach (PDS)	3115, 3125, 3136, 3142
Vopel (CDU)	3118, 3134
B. Wolf (CDU)	3152
Wunderlich (CDU)	3093, 3095, 3152

Dr. Birkmann, Justizminister	3131
Gnauck, Minister für Bundes- und Europa- angelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	3107, 3108, 3109, 3110, 3124, 3125, 3128
Köckert, Innenminister	3120
Dr. Krapp, Kultusminister	3129, 3130
Maaßen, Staatssekretär	3123, 3124, 3127, 3128, 3130
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit	3115, 3135, 3142, 3144, 3154
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	3120, 3125, 3126
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	3079, 3121, 3122, 3123, 3153
Trautvetter, Finanzminister	3114

Die Sitzung wird um 9.08 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Vertreter auf der Regierungsbank, verehrte Gäste auf der Besuchertribüne, ich eröffne die heutige 40. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 16. März 2001.

Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Wackernagel und Herr Abgeordneter Carius. Herr Abgeordneter Carius wird die Rednerliste führen.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Ellenberger, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Goebel, Frau Abgeordnete Groß, Herr Abgeordneter Dr. Hahnemann, Herr Abgeordneter Höhn, Herr Abgeordneter Illing. Herrn Abgeordneten Illing wünschen wir an seinem heutigen Geburtstag von hier aus besonders gute Wünsche für eine baldige Genesung.

(Beifall bei der CDU)

Der Blumenstrauß ist unterwegs, ansonsten hätte er hier auf dem Platz gestanden.

Weiterhin haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Neudert und Frau Abgeordnete Zitzmann.

Die Tagesordnung war ja bereits gestern festgestellt worden, auch mit dem gestrigen Antrag, der am Nachmittag noch einmütig hier im Haus aufgenommen worden ist.

Ich komme damit zum ersten Aufruf der heutigen Tagesordnung, nämlich Aufruf des **Tagesordnungspunkts 10**

**Politik der Landesregierung für den ländlichen Raum
Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der PDS und Antwort der Landesregierung**

- Drucksachen 3/1134/1411/1429 - auf Antrag der Fraktion der CDU

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 3/1415 -

Es liegt alles vor. Wir kommen unmittelbar zur Beratung und als Erster in der Beratung hat die Landesregierung um das Wort gebeten, nämlich Herr Minister Dr. Sklenar, bitte sehr.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, Politik für den ländlichen

Raum umfasst den überwiegenden Teil des Freistaats, statistisch gesehen sogar ganz Thüringen mit Ausnahme der Städte Erfurt, Jena und Gera und deren verdichtetes Umland. Die Politik für den ländlichen Raum hat für die Landesregierung eine besondere Bedeutung im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger

(Beifall bei der CDU)

und für die nachhaltige Entwicklung des gesamten Landes. Sie ist kein Segment der Landespolitik, sondern alle Politikbereiche sind integrierte Bestandteile dieser Politik für den ländlichen Raum. Der ländliche Raum ist kein homogenes Gebilde. Ländliche Räume in der Umgebung von Städten, beispielsweise entlang der Thüringer Städtereihe und weiteren Regionen, sind günstige Standortbedingungen, haben Wettbewerbsvorteile und bereits einen deutlichen Entwicklungsvorsprung. Deshalb widmet die Landesregierung strukturschwachen ländlichen Räumen mit niedriger Bevölkerungsdichte und unzureichendem Bestand an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit. Durch gezielte Maßnahmen müssen gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen die Entwicklungspotenziale optimal erschlossen und genutzt werden.

Die Landesregierung sieht gute Perspektiven für unsere ländlichen Räume. Warum? Es ist die positive Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt und die Gestaltungsmöglichkeit der Förderung, die im globalen, im europäischen und im regionalen Rahmen eine weiterhin tragfähige Entwicklung vorzeichnet. Es sind die eindrucksvollen Aufbauleistungen, welche die hier lebenden und arbeitenden Bürgerinnen und Bürger seit 1990 vollbracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich doch unsere Dörfer und Zentren im ländlichen Raum heute an und vergleichen Sie dies mit dem Zustand von vor zehn Jahren. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen aufpassen, dass uns die positive Entwicklung nicht durch die Politik der Bundesregierung kaputt gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Sei es die Ökosteuer, die ganz immense Probleme für die Bewohner ländlicher Räume, für die Land- und Forstwirtschaft bereitet, oder sei es die vollmundig so bezeichnete Agrarwende der Regierung Schröder.

(Beifall bei der CDU)

Der Landesregierung wird die Arbeit dabei nicht ausgehen, wenn sie auch noch die Probleme lösen muss, welche die Bundesregierung schafft. Ideologische Scheuklappen und

(Beifall bei der CDU)

Mangel an Fachkenntnissen sind nun mal keine guten Ratgeber.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das wahr wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, was gegenwärtig an die Wand gemalt wird, dann gibt es Gefahren für den ländlichen Raum. Das Einkommen wird sinken, Betrieben droht die Pleite. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass im ländlichen Raum Arbeitsplätze in großer Zahl verloren gehen werden. Die dringenden Agrarumweltmaßnahmen haben dann keine Träger mehr, es sei denn, die Kommunen oder das Land übernehmen diese Leistungen. Man stelle sich einmal vor, der öffentliche Dienst, der ja, wie Sie alle wissen, aus Personalgründen eher verringert gehört, würde als Landschaftspfleger eingesetzt, Beamte zur Pflege von Orchideenwiesen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das wäre mal was Vernünftiges!)

So sieht, meine sehr verehrten Damen und Herren, offenbar der Aufschwung Ost als Chefsache des Kanzlers aus.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir verfolgen im Interesse der Menschen auf dem Land, natürlich auch der Bauern, eine Politik, welche die Bekämpfung der BSE-Krise nicht für eine einseitig ideologisch orientierte Ökologisierung der Landnutzung ausschaltet. Wir stehen für ein tragfähiges Gesamtkonzept unter Berücksichtigung des Verbraucherschutzes, der Wettbewerbssicherheit, der Arbeitsplatzsicherung und der finanziellen Möglichkeiten. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe da auch keine Bedenken mehr, da ich gestern von Herrn Trittin gelesen habe, dass er den Wert der Landwirte als Umweltschützer nun erkannt hat und das auch öffentlich kundgetan hat und dass er darüber spricht, dass die Landwirte und Verbraucher und Umweltschützer nur gemeinsam vorankommen können. Ich denke, er ist auf dem richtigen Weg. Herzlichen Dank!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist meine Verantwortung für den ländlichen Raum sehr bewusst, dass es Probleme gab und gibt und es auch immer geben wird. Diese Landesregierung löst aber die Probleme und redet nicht nur darüber.

(Beifall bei der CDU)

Allein in den Jahren 1994 bis 1999 hat die Landesregierung Fördermittel in Höhe von 17,4 Mrd. DM sektoral und regional ausgewogen in die ländlichen Räume gelenkt. Damit wurden die abgängige ländliche Infrastruktur verbessert, marode Gebäude in den Siedlungen saniert, un-

geordnete Eigentumsverhältnisse geklärt, Investitionshemmnisse beseitigt. Die Landesregierung hat eine klare Handlungsmaxime zur Entwicklung der ländlichen Räume, das ist ein integrierter, sektorübergreifender Politikansatz. Dieser muss wegen der Vielfalt der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Gebieten problem- und bedarfsgerecht umgesetzt werden. Diese Strategie wird durch fachübergreifende Abstimmung, flexibel transparente Planung und den gebündelten Einsatz von Fördermitteln zur schnellen und wirkungsvollen Realisierung der Maßnahmen umgesetzt. Die Landesregierung unterstreicht dabei die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung als Garant tragfähiger ländlicher Entwicklungen und legt besonderen Wert auf die Stärkung kreativer lokaler Potenziale.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, "mit dem Bürger und nicht von oben herab" lautet die Devise.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ziel ist eine gleichwertige Entwicklung aller Landesteile. Basis dafür ist eine dauerhafte und räumlich ausgewogene Ordnung. Die enge Verflechtung zwischen Stadt und Land nutzen wir als eine der Stärken Thüringens als Wirtschaftsstandort. Mit insgesamt 5,6 Mrd. DM stehen nach zähem Ringen beachtliche Strukturfondsmittel der EU zur Verfügung. Die Landesregierung hat bei der Neuausrichtung der Förderung mit dem EU-Strukturfonds von 2000 bis 2006 besonderen Wert auf integrierte Strukturprogramme gelegt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sehen im Zusammenwirken der Ministerien, der Landesdienststellen der Kreis- und Kommunalebene, der regionalen und lokalen Akteure der Wirtschaft und des Dienstleistungssektors bei der Umsetzung der Programme den richtigen Weg. Komplexe Strukturmaßnahmen sollen durch Verzahnung der Finanzierungsmöglichkeiten erfolgreich umgesetzt werden.

In der Agrarpolitik der Europäischen Union ist die Entwicklung ländlicher Räume die zweite wesentliche Säule. Die Landesregierung hat die Chance erkannt und mit dem Operationellen Programm Thüringen, Teil EAGFL-Ausrichtung, sowie dem Entwicklungsplan für den ländlichen Raum Thüringens für die Jahre 2000 bis 2006 zielgerichtet genutzt. Das Operationelle Programm der EAGFL ist mit 1,645 Mrd. DM und der Entwicklungsplan für den ländlichen Raum mit 635 Mio. DM ausgestattet. Bei der Planung und dem Vollzug setzt die Landesregierung die ihr zur Verfügung stehenden raumwirksamen Instrumente wie Raumordnung, Landesplanung und Landesentwicklung ganz gezielt für abgestimmte Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung ein. Dafür haben wir rechtzeitig und frühzeitig die Voraussetzung geschaffen. 36 regionale Entwicklungskonzepte für ein Drittel der Landfläche liegen

vor. 205 agrarstrukturelle Entwicklungsplanungen decken die Hälfte der Landesfläche ab. 116 Flurbereinigungsverfahren auf 75.000 Hektar wurden eingeleitet. Von 5.000 Anträgen zur Zusammenführung von Grund- und Gebäudeigentum sind 4.000 abschließend bearbeitet. 1.035 km ländliche Wege wurden gebaut und in 1.604 Förderschwerpunkten der Dorferneuerung wurden 43.033 Maßnahmen gefördert.

(Beifall bei der CDU)

An diese positiven Erfahrungen und Beispiele können wir bei dem Ziel der Landesregierung anknüpfen, die Effizienz der Förderprogramme noch weiter zu erhöhen. Im Blick auf begrenzte finanzielle Mittel ist die Leistungsfähigkeit ländlicher Regionen aus eigener Motivation heraus zu stärken. Dem dient auch die Vernetzung der Instrumente und die Einbindung aller Akteure. Die Ideen und das Engagement der Menschen vor Ort sind das Wichtigste. Oft bewegen wenige viel. Hier zu unterstützen, auch mit regionalem Management oder Modellversuchen, ist Anliegen der Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leistungsfähige Infrastrukturen sind Grundlage für wirtschaftliche Aktivitäten, gewerbliche Investitionen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation. Da misst die Landesregierung der Förderung der Infrastruktur im ländlichen Raum besondere Bedeutung zu. Dies betrifft z.B. die Verkehrserschließung, die Einrichtung zur Versorgung und den Ausbau einer umweltgerechten Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sowie der Abfallwirtschaft. 1,27 Mrd. DM Fördermittel wurden für die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung von 1994 bis 1999 bereitgestellt. Für die gewerbliche Wirtschaft und die wirtschaftsnahe Infrastruktur waren es im gleichen Zeitraum knapp 7 Mrd. DM. Die sozialistische Planwirtschaft bescherte uns als Hinterlassenschaft mehr als 6.000 sanierungsbedürftige Altdeponien. Von 81 Hausmülldeponien, die 1991 noch betrieben wurden, sind 19 übrig geblieben. Nur zwei davon entsprechen noch nicht vollständig dem Stand der Technik. 170 Mio. DM wurden für die Siedlungsabfallwirtschaft und 12 Mio. DM für Altlasten bereitgestellt, um Deponien auf den Stand der Technik zu bringen, zu erschließen, zu sanieren und zu rekultivieren.

Das Aufkommen an Abfällen ging wesentlich zurück. Von 1993 bis 1999 schrumpften die pro Einwohner und Jahr erfassten Abfallmengen von 291 kg auf 159 kg. Gleichzeitig stieg die Wertstoffmenge von 157 kg auf 200 kg pro Einwohner und Jahr an. Die Entsorgungsinfrastruktur deckt auch zukünftig den Bedarf. Der Schienen- wie auch der Straßenpersonennahverkehr sind in den vergangenen Jahren spürbar verbessert worden. Von 1994 bis 1999 wurden rund 570 Mio. DM für Straßenpersonennahverkehr im ländlichen Raum zur Verfügung gestellt. Dadurch konnten sozialverträgliche Tarife gewährleistet werden. Die Straßen- und Schieneninfrastruktur wurde im gleichen Zeitraum mit über 1 Mrd. DM gefördert. Ein ho-

hes Sicherheitsniveau hinsichtlich der öffentlichen Ordnung des Brand- und Katastrophenschutzes, der allgemeinen Hilfe sowie des Rettungsdienstes für alle Bürger ist erklärtes Ziel der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Den Trägern dieser Aufgaben wurden Zuwendungen für die notwendigen Investitionen bereitgestellt. Allein für den Brandschutz wurden 287 Mio. DM Fördermittel von 1991 bis 2000 ausgezahlt. Damit konnten 426 Feuerlöschgeräthäuser neu, um- und ausgebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

1.192 Feuerwehrfahrzeuge und 114 Feuerwehrgroßgeräte wurden angeschafft.

Wir müssen angesichts der alarmierenden Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung alles tun, damit die Menschen im Lande und auf dem Lande bleiben. Mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen bedeutet, in Menschen zu investieren. Die Landesregierung sieht es als vordringlich an, allen Menschen die Möglichkeit für eine ausreichende allgemeine und berufliche Bildung und somit Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hat oberste Priorität bei der Entwicklung ländlicher Räume. Belebung von Wirtschaftskraft und Beschäftigung heißt deshalb: Investitionen in eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Infrastruktur; Förderung und Ansiedlung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Sicherung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen, umweltverträglichen Land- und Forstwirtschaft, die den Grundsätzen des Verbraucherschutzes verpflichtet ist; Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft; Gestaltung attraktiver Wohnbedingungen; Erhaltung eines hohen Umwelt-, Freizeit- und Kulturwertes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb zielt die Politik der Landesregierung in den Dörfern darauf, den Funktionswandel positiv zu begleiten. Neben Land- und Forstwirtschaft als wichtige Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktoren sind ergänzende Wirtschaftsbereiche zu stärken und neue Einkommensquellen zu erschließen. Beispiele dafür sind die Produktverarbeitung vor Ort, die Selbstvermarktung, der Tourismus und weitere ländliche Dienstleistungen. 243 Forstbetriebsgemeinschaften mit 10.586 Mitgliedern wurden gegründet. Sie sind geeignet für eine effektive Bewirtschaftung des Privatwaldes. Fast 500 Mio. DM Fördermittel regten Investitionen von nahezu 1,14 Mrd. DM für die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte an. Neue Chancen für eine flexible Aus-, Fort- und Weiterbildung und neue Arbeitsplätze bieten gerade im ländlichen Raum die modernen Techniken der Kommunikation und Datenübertragung. Auch die Einbindung neuer Wirtschaftsbereiche des Dienstleistungssektors sowie die Nutzung von Innovation sollten insgesamt gefördert werden. Dies ist verbunden mit Verkehrsvermeidung und dient somit der Schonung der Umwelt. Bereits

bewährte Modelle wie Telearbeit, Telekooperation bis hin zur Bildung virtueller Unternehmen sollten ausgebaut werden. Der Revitalisierung von innerörtlichen Branchen und der Umnutzung funktionslos gewordener Bausubstanz im Zuge der Dorferneuerung wird daher besondere Bedeutung beigemessen.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, eine wettbewerbsfähige, flächendeckende Land- und Forstwirtschaft liegt im ureigenen Interesse des Freistaats an einer langzeitigen und nachhaltigen Perspektive für unsere ländlichen Räume. Unsere Landwirtschaftsbetriebe - egal ob konventionelle Produktion oder ökologische Produktion - erzeugen hochwertige, gesunde Nahrungsmittel, die den strengen Kriterien des Verbraucherschutzes entsprechen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fördern und unterstützen auch die Direktvermarktung. Wir sind davon überzeugt, dass damit weiter das Vertrauen der Verbraucher in die Thüringer Landwirtschaft, in ihre Betriebe und in ihre heimischen Produkte gestärkt werden kann. Unsere Bauern produzieren und verwenden nachwachsende Rohstoffe. Sie gestalten darüber hinaus attraktive Kulturlandschaften, die zu Urlaub auf dem Lande einladen. Land- und Forstwirtschaft sind struktur- und landschaftsbestimmend. 95 Prozent des Grünlands werden durch unsere Extensivierungsprogramme erreicht. Mit dem Kulturlandschaftsprogramm gelang es, für die Landeskultur und den Naturschutz bedeutsame Flächen weiter zu bewirtschaften. Die Betriebe sollen noch stärker als bisher unsere Partner im Vertragsnaturschutz werden. Besonders umweltfreundliche Wirtschaftsweisen wurden mit 437 Mio. DM unterstützt. Im Jahre 2000 waren rund 250.000 ha in diesem Programmbestandteil verankert.

Die Forstwirtschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt uns ebenfalls besonders am Herzen. Auf über 6.000 ha Staatswald und über 2.000 ha Privat- und Körperschaftswald wurde das Waldumbauprogramm umgesetzt, mit 20,8 Mio. DM gefördert. Der Waldumbau hin zu leistungsfähigen naturnahen Wäldern als Aufgabe für mehrere Generationen wird konsequent fortgesetzt.

Die multifunktionale Rolle der Land- und Forstwirtschaft hat die Landesregierung für die laufende Förderperiode zukunftsweisend ausgestaltet. Das ist der richtige Weg, aber es droht Gefahr. Unsere heimische Landwirtschaft und andere Bereiche, insbesondere die Fleischwirtschaft, die in Thüringen mit ca. 30 Prozent der insgesamt 15.800 Beschäftigten das Rückgrat des Ernährungsgewerbes bildet, werden derzeit durch die BSE-Folgen und andere Seuchen schwer belastet.

Die Landesregierung unternimmt daher große Anstrengungen, um diese existenzbedrohenden Risiken im ländlichen Raum so gering wie möglich zu halten. Sie hat ein Zehn-Punkte-Programm im Umfang von 21 Mio. DM für

die darin vorgesehenen Sofortmaßnahmen verabschiedet. Es reicht von der Unterstützung zusätzlicher Forschungen zum BSE-Thema, über die Gebührenermäßigung für die BSE-Tests zu Lasten des Landeshaushalts, der Entsorgung des mit Tiermehl kontaminierten Futters, über Direkthilfe für Schlachthöfe im BSE-Fall, bis hin zu den Liquiditätshilfen für Rinderhalter und die Fleischverarbeiter. Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung wahr.

(Beifall bei der CDU)

Aber - und jetzt frage ich Sie - wo bleibt die Bundesregierung? Unabweisbar wird die Bewältigung der BSE-Krise in Deutschland über 4 Mrd. DM kosten. 4 Mrd. und nicht, wie immer genannt, 2 Mrd. Die Schäden durch den katastrophalen Markteinbruch und die Aufwendungen für den Erhalt der im höchsten Maße gefährdeten Arbeitsplätze müssen doch mit eingerechnet werden. Dieses Problem als kleinlichen Streit über Geld zwischen Bund und Ländern abzutun, entspricht dem Fehlverständnis der Bundesregierung für die Probleme im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Forderung steht nach wie vor: Der Bund muss 60 Prozent der entstehenden Kosten bei der Bewältigung dieser nationalen BSE-Krise tragen und nicht nur 10 Prozent.

(Beifall bei der CDU)

Die restlichen 40 Prozent, die übernimmt dann das jeweilige Land.

Der Bund bietet bisher für die nationale Hilfe nur 425 Mio. DM, also lediglich rund 10 Prozent an. Damit es schöner aussieht, rechnet er noch die 500 Mio. DM hinzu, die Deutschland an die EU zum internationalen Einsatz gegen BSE als Mitgliedsstaat zu zahlen verpflichtet ist. Und um diese beklagenswerte Haltung noch deutlicher zu machen: Zur Finanzierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und hier kommt eigentlich der größte Hammer für uns Landwirte, der genannten 425 Mio. DM nimmt er rund 325 Mio. DM den Landwirten an anderer Stelle, nämlich in der Gemeinschaftsaufgabe

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Unerhört!)

und beim Agrardiesel, weg. Sage und schreibe

(Beifall bei der CDU)

nur 100 Mio. DM, das sind 2,5 Prozent des zu erwartenden Mindestschadens, finanziert er nicht zu Lasten und auf Kosten der Landwirtschaft. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der in Fakten gegossene beklagenswerte Stellenwert, den die Menschen im ländlichen Raum, die Landwirtschaft, die Arbeitsplätze dort und

damit die Erhaltung unserer Kulturlandschaft im politischen Denken dieser Bundesregierung haben. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die real existierende Chefsache Ost. Dies, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit gewordene Prioritätenliste der Bundesregierung und,

(Beifall bei der CDU)

meine sehr verehrten Damen und Herren, wer kann den Streit beenden, wer muss hier ein Machtwort sagen: der Kanzler.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Basta!)

Aber der Kanzler macht es nicht. Er lässt die Bauern im Stich als billige Rache für sein Auftreten und die Reaktion in Cottbus.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich möchte abschließend die Eckdaten unserer Politik für den ländlichen Raum noch einmal umreißen. Wir fördern die regionale und gemeindliche Entwicklung zur Verbesserung der Standortqualität. Wir gestalten Strukturen, um für die Bevölkerung in den ländlichen Räumen eine ausreichende Versorgung mit Infrastrukturangeboten sowie Wohn- und Erwerbsmöglichkeiten zu gewährleisten. Wir unterstützen die Land- und Forstwirtschaft als bedeutsamen Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber bei der Produktion von gesunden Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen und bei der Nutzung alternativer Einkommensquellen. Wir stärken die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in ihrer multifunktionalen Rolle zur Wahrnehmung vielfältiger flächengebundener Aufgaben für die Gesamtgesellschaft bei Pflege, Erhalt und Entwicklung der Kulturlandschaft. Wir legen besonderen Wert auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Blick auf das Nachhaltigkeitsgebot der Agenda 21. Wir stehen für eine Naturschutzpolitik durch Maßnahmen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und zur Wiederherstellung naturnaher Lebensräume und Landschaftsstrukturen unter Berücksichtigung der Eigentümer- und Nutzerinteressen.

Die Gestaltung und Weiterentwicklung einer eigenständigen Politik für die ländlichen Räume sind geboten. Das ist Ziel der Landesregierung. Wir verfolgen diesen Ansatz konsequent in allen Programmen und Maßnahmen. Wir gestalten Politik für ländliche Räume im Interesse aller Thüringer und zugunsten der in den ländlichen Räumen lebenden und arbeitenden Menschen, der von ihnen geprägten Siedlungen und Kulturlandschaften mit ihrem unersetzbaren Potenzial an natürlichen und kulturellen Ressourcen. Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kummer, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich näher auf die Große Anfrage eingehe, möchte ich kurz etwas zum Umgang mit unserer Großen Anfrage sagen, weil ich schon finde, da wir uns im Plenum in der letzten Zeit auch mit der Geschäftsordnung dieses hohen Hauses beschäftigt haben, dass das ein Aspekt ist, der hier durchaus eine Rolle spielt. Unsere Fraktion fand es schon sehr merkwürdig, dass wir, bevor wir den Vorabdruck, die Vorabinformation über die Beantwortung unserer Großen Anfrage erhielten, im Ältestenrat schon vernehmen konnten, dass die CDU-Fraktion das Thema so wichtig findet, dass es auf die nächste Tagesordnung muss.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Weil es auch wichtig ist.)

Das Thema ist wichtig, das ist unbestritten, meine Damen und Herren, aber wir hätten vorher gern einmal die Antworten bekommen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich denke, das kann nicht der richtige Weg des Umgangs miteinander sein.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich eines: Ich habe auch eine Vermutung, warum der Umgang dieser und kein anderer gewesen ist, und ich hoffe, Sie widerlegen mich da am heutigen Tag. Ich vermute, der Grund für diesen schnellen Antrag der Fraktion der CDU, die Große Anfrage im Plenum zu behandeln, ist der § 86 Abs. 2 der Geschäftsordnung, der besagt, dass die Ausschussüberweisung der Zustimmung derer bedarf, die eine Beratung im Plenum verlangt haben. Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt, um dann die Ausschussüberweisung zu verhindern. Ich hoffe, wir werden uns über diese wichtigen Fragen trotzdem im Ausschuss unterhalten.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Was ich selber denk und tu, traue ich anderen zu.)

Meine Damen und Herren, Sie haben mich viel gelehrt in den letzten Jahren, in denen ich diesem hohen Haus angehöre, was ich Ihnen zutrauen kann.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Es hat aber nichts geholfen.)

Nun möchte ich zur Großen Anfrage kommen. Der Grund, warum wir diese Große Anfrage gestellt haben, war ein qualitativ sehr guter, beeindruckender Workshop im Landwirtschaftsministerium, der sich mit dieser Problematik sehr intensiv und sehr tiefgründig beschäftigte. Ein weiterer Grund waren auch Ausführungen gerade von EU-Ebene, die in letzter Zeit immer mehr Bedeutung beim ländlichen Raum gesehen haben. Ich möchte nur daran erinnern, dass der Herr Fischler auf der Grünen Woche dieses Jahr gesagt hat, dass wir in der Förderung der Landwirtschaft wesentlich mehr zur Förderung der ländlichen Räume übergehen müssen. Gerade auf dem Ost-West-Forum spielte das auf der Grünen Woche eine sehr große Rolle, dass man gesagt hat, auch bei der Berücksichtigung der Osterweiterung der EU wird man sich wesentlich mehr der Entwicklung der ländlichen Räume stellen und dort einen wesentlich größeren Schwerpunkt setzen, weil allein die Entwicklung der Landwirtschaft die Aufgaben nicht mehr lösen kann, die wir in den ländlichen Räumen zu stellen haben.

Wir haben hier eine sehr umfangreiche Arbeit vorliegen und ich möchte den Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums, die hier sicherlich hauptsächlich ihren Beitrag geleistet haben, auch einen herzlichen Dank übermitteln für diese Arbeit.

(Beifall im Hause)

Ich sage aber gleich dazu, dass wir trotz allem ein wenig enttäuscht waren. Wir haben uns in unserer Einleitung zur Großen Anfrage speziell auf kleine Gemeinden bezogen und die Definition der Landesregierung, die den ländlichen Raum auf alles in Thüringen, außer in den Verdichtungscentren Erfurt, Gera und Jena, bezeichnete, die hilft meiner Ansicht nach nicht, die Probleme, die wir in strukturalarmen Regionen haben, genauer zu bezeichnen. Es ist sicherlich ein sehr richtiger Aspekt, was jetzt die Frage der Förderung angeht. Das ist sicherlich ein Aspekt, der auch EU-weit eine Rolle spielt, weil EU-weit ländliche Räume eine andere Sichtweise verlangen als bei uns in Thüringen, einem sicherlich ländlich geprägten Land. Ich denke aber, wenn wir uns in Thüringen den Problemen der wirklichen ländlichen Räume nähern wollen, können wir nicht alles bis auf drei Städte hineinnehmen. Denn wohin kommen wir da? Jena als Aufschwungsgemeinde hat ja auch unter 100.000 Einwohner.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Wir haben über 100.000 seit Dezember.)

Seit wann denn? Seit Dezember? Oh, dann will ich nichts gesagt haben. Ich hoffe, die Entwicklung geht so weiter. Aber ich habe jetzt gelesen, dass von den kreisfreien Städten nur Eisenach an Bevölkerung zugelegt hätte. Das war im letzten Statistikmaterial, das wir zur Verfügung be-

kommen haben, so formuliert worden.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Überall haben wir zugelegt.)

Gera hat in den letzten 7 Jahren über 10 Prozent der Bevölkerung verloren. Wenn das so weitergeht, ist Gera auch bald unter 100.000. Wir haben auch in Erfurt Bevölkerungsverluste zu beklagen. Auf Seite 51 der Großen Anfrage steht: "Die Landesregierung bewertet ihre Fördermaßnahmen insgesamt als erfolgreich. Sie passt die Maßnahmen kontinuierlich an veränderte Erfordernisse an." Meine Damen und Herren, ich hoffe nicht, dass die CDU noch so lange regiert, bis Erfurt auch zum ländlichen Raum zählt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Nichtsdestotrotz, wir haben diese Definition der ländlichen Räume und ich sage auch gleich, mit dieser Definition der ländlichen Räume hätte heute eigentlich der Ministerpräsident reden müssen, weil es ja fast eine Regierungserklärung ist.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vielleicht wäre auch der Minister der Staatskanzlei, Herr Gnauck, noch als Verantwortlicher für die Planung der Richtige gewesen. Ich muss aber dazu sagen, ich bin nicht undankbar, dass der Herr Minister Sklenar gesprochen hat, weil die Verantwortung für den ländlichen Raum bei ihm sicherlich gut aufgehoben ist.

(Unruhe bei der CDU)

Ich möchte auf die Rede vom Herrn Minister auch noch kurz eingehen.

Präsidentin Lieberknecht:

Moment mal, Herr Kummer. Darf ich um Ruhe bitten, auch wenn manches beunruhigt oder erheitert, dass der Redner seine Rede fortsetzen kann. Herr Kummer, bitte.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Er soll doch einmal zum Thema sprechen.)

Abgeordneter Kummer, PDS:

Rede ich doch.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Geh einfach nicht darauf ein.)

Meine Damen und Herren, der Minister hat hier heute ganz schön viel ausgeführt. Er ist auf die Probleme eingegangen, die uns in der letzten Zeit hier beschäftigt haben. Unter anderem möchte ich an BSE, MKS und den notwendigen Umbau der Landwirtschaft, der uns ja alle sehr bewegt, erinnern. Er hat uns auch mit Zahlen förm-

lich bombardiert, mit ziemlich großen Zahlen. Allerdings wieder auf die Definition bezogen war das nicht verwunderlich. Er hat einiges ausgeführt zur Aufbauleistung der Bevölkerung, das möchte ich hier unterstreichen. Wir haben auch wirklich positive Sachen im ländlichen Raum inzwischen erreicht. Ich möchte hier nur an die Dorferneuerung und ihre Ergebnisse erinnern, an den Umbau der Landwirtschaft, an den Umbau im Bereich des Forstwesens - es ist hier einiges an Aufbauleistungen vollbracht worden. Es gibt aber auch ein paar andere Geschichten, die der Minister erwähnt hatte; er sprach von Beamten, die bald wohl zur Pflege von Orchideenwiesen abgestellt würden. Herr Minister, es würde mich schon freuen, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit von Umweltschützern in der Landwirtschaftspflege noch unterstützt werden könnte.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Das sollen die Bauern machen. Da ist es besser aufgehoben.)

Ja, es gibt aber Bereiche, wo die Landwirtschaft nicht zur Landschaftspflege herangezogen werden kann, weil einfach kein Bauer dort Landschaftspflege betreiben möchte.

Meine Damen und Herren, ich will noch mal auf die Definition der ländlichen Räume zurückkommen und auf die Beantwortung, die deshalb relativ allgemein ausgefallen ist. Ich meine, es ist kein Wunder, wenn man sagt, die Mittel für die Kultur z.B. sind ziemlich hoch gewesen im ländlichen Raum, wenn die europäische Kulturgemeinde Weimar ja doch einiges an Kulturförderung in der letzten Zeit bekommen hat. Die Autogemeinde Eisenach z.B. hat auch eine relativ gute Industrieentwicklung zu bieten, so dass wir sagen können, wir haben im Bereich der ländlichen Räume dort auch relativ wenig Probleme und Gemeinden wie Gotha und Nordhausen führten sogar dazu, dass in der Beantwortung der Großen Anfrage bei der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs die Förderung der Bahngleisgrunderneuerung deutlich mit aufgeführt wurde.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Eine wichtige Frage ist das, finde ich.)

Das ist sicherlich ein Schwerpunkt. Ich möchte noch mal kurz auf das Raumordnungsgesetz des Bundes verweisen, in dem drinsteht, dass verdichtete Räume als Wohn-, Produktions- und Dienstleistungsschwerpunkte gesehen werden und ländliche Räume als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung, deren zentrale Orte Träger von teilräumlicher Entwicklung sind. Ich denke, mit dieser Definition hätte man sich der Thüringer Spezifik etwas besser nähern können.

Ich möchte noch auf etwas anderes eingehen. Wir haben in der Einleitung unserer Großen Anfrage dargestellt, wie wir die Entwicklung der ländlichen Räume in der letzten Zeit sehen. Uns wurde dann vorgeworfen, wir hätten das zu einseitig betrachtet und die Aufbauleistungen der Thüringerinnen und Thüringer nicht entsprechend berücksichtigt.

Ich möchte aus diesem Anlass ein etwas umfangreicheres Zitat von unserem Staatssekretär Herrn Illert bringen, das er auf dem ersten Workshop zur Bevölkerungsentwicklung "Folgen für die Entwicklung in den ländlichen Räumen Thüringens" zur Einleitung am 24.11.1999 gebracht hat - Frau Präsidentin, Sie erlauben: "Gerade in Thüringen als junges Bundesland ist manche Entwicklung erst in den letzten zehn Jahren in Gang gekommen oder hat sich nach 1990 deutlich verstärkt. Dazu gehören z.B. der drastische Geburtenrückgang, neu entstandene Wanderungsbewegungen durch Wegzüge, durch Pendlerbewegung und einer Stadt-Umland-Entwicklung. Aus den genannten Entwicklungen ergeben sich Rückwirkungen auf zahlreiche Bereiche, die in der Verantwortung der Ministerien wie auch der Kommunen und natürlich der Gesellschaft insgesamt liegen. Alle müssen sich darauf einstellen. Besonders in den ländlichen Räumen haben diese Entwicklungen in der Regel gravierende Folgen, sind diese Räume doch ohnehin dünner besiedelt und in ihrer Infrastruktur besonders kostenintensiv. Auch die Mittelzentren als Dienstleistungsort und als Entwicklungsknoten in den ländlichen Räumen werden davon in vielerlei Hinsicht betroffen. Gemeinden, Ortsteile, Dörfer können zu reinen Schlafstätten werden oder sich durch den Wegzug der jungen Generation schleichend entleeren. Ich sage jedoch, so sehr wir vielleicht bedauern, dass viele Dörfer in den letzten Jahren an funktionieller Vielfalt verloren haben und oft nur noch eine Wohnfunktion erfüllen, sollten wir neben den Risiken einer solchen Entwicklung auch die Chancen sehen, die vom Zuzug der Menschen auf das Land ausgehen. Eine solche Entwicklung kann auch die Keimzelle für neue, zukunftssträchtige Strukturen sein. Die Vorhaltung und Verbesserung der Arbeitsplatzsituation, aber auch der infrastrukturellen Ausstattung muss daher mittel- und langfristige geplant werden und sich auf diese Entwicklung einstellen. Dies zumal die Rückwirkungen der demografischen Veränderungen sich im besonderen Maße auch auf die öffentlichen Finanzen auswirken. Ein Rückgang der Bevölkerung hat aber auch Auswirkungen auf zahlreiche andere Bereiche. Kindergärten, Schulen, Sozialstationen, Einrichtungen für alte Menschen usw. sind davon betroffen. Auch für den recht kostenintensiven, jedoch für die Bevölkerung wichtigen öffentlichen Personennahverkehr hat eine solche Entwicklung weit reichende Folgen." Meine Damen und Herren, ich denke, hier sind die Probleme, mit denen wir es im ländlichen Raum zu tun haben, relativ gut umrissen worden.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Sie sind erkannt.)

Ja, ich hätte mir das gewünscht, dass das in der Beantwortung der Großen Anfrage noch ein bisschen besser herausgekommen wäre. Ich muss aber dazu sagen, positiv bei der Beantwortung sehe ich, dass noch mal ganz deutlich unterstrichen wurde, dass es eine Verpflichtung der Landesregierung gibt, in allen Teilräumen für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen. Das scheint aber, wenn man

sich die Antworten durchliest, keine großen Probleme zu geben.

Ich möchte auf das Beispiel Verkehr eingehen. Der Minister sprach vorhin von Verkehrsvermeidung. Im Klimaschutzkonzept habe ich da leider gelesen, dass man das durch den Bau von Autobahnen erreichen möchte. Ich gehe mal darauf ein, wie sich die Bahnentwicklung darstellt in der Großen Anfrage. Wir haben also hier zu verzeichnen, dass wir wesentlich mehr Zugkilometer inzwischen anbieten in Thüringen; das Land bietet das an. Das ist sicherlich zurückzuführen auf kürzere Taktzeiten, über die ich sehr froh bin. Ich muss aber dazu sagen, in den wirklichen strukturarmen ländlichen Regionen Thüringens sieht das anders aus. Da sind viele Strecken inzwischen stillgelegt worden. Und im Klimaschutzkonzept steht sogar drin, dass ein weiteres Stilllegen von Strecken aus ökologischen Gründen unabdingbar ist. Ich denke, das trägt zu einer positiven Entwicklungsstruktur einer Region nicht unbedingt bei. Beispiel Straßenpersonennahverkehr: Es wird angegeben, wir haben mehr Fahrplankilometer und wir haben auch mehr Fahrgäste, aber Ursachen werden nicht benannt. Meine Damen und Herren, ich hatte neulich ein Gespräch mit ...

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU)

Und deshalb machen wir mehr Fahrplankilometer, gut, prima. Ich hatte neulich ein Gespräch mit einem örtlichen Busunternehmer, der mir gesagt hat, worin die Ursachen liegen, und die liegen in der immer weiteren Schließung von Schulen und dem dadurch erhöhten Schülerverkehr.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Das ist doch nichts Neues!)

Das ist sicherlich nichts Neues, aber wenn das der Grund ist, dass wir mehr Fahrplankilometer und mehr Fahrgäste haben und ich auf der anderen Seite, Herr Schugens, neulich mal wieder bei mir an der Bushaltestelle stand, um mit dem Bus und der Bahn hierher nach Erfurt zu kommen und der Bus nicht mehr fuhr, weil man die Fahrt einfach gestrichen hatte, weil bei einer Fahrplanzählung dort nur noch ein paar Leute mitgefahren sind und man sich das einfach nicht mehr leisten kann, meine Damen und Herren, wenn Regionen systematisch ab einer bestimmten Uhrzeit vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten werden, dann zwingt ich ja die Leute auch förmlich auf die Straße und da leiste ich der Entwicklung ländlicher Räume keinen guten Dienst.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Da müssen Sie sich mal erkundigen ... Da brauchen Sie hier auch nicht rumzujammern!)

Ich möchte hier nur an die Bedeutung des öffentlichen Personennahverkehrs erinnern ... Wissen Sie, ich habe mir

einen Fahrplan gekauft, dessen Gültigkeit immer noch besteht. Und wenn man innerhalb dieser Fahrplanzeit Fahrten streicht, sicherlich aus finanziellen Gründen gerechtfertigt, dann ist das irgendwo schon möglich, dass man dann mal vor der Haltestelle steht und es fährt kein Bus mehr.

Der öffentliche Personennahverkehr hat im ländlichen Raum eine gravierende Bedeutung. Ich möchte hier nur daran erinnern, dass wir z.B. Senioren haben, die nicht mehr Auto fahren können oder die vielleicht auch noch nie einen Führerschein gemacht haben, die Schwierigkeiten haben. Ich kann mich daran entsinnen, dass meine Oma mit einer Fußbank zum Bus gegangen ist, allerdings auch schon zu DDR-Zeiten, weil sie die großen Treppen nicht mehr bewältigen konnte. Ich möchte hier nur an das Problem von Behinderten erinnern; Niederflurbusse im ländlichen Raum wird es z.B. nicht geben, gibt es eine Aussage.

(Zwischenruf Abg. Schugens, CDU: Was hat das mit dem ländlichen Raum zu tun?)

Ja, schauen Sie doch auf die Dörfer. Ich habe als Rollstuhlfahrer wirklich keine Chance, aus dem Dorf rauszukommen bei uns, es sei denn, ich lasse mich vom medizinischen Dienst mit dem Krankenwagen abholen.

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Das gab es früher auch nicht.)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben hier schon ein Problem und wir sollten uns diesem Problem nicht verschließen.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Ihr habt nur Probleme.)

Wenn Sie meinen! Ich möchte auch noch auf das Problem Jugendliche und den öffentlichen Personennahverkehr hinweisen. Es steht u.a. in der Großen Anfrage drin, die Landesregierung sieht nicht das Problem, dass es nicht genügend Kinos im ländlichen Raum gibt. Das ist sicherlich richtig. Wenn ich von uns ins Kino will, brauche ich bloß 20 km nach Suhl zu fahren, ist alles kein Problem. Aber wie komme ich denn wieder zurück, wenn ich mit dem Bus hingefahren bin? Als Jugendlicher, der kein Auto hat, habe ich da keine Chance, weil der letzte Bus 20.00 Uhr zurückfährt.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: So ein Quatsch!)

Wenn ich das Problem Disco sehe, ja, ich wohne im ländlichen Raum, ich kann es ja nicht ändern. Wenn ich das Problem Disco sehe, bei uns rufen Jugendliche früh um 4.00 Uhr bei ihren Eltern an und sagen: Holt mich doch mal bitte ab.

(Unruhe bei der CDU)

Wenn ich daran erinnern darf, wie viele Jugendliche sich totfahren mit ihren Autos und sicherlich häufig infolge des Alkoholkonsums, meine Damen und Herren - wie sollen sie denn Kultur wahrnehmen können, ohne dass sie dort mit dem Auto hinfahren!

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jeder das Recht hier seine Meinung darzulegen und zu reden. Gestatten Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Heym?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Ja, ich gestatte es.

Abgeordneter Heym, CDU:

Herr Kollege Kummer, wenn wir mal unterstellen, dass ÖPNV hier maßgeblich durch die Kreise finanziert wird, dass sich Kreise maßgeblich durch die Umlagen von ihren Gemeinden finanzieren, geben Sie mir Recht, dass dann ein Bürgermeister lieber was in seinem Ort machen würde, als Busse fahren zu lassen, wo zwei Mann drinsitzen abends nach 19.00 Uhr?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Heym, ich gebe Ihnen da sogar voll Recht, auch wenn Sie das jetzt vielleicht wundern sollte.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Also führen Sie Pflichtfahrten ein?)

Ich weiß, dass wir hier ein dramatisches Problem haben. Ich habe auch mit unseren Busunternehmern gesprochen. Ich habe sie angesprochen auf neue Konzepte im öffentlichen Personennahverkehr und habe gesagt: Wie sieht es denn mal aus mit kleinen Fahrzeugen, vielleicht mit Anrufsammeltaxis u.ä.; wie sieht es denn aus, wir hatten ja auch das Problem Fifty-Fifty-Taxi hier im Plenum behandelt. Meine Damen und Herren, sie haben mir gesagt, kleinere Fahrzeuge können sie sich nicht zulegen, weil sie durch den Schülerverkehr eine entsprechende Menge an großen Fahrzeugen vorhalten müssen, und die Abschreibungen stehen nunmal an und diese Fahrzeuge stehen abends leer, und sich ein neues Fahrzeug anzuschaffen und dann zusätzlich die Kosten dort entsprechend aufzubringen, lohnt sich nicht, weil ich ja den Vergleich bringen muss. Das Einzige, was ich spare, das ist ein bisschen Sprit und das bringt es aber vom generellen Aufwand her nicht. Das heißt also, wir haben hier wirkliche Probleme, aber das können wir den Kommunen nicht weiter überlassen; ich denke, hier ist das Land in einer Verpflichtung. Unser Land fördert ja den öffentlichen Personennahverkehr, aber diese

Förderungen sind in der letzten Zeit auch drastisch zurückgegangen und dann haben wir noch eine Erhöhung des Spritpreises.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, ich will doch nur, dass wir uns den Problemen stellen, die es wirklich gibt. Der politische Handlungsrahmen und die gesetzlichen Regelungen werden von der Landesregierung als ausreichend eingeschätzt. Auf der anderen Seite haben wir aber mit Abwanderungen von Erwerbspersonen zu tun; wir haben damit zu tun, dass es weniger Kinder in Thüringen gibt. Das wird auch alles beschrieben. Der Mitteleinsatz wird als ausgewogen bezeichnet, meine Damen und Herren; sicherlich, aber vielleicht sollten wir auch Schwerpunkte setzen in einigen Regionen. Insgesamt hat die Große Anfrage bei mir noch etliche Fragen offen gelassen. Über diese Fragen möchte ich mich mit Ihnen gern im Ausschuss unterhalten. Ich möchte ein paar davon nennen: Wie verhindern wir z.B. die Abwanderung? Was tun wir, damit Thüringer wieder mehr Kinder möchten? Wie sichern wir die wohnortnahe Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen in einer guten Qualität in abgelegenen Regionen? Wie viele der 203 Grundschulen, die benannt wurden, mit weniger als 100 Schülern werden zu Beginn des nächsten Schuljahres nicht mehr offen sein? Wie kriegen wir einen bedarfsorientierten öffentlichen Personennahverkehr in bevölkerungsarmen Gegenden hin? Welche Vorstellungen hat die Landesregierung vom Infrastrukturausbau in den ländlichen Räumen? Welchen Inhalt haben die angeführten Förderrichtlinien? Für welche mit anderen Vorhaben vernetzte Projekte soll die Dorferneuerung genutzt werden? Wie ist die unbeantwortete Frage zu den Folgen der Osterweiterung vielleicht doch noch zu beantworten? Beim Workshop zur Entwicklung ländlicher Räume haben wir zumindest eine Teilantwort bekommen, nämlich, dass es sich dramatisch auswirken wird in Sachen Finanzierung von Projekten im öffentlichen Raum. Welche Erfolge haben die Technologietransferzentren aufzuweisen? Welchen Grund hat der hohe Landwirtschaftsanteil an der Bruttowertschöpfung in Thüringen? Liegt das vielleicht daran, dass die Industrie in Thüringen relativ schwach ist, oder ist unsere Landwirtschaft besonders stark?

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Ich bin gleich am Ende, dann kann der Herr Krauß die Zwischenfrage stellen.

Wie unterstützt die Landesregierung die Kooperation zwischen Stadt und Stadt oder Stadt und Umland? Ich möchte hier bloß auf das Südthüringer Städtezentrum hinweisen. Warum gibt es keine ausreichende Kenntnis zur Bewer-

tung der kommunalen Verwaltung?

Meine Damen und Herren, Sie sehen, das sind eine ganze Menge Fragen, deshalb beantrage ich im Namen meiner Fraktion die Überweisung der Großen Anfrage zur weiteren Diskussion an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte zum Schluss noch einmal auf den Workshop eingehen. Diesem Workshop lag zugrunde eine sehr gute fundamentale Studie zur Entwicklung ländlicher Räume, die sich mit vier Kreisen besonders intensiv beschäftigt hat. Es sind in diesem Workshop ganz hervorragende Gedanken gekommen, wie man den ländlichen Raum entwickeln könnte. Wir haben sehr breit und auch in die Tiefe diskutiert, es wurde dort von regionalen Kreisläufen z.B. im Bereich der Energie gesprochen.

Präsidentin Lieberknecht:

Moment, das war jetzt eindeutig. Herr Panse, Sie suchen Ihr Handy? Aha, Selbstbekenntnis.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Ich habe es ausgestellt.)

Trotzdem, nach der Ordnung des Hauses ein Ordnungsruf. Bitte, Herr Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Es wurde von neuen Bildungsmodellen gesprochen. Es wurde davon gesprochen, wie ich den ländlichen Raum für Senioren attraktiver machen kann, wie ich mich auf die Entwicklung einstellen kann, dass wir dort immer mehr Senioren haben werden und wie wir diese entsprechend in ihrem Lebensabend begleiten können.

Meine Damen und Herren, das findet sich in Ansätzen wieder in der Großen Anfrage, aber, ich denke, wir sollten das vertiefen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Ach so, Herr Krauß.

Abgeordneter Krauß, CDU:

Herr Kummer, Sie sprechen in der Großen Anfrage wie auch jetzt in Ihrem Redebeitrag davon, dass es sozusagen einen Bevölkerungsschwund im ländlichen Raum gibt. Ich weiß nicht, wie die Zahlen bei Ihnen jetzt genau aussehen, aber in unserem Bereich ist es eher so, dass im ländlichen Raum die Einwohnerzahlen zunehmen und zunehmend die Stadt Einwohner verliert. Ist das bei Ihnen anders oder ist da irgendwie ein Missverständnis in der Anfrage?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Krauß, man darf den ländlichen Raum nicht als eine einheitliche Struktur betrachten. Das ist in der Großen Anfrage auch einmal kurz

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Also doch ...)

- nein, lassen Sie mich doch einmal bitte ausreden - angesprochen worden. Wir haben sicherlich im Umkreis der großen Städte - darauf hat auch der Minister vorhin hingewiesen - den Effekt, dass Leute aus den Städten herausziehen in die umliegenden Dörfer, weil man dort schöner wohnen kann, man kann dort seine Kinder unter besseren Bedingungen großziehen.

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Ich denke, die Bedingungen sind schlechter.)

Das ist also sicherlich in diesem Bereich eine Entwicklung, wo im ländlichen Raum ein Zuzug zu verzeichnen ist. Wir haben aber in dem weitaus größeren Teil des ländlichen Raums, der nämlich nicht im Speckgürtel großer Städte liegt, genau das andere zu erleben und das muss auch berücksichtigt werden. Wie gesagt, man kann den ländlichen Raum nicht als eine homogene Masse betrachten.

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt haben wir als nächste Wortmeldung Herrn Abgeordneten Dr. Botz, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Minister, ich hatte mir ein paar Vorbemerkungen zurechtgelegt, eine davon werde ich dann doch noch bringen, aber als Sie hier Ihren Redebeitrag begonnen haben, da habe ich mir ernsthaft Sorgen gemacht, und zwar in der Richtung, ob Sie heute Morgen vielleicht in der Hektik in die falsche Mappe gegriffen haben. Denn das, womit Sie hier begonnen haben und zwischendurch auch einmal wieder losgelegt haben, das war Parteitagrede.

(Beifall bei der SPD)

Und das, Herr Dr. Sklenar, das möchte ich Ihnen hier ganz klar sagen, ist nicht angemessen

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das ist die Wahrheit.)

den großen sachlichen vernünftigen Vorarbeiten zu all diesen Fragen der Probleme des ländlichen Raums, die in Ihrem Haus in den von Ihnen

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Viel mehr hätte man sagen müssen.)

zu verantwortenden nachfolgenden Institutionen in den letzten Jahren geleistet wurden.

(Beifall bei der SPD)

Und das ist auch nicht zu verantworten angesichts all der Probleme, die ja nicht nur im Freistaat Thüringen, in Deutschland auch vor 1998, und in der gesamten Europäischen Union auf dem Tisch liegen - im Übrigen von wechselnden politischen Verhältnissen überall innerhalb der Europäischen Union, unabhängig ob Links oder Rechts, zu verantworten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich werde, meine Damen und Herren, der Versuchung versuchen zu widerstehen und mich doch entlang an dieser Großen Anfrage und den Antworten, die Sie in Teilen meiner Auffassung nach Dank der seriösen und ernsthaften Zuarbeit aus dem Haus, über das wir Gott sei Dank in Thüringen verfügen, hier berichtet wurde, auch einige andere Punkte ansprechen, wo ich glaube, mit meiner Fraktion gemeinsam Sie auf Dinge hinweisen zu müssen, denn auch das ist die Verantwortung, in der wir hier in dieser höchsten Volksvertretung in diesem Freistaat Thüringen gegenüber den Bürgern nicht nur im ländlichen Raum stehen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Damit möchte ich noch eine Vorbemerkung loswerden, die ich mir noch gestatte. Ich glaube, da sind wir auch wieder miteinander im Boot.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute dankbar sind, dass wir uns miteinander die Zeit nehmen können, über dieses Thema ausführlich zu reden, dann auch deshalb, weil wir uns über eines im Klaren sein müssen: Wenn wir in den letzten drei Monaten auch nur einen Teil der Medienpower - Bildschirmminuten, Seiten von Printmedien, all das, was in den letzten drei Monaten aus Gründen, die wir alle kennen, über uns gekommen ist - gehabt hätten, um den Bürgern draußen, uns selber klar zu machen, welche gravierenden und ernsthaften Probleme es für Landwirte und für Bürger in ländlichen Räumen hier im Freistaat, in Deutschland und weit darüber hinaus - auch in Osteuropa und anderen Teilen der Welt - gibt, wenn wir nur einen Teil dieser Medienpower gehabt hätten, dann wäre es sicher hilfreich gewesen. Das bitte nur als ein kritischer, ein freundschaftlicher Hinweis an diejenigen, von denen wir als Politiker abhängen, wenn sie über die Probleme berichten.

Und damit möchte ich zum eigentlichen Inhalt kommen: Einiges ist angesprochen, ich möchte noch einmal auf die Definition im Landesentwicklungsprogramm zurückkom-

men, diese Definition Verdichtungsraum, Thema Erfurt-Gera-Jena, ländlicher Raum. Ich möchte den Kollegen und auch nicht den Minister irgendwo deshalb angreifen, dass er auf solche Kategorien zurückgreifen muss. Er muss auf solche Kategorien zurückgreifen, weil er natürlich nicht nur sehr viel Geld aus Europa bekommt, das er dankenswerterweise hier verteilen darf im Freistaat, sondern natürlich auch gezwungen ist, bei der Grunddefinition und bei all dem, was er hier umzusetzen hat - vieles ist nur noch umzusetzen -, muss er sich anlehnen an Dinge, die in Europa gemeinschaftlich definiert sind - insofern korrekt. Trotzdem, und auch das deuten Sie ja an in den Antworten auf die Große Anfrage, bei Fortschreibung dieses Landesentwicklungsprogramms, und das möchte ich im Namen meiner Fraktion dringend empfehlen, sollten wir dann noch weiter differenzieren, denn das ist doch unstrittig, da sind wir auch wieder beieinander, dass, lassen Sie es mich aus meinem Landkreis - Herr Wunderlich kann das bestens bestätigen, hoffe ich - doch mal sagen, also wenn die drei Bürgermeister aus dem Städtedreieck, Herr Wunderlich, Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg jetzt hier wären, die würden doch ziemlich überrascht die Stirn runzeln, wenn sie feststellen, dass sie in dem von uns auch immer klein definierten Ballungs- und Verdichtungsraum dieser drei Städte, 70.000 Einwohner, und der Rest des Landkreises 70.000 Einwohner in den so genannten von uns definierten ländlichen Räumen mit den tatsächlichen Problemen der ländlichen Räume, die auch Herr Kummer gemeint hat, also die würden sich schon wundern und sagen, verdammt noch mal, ich bin Bürgermeister eigentlich "im Dorf" im ländlichen Raum, die würden sich schon wundern. Insofern, glaube ich, müssen wir auch in der Öffentlichkeit unsern Bürgern draußen klar machen, wie die Zusammenhänge sind, dass wir nicht in einer dieser ganz großen Wachstumsregionen für die nächsten 30, 40 Jahre innerhalb dieser Europäischen Union leben, sondern dass wir neben den Chancen, über die wir immer reden müssen, eben auch in Regionen leben, in denen es erhebliche Risiken auch im Zusammenhang mit Osterweiterung und all diesen anderen Dingen gibt, das verlangt die Ehrlichkeit, die Offenheit. Das wird auch in Ansätzen in der Beantwortung der Großen Anfrage versucht. Das dazu.

Eine Bemerkung, nehmen Sie es einmal als eine sachliche Richtigstellung: Ich weiß ja nicht, inwiefern Sie Zeit hatten, ich hätte gern ein paar Tage mehr Zeit gehabt, diese Große Anfrage zu studieren

(Beifall bei der PDS)

und einmal gegenzuchecken usw. Sie haben Ihre Gründe, dass sie heute nach wenigen Tagen den Abgeordneten sozusagen hier zur Debatte vorgelegt wird. Ich weiß ja nicht, wie viel Zeit Herr Gnauck vorher hatte, da einig mal gegenzuchecken, denn der integrative Ansatz, den haben Sie dargestellt, den will ich hier nicht noch einmal ausdehnen, der muss ja wohl auch innerhalb des Kabinetts und zwischen den Häusern und nicht zuletzt zwischen Staatskanzlei und dem Ressort, das die Hauptver-

antwortung hier trägt, gewährleistet sein. Ich weiß nicht, ob Herr Gnauck das gegenchecken konnte. Ich möchte deshalb klarstellen, die Zuordnung als Ziel-I-Gebiet resultiert nicht im entscheidenden Maße aus dem steuerlichen und sehr bedauerlichen Steuereinnahmefälle zwischen alten und neuen Bundesländern. Das ist nur ein Segment und das für uns wahrnehmbarste, weil wir ja in einem nationalen Mitgliedsstaat leben. Nein, ich möchte das nur korrigieren. Auch unsere Sorge, dass wir nach 2006 nicht mehr in dieses Ziel-I-Gebiet gehören, worüber wir uns eigentlich freuen müssten, weil wir dann nicht mehr höchste Förderpriorität hätten und damit der Beweis angetreten wäre, dass wir ja diese großen Entwicklungen wirklich gemacht haben, an denen wir alle arbeiten, ich betone "alle", Herr Minister, alle, nicht nur eine Landesregierung, sondern auch die Bundesrepublik und nicht nur die vorherigen.

Diese Zuordnung hängt davon ab, wie ist das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt innerhalb der gesamten Europäischen Union. Uns ist vollkommen klar, wenn Polen und die anderen 2003, 2004 oder wann auch immer kommen, sinkt dieses Niveau und wir werden Gott sei Dank in der einen oder anderen Region drüber sein, und das ist der Hauptgrund. Ich wollte das nur noch mal sachlich klarstellen.

Zum Thema Förderpraxis des Landes: Ich kann Ihnen eines nicht ersparen, ich gehöre wirklich nicht zu denen, die irgendwo da draußen rumrennen und sagen, da ist so viel falsch gelaufen und die Masse des Fördergeldes wäre ... ich stehe da auch als Oppositionspolitiker in Thüringen, das sage ich ausdrücklich immer wieder, mit dem Rücken an der Wand und erkläre den Menschen und Bürgern da draußen, und davon bin ich auch überzeugt, das ist mir egal, von welcher parteilichen Richtung er kommt oder kam und das hier in diesem Land zu vertreten hatte; die große Masse der Fördermittel aus Europa, aus dem Bund, aus der eigenen Kasse in Thüringen zusammengekratzt, ist seriös und erfolgreich in Thüringen ausgegeben worden. Das ist so, aber in der Beantwortung der Fragen, die Sie hier praktisch geben, kommt zum Ausdruck, als wäre nicht im kleinsten irgendwo ein Fehler passiert, und es ist doch wohl erlaubt, die Frage zu stellen, ich glaube, die PDS hat sie ein bisschen ungeschickt gestellt, mit Verlaub, werte Kollegen, Sie haben nämlich nach den gravierendsten Defiziten gefragt. Ich glaube, das hätte ich mir verkneifen, weil, die Antwort hätte ich gekannt. Aber hoch interessant wäre die Antwort gewesen, wenn Sie einfach mal gefragt hätten nach möglichen, geringfügigen Defiziten. Auf die Antwort wäre ich dann gespannt gewesen, weil ich fast befürchte, bei einem Hauch, einem stark ausgeprägten Hauch von Selbstgefälligkeit, der aus vielen Antworten dieser Großen Anfrage herüberweht, dass man dann auch das gesagt hätte, dass man in diesem Fall hier geantwortet hat, nämlich, dass es keine Defizite gibt. Und das zu sagen nach diesen Jahren, diesen schweren Jahren des Anfangs, wo wir alle Lernende waren, wo wir von einem Problem in das andere gestolpert sind, und rückschauend zu sagen, es hat keine Fehler gegeben, wissen

Sie was, das lohnt sich eigentlich gar nicht, seine Redezeit darüber zu verschwenden. Das habe ich bedauert, dass das so unsachlich gemacht wird.

Die Frage danach, wie eigene Förderpraxis weiterentwickelt werden könnte, das wird ordentlich aufgezählt, da nennen Sie, aber ich wiederhole das jetzt hier nicht, Dinge, die Gott sei Dank, hat manchmal lange gedauert, aber jetzt wirklich eingeleitet sind, unbestritten richtig. Aber dann, wo es richtig interessant wird, und die Frage war so gestellt, wie, wie, bitte nicht nur aufzählen, was Sie jetzt unternehmen, sondern in welche Richtung. Da steht in einem Anstrich Frage 8 in diesem Abschnitt, da wird gesagt, Sie werden Prioritäten und Richtung bei ABM- und SAM-Förderung ändern. Ich glaube, die Frage war gemeint: sagen Sie doch mal, in welche Richtung. Da bin ich nicht ganz zufrieden. Im Ausschuss werden wir, weil auch wir dafür sind, dass das da weiterbehandelt wird, auch kritisch weiter nachfragen. Und es gibt viele Bereiche, wo Sie über das Wie, über die Detailantwort uns praktisch im Unklaren lassen.

Ich möchte ausdrücklich die Umsetzung von Maßnahmen im regionalen Verbund und sektorenübergreifend unterstützen, ich möchte das wirklich ausdrücklich unterstützen. Dieses hat die Landesregierung als Schwerpunkt erkannt. Und warum ist das so wichtig, meine Damen und Herren? Es ist deshalb so wichtig, weil wir, egal wie die Verhandlungen zum Solidarpakt ausgehen, hoffentlich mit sehr großen Beträgen für die neuen Bundesländer aus dem Länderfinanzausgleich usw. Aber eins steht fest, Geld bleibt knapp, Geld muss effektiver insgesamt eingesetzt werden, als es uns an der einen oder anderen Stelle auch in Thüringen in den letzten zehn Jahren gelungen ist. Und das sollte man nicht bestreiten, da sollte man nach vorn schauen und sagen, an der und der Stelle haben wir etwas gelernt und deswegen werden wir mal das und das versuchen.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte dann noch eingehen auf diese Probleme Globalisierung und EU-Osterweiterung, die ja wichtige Abschnitte in dieser Anfrage sind. Ja, das möchte ich auch in Richtung der PDS sagen, auch ich bin überzeugt, man kann einer Globalisierung nicht entgegensteuern in dem Sinne, wie auch viele, die in ihrem Umkreis arbeiten und aktiv sind, immer wieder den Eindruck erwecken wollen, verehrte Kollegen von der PDS, man könnte damit in irgendeiner Art und Weise all diesen Entwicklungen, ob sie nun in China, in Amerika oder sonst wo sind, sozusagen brachial mit irgendeiner ganz neuen Idee entgegentreten. Sie wissen genauso gut wie wir, und an der Stelle unterstütze ich diese Antwort, das blanke Entgegensteuern, irgendein Schutzschild, der lächerlich wäre, sozusagen aufzurichten, das geht nicht. Aber wir müssen unsere Bürger, unsere Unternehmen, unsere ländlichen Räume schneller und besser auf Chancen, aber auch auf die Risiken, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben, vorbereiten. Wir müssen abfedern,

(Beifall bei der SPD)

wir müssen ihnen helfen sich bewusst zu werden, in welcher Welt wir angekommen sind. Das ist noch nicht jedem von uns gelungen. Und das ist auch die Verantwortung, die wir gemeinsam hier als Politiker haben, gemeinsam, Herr Minister, gemeinsam. Sie, diese Demokraten, die Sie hier in der Mitte sitzen, ich sage Demokraten, hören Sie auf, wenn es um diese fundamentalen Fragen geht, im billigsten Parteitagpopulismus

(Unruhe bei der CDU)

hier die Gesamtverantwortung in den Dreck zu treten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich komme zum Thema WTO. Ja, es ist richtig, wir brauchen verbesserten Marktzugang. Wir müssen kämpfen für den Schutz geographischer Herkunftszeichen, das ist richtig. Die Wege sind auch eingeschlagen. Wir brauchen eine multifunktionelle Landwirtschaft. Sie muss leistungsfähig bleiben und sie muss besonders in den Räumen Kern der Wirtschaft bleiben, wo wir eben die andere gewerbliche Industrie nicht haben. Da kommt es darauf an, dass Wertschöpfung in landwirtschaftlichen Unternehmen aufrechterhalten bleibt. Und das sage ich jetzt hier ganz klar und ich habe es am letzten Wochenende auch ganz klar auf der Ebene, auf der ich ja handeln darf, auch den Vertretern im Haus, Herrn Dr. Thalheim und den Kollegen von Frau Künast gesagt: Erstens muss man bei all dem, was man jetzt tut, auf die großen Rahmenbedingungen achten. Das ist inzwischen auch verstanden. Am ersten Tag vielleicht noch nicht ganz so bei dem einen oder anderen. Wir können die Welt nicht verändern und um die Ecke hüpfen. Da gebe ich Ihnen Recht, Herr Minister, das wird auch gar nicht geschehen, das geht nicht, das geht überhaupt nicht. Die Rahmenbedingungen sind ganz anders gesetzt. Aber es gibt ja ein Umsteuern seit 1993 und seit der Agenda 2000 und das heißt, die Prioritätensetzung ist gar nicht so neu; es kommt nur darauf an, etwas schneller, zügiger, zielstrebigere die Dinge weiter umzusteuern, die in der GAP und in einigen Mitgliedsstaaten sogar schon stärker als in Deutschland in den letzten Jahren in Angriff genommen wurden. Insofern gebe ich Ihnen Recht, wenn Sie kritisieren, dass es falsch ist, von dem Umsteuern zu sprechen, das Umsteuern ist eingeleitet. Und ich gehe als Oppositionspolitiker auch hier so weit und sage, es ist nicht die schlechteste Politik, die in den letzten Jahren im Freistaat Thüringen gemacht wurde, auf diesem Sektor mitzugehen und zum Teil sogar die Nase vorn zu haben bei vernünftigem Umsteuern in die richtige Richtung. Ich sage Stichwort KULAP usw., ich sage auch mal Eulanu, da würde ich mir allerdings erhoffen, dass unsere Wissenschaftler das Signal kriegen, noch stärker diese Vorschläge auch rechtzeitig an die richtige Stelle einzubringen.

Zur Globalisierung habe ich etwas gesagt. Osterweiterung ist auch ein Punkt in der Beantwortung. Da möchte ich Ih-

nen sagen, ich hoffe, dass Sie nicht nur kritisch weiter das begleiten, wie Sie es hier sagen, sondern dass Sie die tatsächlichen Möglichkeiten, über die wir verfügen, Herr Gnauck, ich brauche Ihnen diese nicht erklären, Sie sind der Herr dieser technischen Möglichkeiten. Ich hoffe, ich weiß nicht, ob man da von Ihnen heute noch was hört, aber ich hoffe, dass man noch anderes als das, was man hinter vorgehaltener Hand manchmal hört, was in den entsprechenden Abteilungen da abläuft, dass wir das noch stärker untersetzt kriegen. Reserven gibt es, meine Damen und Herren, wir können das stärker über den AdR einbringen. Da muss man sich aber einig sein, was der AdR ist und was man da wirklich machen kann. Man darf ihn nicht überheben und nicht unterschätzen, man muss ihn nutzen, also diesen Ausschuss der Regionen, auch wenn dort kein Stimmrecht, sondern nur ein Mitspracherecht existiert. Wir müssen die föderalen Instrumente nutzen. Ich glaube, das werden Sie mit Nachdruck tun, dafür ist es auch Ihre Verpflichtung. Und da möchte ich noch einmal darauf zurückkommen, Herr Minister, wir können auf die persönlichen Kontakte z.B. zu Kommissionsmitgliedern - da gibt es Deutsche, ich gebe zu, die kommen aus einer anderen parteilichen Richtung, aber die sind ansprechbar, die sind genauso ansprechbar wie eine ehemalige Kommissarin, die für die europäische Regionalpolitik zuständig war. Die ist nach Weimar gekommen, die ist hierher gekommen und hat gesprochen. Eine grüne Kommissarin oder ein SPD-Kommissar kommt hier genauso einmal her und unterhält sich mit uns auch in öffentlichen Podien darüber, wie das passieren kann. Wir können uns auch gern einmal - ich fordere Sie auf, das so bald wie möglich einmal mit zu tun, mit anzuregen - in öffentliche Podien mit Vertretern der Bundesregierung setzen. Ich glaube, dass dann die Aussagen gerade hinsichtlich der haarsträubenden Zahlen an Beteiligungen und Beträgen, die Sie hier genannt haben, etwas anders klingen, wenn Sie in einer Reihe auf dem Podium mit denjenigen sitzen, die Ihnen dann sofort Rede und Antwort stehen und Ihnen einmal Ihre 4 Mrd. DM und diese 2,5 Prozent auseinander nehmen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Ich lache mich kaputt. Ich habe mich nie gescheut, ... 4 Mrd. DM ...)

(Beifall Abg. Becker, SPD)

Sie können, wenn Sie das besser machen, sogar als Abgeordneter Platz nehmen, Herr Minister, das steht Ihnen doch vollkommen frei.

Ich möchte damit dann langsam zum Abschluss kommen.

(Beifall bei der CDU)

Damit bestätigen Sie mir immer wieder, dass es durchaus richtig ist, was ich hier sage; wenn ich zum Abtritt Beifall bekomme, ehrt mich das. Es ist aber noch nicht ganz so weit, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Gerhard, mach schön langsam, wir haben viel Zeit.)

Präsidentin Lieberknecht:

Fahren Sie in Ihrer Rede fort, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Haben Sie das gehört? Mein Vorsitzender sagt, ich soll langsamer machen. Gut.

Präsidentin Lieberknecht:

Das freie Mandat des Abgeordneten. Bitte, Herr Dr. Botz.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Ich möchte noch auf den Punkt "Entwicklung ländlicher Infrastruktur" kommen. Es gibt eine eindeutige Aussage auf die Frage der Gefahr des Auseinanderdriftens ländlicher und städtischer Räume. Es gibt eine ganz klare Antwort der Landesregierung darauf: Diese Gefahr wird nicht gesehen. Ich glaube, das hängt jetzt davon ab, wie man eben die eingangs diskutierten Kategorien setzt. Ich glaube nicht, dass Thüringen in dem Sinne auseinander driftet, wenn man diese große Kategorie sozusagen ansetzt, aber es gibt eine reale Gefahr. Das Zitat von Herrn Kummer unseres verehrten Staatssekretärs hat da eigentlich alles gesagt. Es gibt diese Gefahr, die wird auch bestätigt. Man sollte auch dann in der Beantwortung, wenn man am Schluss noch einmal drüberschaut, nicht einfach sagen, nein, es gibt diese Gefahr nicht. Es gibt sie, insofern ist das unbefriedigend, wie dieser Teil der Fragen praktisch beantwortet wurde.

Ich lasse einige Dinge weg, weil sie Herr Kummer angesprochen hat; es bringt nichts, sie noch einmal zu wiederholen, aber nehmen Sie bitte einmal diejenigen Kollegen, die sich jetzt die Zeit genommen haben, einmal reinzuschauen. Auf der Seite 43 wird angefragt soziokulturelle Projekte. Da gibt es schlicht und einfach die Antwort: Es gibt keine statistischen Erhebungen. Ich würde einmal sagen - ich weiß jetzt nicht, wie viele Monate das Ding da gelegen hat - das ist ein bisschen ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren. Man hätte doch wirklich einmal in den anderen Häusern, die da die Zahlen haben, den vorsichtigen Versuch machen können, um dazu zumindest zwei, drei Zahlen zusammenzufinden. Da bin ich enttäuscht. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, wenn es stimmt, was unsere Kollegen und diejenigen, die es zusammengetragen haben und was der Staatssekretär auch hier gesagt hat - und es stimmt ja leider -, das ist jetzt nicht das Wort eines Politikers, es war das Wort von Wissenschaftlern, die im Zusammenhang mit anderen Studien das gesagt haben, es droht uns in einigen ländlichen Regionen eine "Vergreisung". Ich bin erschrocken, als ich es gehört habe. Ich verwende den Begriff nur in Anführungszeichen,

aber Sie wissen, was gemeint ist, und ich brauche das nicht weiter auszuführen. Wenn das aber so ist, muss man soziostrukturelle Handlungsbedarfe bitte einmal nicht damit beantworten, dass man keine Zahlen hat, sondern eher dahin gehend einmal recherchieren, ihr in anderen Häuser und ihr anderen, was tun wir eigentlich, in den nächsten zehn Jahren wird das nicht besser, das wird noch schlimmer und steuern wir in diesen ländlichen Räumen auch dahin gehend um, dass wir einer älteren Bevölkerung dann zumindest so lange wie möglich es erleichtern und lebenswert erhalten, zumindest selber noch in den ländlichen Räumen zu bleiben. Da will ich jetzt einmal ganz primitiv menschlich werden als ein Einwohner eines Ortes, der vor wenigen Jahren noch 450 Einwohner und jetzt nur noch 360 hat und absehbar nur noch 300 in wenigen Jahren. Da geht es darum, dass Häuser nicht einfach ungelüftet zehn Jahre herumstehen, sondern wenn ein älterer Bürger mit der ausreichend minimalen soziostrukturellen Versorgung dort noch leben bleibt, kann es in zehn Jahren wieder einen Enkel geben, der den Lebenswert dieses Raumes entdeckt und in dieses Gebäude wieder hineingeht. So einfach und so ernsthaft waren diese Fragen gemeint und so unbefriedigend an dieser Stelle Ihre Antwort.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass mein Kollege Döring zu dem Teil Bildungspolitik auch noch ein paar Minuten Redezeit braucht. Ich möchte hier abschließend - ich habe nicht alles angesprochen - noch einmal ausdrücklich drei Dinge sagen. Da suche ich jetzt noch einmal, entschuldigen Sie einen Augenblick, der Herr Minister hat darauf abgehoben, ich halte das noch einmal hoch. Schauen Sie bitte alle einmal auf die Seite 22. Diese Zahlen EFRE - Regionalfonds Europäische Union, Sozialfonds - europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds der Landwirtschaft, all diese Zahlen, der Minister hat darauf hingewiesen. Wenn wir uns diese Zahlen für den Zeitraum 2000 bis 2006 anschauen, da sage ich jetzt einmal etwas ganz einfaches. Ich weiß, dass manche von Ihnen es falsch verstehen, weil ich eben einmal ein paar Jahre im Europaparlament verbracht habe, aber ich sage Ihnen eines: Diese Große Anfrage ist auch eine Gelegenheit, einmal in mehrere Richtungen ein Dankeschön zu sagen, ein Dankeschön für diese Milliarden an die Europäische Union, weil sie wirklich an den Mitgliedsstaat Deutschland, der da viel Geld bezahlt, selbstverständlich, das ist ja wohl klar, trotzdem, es kommt nicht nur deutsches Geld hier Gott sei Dank in unsere ländlichen Räume im Freistaat Thüringen; ein Dankeschön an diejenigen Mitarbeiter im Bund, im Freistaat Thüringen, die verantwortungsbewusst die Operationellen Programme aufstellen, die Verwaltung dieser Fonds, die Ausgabe der Fördermittel - das ist eine gigantische Arbeit, auch dafür an dieser Stelle einmal ein Dankeschön. Das geht bis runter in die Landwirtschaftsämter. Das gehört sich, das wollte ich an der Stelle einmal tun.

Dann möchte ich noch sagen, ich bedaure in Teilen - ich betone noch einmal - in Teilen dieser Beantwortung der

Großen Anfrage eine eigenartige Atmosphäre. Herr Minister, in aller Freundschaft als Demokrat möchte ich Ihnen das wirklich, ja, das kann man doch einmal sagen, wenn man in denselben Zeiträumen als ehemaliger DDR-Bürger in politische Verantwortung beim Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens gegangen ist, da kann ich das einmal sagen. Ich möchte aber mit allem Respekt vor der Leistung, die Sie gebracht haben, Sie vor etwas warnen, dass durch diese Große Anfrage so wie eine Atmosphäre an der einen oder anderen Stelle herüberweht, und diese Atmosphäre ist eine Atmosphäre der beginnenden Selbstbeweihräucherung.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wir machen nichts falsch, weil wir es sind. Das ist nicht gut für Sie, Herr Minister, und es ist nicht gut für diejenige Verwaltung, die beginnt, es in solch einer Art und Weise zu machen. Ich könnte auch scherzhaft aufhören. Während meiner Armeezeit wurde ich als junger Rekrut spaßhaft darauf hingewiesen, dass jetzt hier eine ganz einfache Spielregel gilt. Manchmal kam mir das beim Durchlesen einiger Antworten auch so durch, gemäß diesem Spruch: Wir sind gut - das ist § 1 -, wenn wir nicht ganz so gut sind, das steht in § 2, dann greift § 1. Und das kann nicht sein, meine Damen und Herren, das entspricht nicht der Qualität und der Sacharbeit, die in diesem Haus geleistet werden kann. Machen Sie es bitte beim nächsten Versuch besser. Thüringen, der Freistaat, seine ländlichen Räume haben es verdient.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Wunderlich, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussionen meiner Vorredner haben ja gezeigt, dass der ländliche Raum in der Diskussion um die so genannte neue Agrarpolitik eine immer zentralere Rolle spielt, immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen rückt und es wird der ländliche Raum wieder entdeckt.

Und da zunächst zu Ihnen, Herr Kummer: Sie können es mir ehrlich glauben, die CDU-Fraktion beschäftigt sich mit diesem Thema immer, seit langem. Wir hätten auch ohne die Große Anfrage der PDS-Fraktion, für die wir eigentlich ganz dankbar sind, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, auch diesen Antrag in der jetzigen Situation zum Thema im Landtag gemacht. Dass wir natürlich die Antwort der Großen Anfrage der PDS-Fraktion abgewartet haben, ist selbstverständlich. Herr Kummer, für uns ist es auch selbstverständlich, dass wir diese Große Anfrage in dem Ausschuss weiterbearbeiten müssen, weiterbesprechen müssen.

(Beifall bei der PDS)

Na, das ist doch eine große Selbstverständlichkeit. Das Thema ist doch so vielfältig, dass es eine Selbstverständlichkeit bleibt, dass wir das im Ausschuss weiterbearbeiten müssen. Herr Kummer, aber trotzdem muss ich Ihnen sagen, ich habe den Eindruck, Sie sind mit den Antworten nicht ganz einverstanden. Die Antworten waren für Sie unangenehm, deswegen wäre manche Eierei von Ihnen hier nicht notwendig gewesen.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Da muss ich Ihnen noch eines sagen, Herr Kummer: Wenn jemand hier zu diesem Thema das Recht hat zu sprechen, ich glaube, das ist dann dieser Minister, der die Würde und die Anerkennung im ländlichen Raum hat. Ich glaube, das sollten auch Sie respektieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Botz, das mag ja wahrscheinlich für Sie auch alles unangenehm sein, was der Minister einleitend hier gesagt hat, aber Rotgrün regiert nun mal in Berlin, dafür haben Sie 1998 das Votum der Bevölkerung in Deutschland gekriegt; wir haben es nicht gekriegt, wir haben die Wahlen verloren. Aber wir haben es 1999 in diesem Land gekriegt mit absoluter Mehrheit. Ich glaube, das ist auch ein Stück Vertrauensbeweis der Bevölkerung, gerade des ländlichen Raums, gegenüber der CDU und gerade gegenüber diesem Minister.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, die Bevölkerung hier in Thüringen ist dankbar, dass sie keinen SPD-Landwirtschaftsminister gekriegt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir zeigen ja, was Rotgrün in manch anderen Bundesländern hier vom Stapel lässt.

(Zwischenruf Abg. Huster, PDS: Das dauert aber nur kurze Zeit.)

Na, vielleicht werden Sie da sogar sehr alt.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Ja, das glaube ich. Vielleicht sind Sie da eventuell schon Rentner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, dass die Diskussion sehr wichtig ist, denn 86 Prozent unserer Fläche in Thüringen werden landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich bewirtschaftet und es ist hingewiesen worden, fast die Hälfte der Bevölkerung lebt hier in Thüringen. Wir haben uns ja hier in diesem

Hause schon sehr oft mit einzelnen Aspekten des ländlichen Raums beschäftigt, sehr breit mit der Agenda 2000, Waldumbauprogramm, zuletzt auch wieder Wanderfischprogramm, Dorferneuerung, nachwachsende Rohstoffe, Naturschutz usw.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Ausführungen des Ministers haben gezeigt, das ist ein breiter Aspekt, das zeigt auch die Vielfalt des ländlichen Raumes. Aber wir müssen auch einmal ganz ehrlich sein: Wie war denn das Interesse, wenn wir all diese Themen in den letzten Jahren oder Monaten besprochen haben, Dr. Botz ist ja darauf eingegangen. Also das Interesse war nicht besonders groß, außer eventuell bei den Betroffenen. Und bei den Medien, ich kann es ja nachfühlen, war es ja auch nichts Spektakuläres und deswegen auch nicht interessant, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber eben erst mit BSE und der Maul- und Klauenseuche und der Krise in der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft ist die Landwirtschaft, aber auch der ländliche Raum, in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses getreten.

Es ist heute schon sehr viel, sowohl von Dr. Botz als auch von Herrn Kummer und vom Herrn Minister, die Psychologie angesprochen worden. Wenn sich die Gesellschaft ehrlich hinterfragt, wie sie damit umgeht, welchen Stellenwert hatte denn in den letzten Jahren der ländliche Raum für eine Gesellschaft, die in ihrer Darstellung mehr und mehr großstädtisch geprägt gewesen ist? Und ich will es vielleicht auch ein mal ein bisschen überspitzt dargestellt haben. Der ländliche Raum, na ja, das sind etwas zurückgebliebene Deppen, die sich mit den lila Kühen beschäftigen usw. Wir kaufen ja unsere Lebensmittel in den Supermärkten. Aufgeklärt werden wir durch die Postwurfsendungen der Supermärkte und ich muss mich ja mehr um mein Internet und das neue Handy und Laptop, mit meiner Aktie von New Economy muss ich mich beschäftigen, Joggen durch den Wald, die Bäume wachsen ja auch ohne uns, höchstens die Feld- und Waldwege müssen meinen gestylten Laufschuhen angepasst sein. Das war ein bisschen überspitzt, das war die Darstellung, wie man mit dem ländlichen Raum umgegangen ist. Und heutzutage steht die urälteste Altökonomie im Mittelpunkt - die Landwirtschaft und die Ernährung. Mit einem Mal, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind aus den belächelten Deppen geldgierige, gewissenlose Schurken geworden, die billige, ungenießbare, verseuchte Lebensmittel produzieren und auch noch unsere Umwelt und Kulturlandschaft zerstören. Herr Dr. Botz, jetzt sind wir schon da: Wie verhalten sich denn verantwortungsvolle Politiker gegenüber dieser Einstellung eines Teils der Gesellschaft? Wer den Grünen-Parteitag am Wochenende in Stuttgart verfolgt hat, der muss schon erschüttert sein. Herr Dr. Botz, wir kommen nicht herum, auf die Äußerungen von dem Außenminister und Vizekanzler Fischer einmal einzugehen. Er hat dort gesagt, dass wir eine verrottete Landwirtschaft haben und die Landwirte des schnellen Geldes wegen die primitivsten Dinge unterlassen und ihnen jegliche Moral verloren gegangen sei. Das ist eine schlimme Entgleisung eines Vizekanzlers,

eines Bundesaußenministers. Herr Dr. Botz, das hat doch was mit Psychologie zu tun, das muss ich doch hier ansprechen.

(Beifall bei der CDU)

Oder sollen wir das unter die Decke kehren? Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn Herr Fischer von Moral spricht, da gehört bei mir schon eine große Portion Selbstbeherrschung dazu, um hier nicht auszurasen. Denn diese Sichtweise ist nicht nur falsch, sondern sie ist Ausdruck von unglaublicher Unwissenheit und Arroganz. Einfach die Landwirte zu Sündenböcken zu stempeln, genauso wie der Bundeskanzler schon einmal, das ist im höchsten Maße ungerechtfertigt und es ist auch gegenüber diesen Menschen im höchsten Grade verletzend, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was haben denn diese Menschen gemacht, die Landwirte? Tag für Tag, Jahr für Jahr, über Jahrzehnte, über Jahrhunderte haben sie geschuftet, nach verheerenden Kriegen, nach Naturkatastrophen war es eine Selbstverständlichkeit, dass sie uns die Ernährung absichern, und jetzt müssen sie sich von solchen Leuten solche Beleidigungen gefallen lassen. Sie haben sich ihren Rücken krumm gearbeitet und müssen sich dann von einem ehemaligen Straßenrowdy, der sich zu einem Schickeriafuzzi gewandelt hat, dann dermaßen beleidigen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

der dann noch dreimal im Jahr in die Toscana in Urlaub fährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war noch nicht der Höhepunkt auf dem Parteitag. Ich habe mir das angetan, am Sonntag, auch im Vorfeld der Diskussion hier in diesem Landtag, den Parteitag der Grünen zu verfolgen, der sich am Sonntag ausschließlich mit der neuen Agrarpolitik und mit dem ländlichen Raum beschäftigt hat. Die grüne Partei gehört nun einmal zur regierungstragenden Partei der Bundesregierung. Diese grüne Partei stellt die Verbraucherschutzministerin und die Landwirtschaftsministerin, meine sehr verehrten Damen und Herren, da muss man doch bitte schön einmal darauf eingehen können, was dort von sich gegeben worden ist. Denn es handelte sich nicht um eine Aschermittwochsveranstaltung oder um eine Veranstaltung zu einem Starkbieranstich, meine Damen und Herren. Es ist schon eine ernste Angelegenheit. Was ist denn dort unter so ganz frenetischem Beifall von sich gegeben worden, was ich bis heute noch nicht verdaut habe. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das ist auch nicht das oberflächliche Programm der Frau Künast: kauft gesunde Nahrungsmittel, wählt Grüne usw. usf., das kann man schnell vergessen. Die wird zum Superstar gemacht - Big Brother lässt grüßen. Oder auch nicht die Entgleisung von Herrn Fischer vom Vortag. Es kam ja noch viel schlimmer. Da haben sie so zielgerichtet Gastredner eingeladen wie den Edelkoch Herr Kling, der ist beim Südwestfunk wahrscheinlich unter Vertrag, wenn der über die CMA von

einer Verbrecherorganisation spricht, die mit krimineller Energie arbeitet, da kann ich doch nicht sagen, das Vokabular lässt mich einfach in Ruhe. Das ist doch Psychologie, wie ich mit den Menschen im ländlichen Raum umgehe. Lieber Egon Primas, liebe Abgeordnete vom Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung, wir haben auf der Grünen Woche mit einer Verbrecherorganisation verhandelt. Die haben uns dann eventuell auch noch mit krimineller Energie beeinflusst. Ich bitte gegenüber der Staatsanwaltschaft schon jetzt um Vergebung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn die Bundestagsabgeordnete und die landwirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen, Frau Höfken, die Verbände, die im ländlichen Raum tätig sind, als kriminelle Vereinigung hinstellt, als Betrüger hinstellt, Herr Dr. Botz, dann können wir doch nicht darüber schweigen. Das hat doch etwas mit Psychologie im ländlichen Raum zu tun.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Große Anfrage, Herr Wunderlich, Thema.)

Das ist das Thema für den ländlichen Raum, wie man damit umgeht, Herr Dr. Botz.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Jetzt weiß ich auch, warum heute.)

Nein, das sind nämlich nicht Entgleisungen irgendwelcher unverbesserlicher Ideologen oder neurotischer Selbstdarsteller, Herr Dr. Botz. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das hat schon etwas mit dem ländlichen Raum zu tun. Das ist eine ganz gut und wohl durchdachte Diffamierungskampagne gegenüber den Menschen im ländlichen Raum und gegenüber den Landwirten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Was Sie über einen deutschen Außenminister sagen, hat wohl nichts mit Diffamierung zu tun?)

(Unruhe im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Beruhigen Sie sich. Herr Abgeordneter, fahren Sie in Ihrer Rede fort.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Also, Herr Dr. Botz, wenn der Bundesaußenminister am Samstag während einer Veranstaltung der Grünen das über die Landwirtschaft äußert, das Gleiche die agrarpolitische Sprecherin der Grünen, die Ministerin für Verbraucherschutz und Landwirtschaft ähnliche Äußerungen machen, dann können wir dazu nicht schweigen hier im Lande Thüringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage die SPD: Wie stehen Sie dazu? Dazu sollten Sie etwas sagen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: Lesen Sie mal im Protokoll, was Sie über den deutschen Außenminister gesagt haben. Das kann doch nicht wahr sein. Bewahren Sie mal den Anstand.)

Wenn der Außenminister Deutschlands auf der Veranstaltung von einer verrotteten Landwirtschaft spricht und den Landwirten jegliche Moral verloren gegangen ist der schnellen Mark wegen und somit die primitivsten Dinge nicht mehr beachtet, dann schweige ich nicht, Herr Dr. Botz, und dann schweigt die CDU dazu nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, das ist in meinen Augen eine staatlich sanktionierte Verteufelungskampagne gegen die Menschen im ländlichen Raum und der Landwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere einmal die ehemaligen DDR-Bürger in diesem Land, wir hatten schon einmal eine Verleumdungskampagne gegen die Landwirtschaft zwischen 1960 und 1962. Wo endete das? Das endete in der Zwangskollektivierung. Ich sage Ihnen, wehret den Anfängen. Und wie schrieb die OTZ in ihrem Kommentar am Montag, dem 12.03. - ein ganz wichtiger Satz, zwei Worte nur. "Seelenlos war es" - richtig. Ich hätte noch zwei Worte dazu getan, nicht nur seelenlos, sondern auch würdelos und beschämend war es.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Frau Künast auf dieser Grundlage ankündigt, der Minister hat es angesprochen, dass sie im Rahmen der PLANAG mit den Agrarministern der Länder noch vor Ostern neue Förderkriterien für die Gemeinschaftsaufgabe diskutieren möchte, und ich sage nur eines, passt nur auf, denn dann müssen die Alarmglocken schlagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Minister hat darauf hingewiesen, denn das heißt, die Länder sind ganz besonders betroffen. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, der Diskussion über die neue Agrarpolitik, ländlicher Raum stellen wir uns in Thüringen, auch die CDU, ganz selbstbewusst, der stellen wir uns auch gern. Denn wir haben in Thüringen weder eine verrottete Landwirtschaft noch seelenlose Landwirte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Fakten und Zahlen in der Antwort auf die Große Anfrage der PDS belegen es. Es ist für jeden nachlesbar, es ist heute angesprochen worden, auf einige grundsätzliche politische Aussagen werde ich noch eingehen. Die Zahlen zeigen, dass wir uns der Verantwortung seit 1990 gestellt haben und mit einem Ergebnis, dass ich vorzei-

gen kann. Ich muss sagen, das ist eine erfolgreiche CDU-Politik. Es ist eine erfolgreiche Politik der CDU-geführten Landesregierung und vor allem eines Ministers, von dir, Minister, lieber Volker.

(Beifall bei der CDU)

Das lassen wir uns auch nicht kleinreden, auch nicht durch hysterische Zeitgeistdiskussionen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da unterscheiden wir uns, Herr Dr. Botz, von der Landwirtschaftspolitik der Bundesrepublik. Der Erfolg dieser Politik ist vor allem damit verbunden, dass wir die Menschen, die dort arbeiten und dort leben, in unsere Politik einbinden, ihre Arbeit respektieren und auch anerkennen. Das war so, das ist so und das wird mit der CDU auch so bleiben. Wir werden in keinen Aktionismus verfallen, wir werden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum weiterhin kontinuierlich verbessern, und das ohne arrogante Besserwiserei. Ich sage Ihnen auch, worin unser Erfolg liegt, Herr Dr. Botz, nicht in der Selbstbeweihräucherung, um Gottes willen. Es ist noch einiges zu tun und es ist auch noch viel zu tun. Wir haben uns in dieser gesamten Politik für den ländlichen Raum nie ein starres Korsett anlegen oder in ein starres Korsett pressen lassen. Wir haben die Herausforderungen angenommen und haben auch immer wieder Antworten gegeben, Flexibilität in der Förderpraxis, Anpassen an neue Gegebenheiten auch im Gesetzgebungsverfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eins bleibt bei uns etwas ganz Entscheidendes. Eine der entscheidenden Säulen für den ländlichen Raum ist eine flächendeckende Landwirtschaft und Forstwirtschaft. Von dieser Grundeinstellung dürfen wir uns nicht verabschieden und dürfen wir auch nicht abrücken. Die Sicherung der Stabilität und der Wirtschaftlichkeit unserer land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wird ein Schwerpunkt im ländlichen Raum bleiben müssen. Deshalb bleibt die betriebliche Förderung von AFP und AIP ein ganz entscheidender Förderschwerpunkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Thüringen schon immer auf eine nachhaltige und umweltgerechte und tiergerechte Landwirtschaft hingewiesen. Es waren für uns nie inhaltslose Floskeln, sondern praktische Politik. Dafür steht unser Kulturlandschaftsprogramm und dafür steht für uns die Förderung der benachteiligten Gebiete, weil die Pflege unserer Kulturlandschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Damit wird die Einführung umweltgerechter, den natürlichen Lebensraum schützender Produktionsverfahren unterstützt. Ich glaube, dafür haben wir zwischen 1994 und 1999 runde 700 Mio. DM zur Verfügung gestellt, gerade wenn es um eine umweltgerechte Landwirtschaft ging. Ich weise immer wieder darauf hin, Thüringen kann sich damit in Deutschland sehen lassen. Wenn heutzutage Frau Höhn immer wieder in den Medien gezeigt wird als die Powerfrau, dann soll sie erst einmal ihren eigenen Laden in Ordnung bringen und darauf

achten, dass kein BSE-Risikomaterial aus ihren Schlachthöfen nach Großbritannien gelangt, dass weniger Schafe, weniger Rinder und weniger Schweine nach Nordrhein-Westfalen und damit nach Deutschland eingeführt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen, wie sieht denn die Wirklichkeit aus, gerade mit der Frau Höhn. Ich habe das hier schon gesagt und spreche es noch einmal an: die Agrarumweltmaßnahmen pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Thüringen 99 DM, in Nordrhein-Westfalen 11 DM, Ausgleichszulage 75 DM pro Hektar in Thüringen und 16 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Nordrhein-Westfalen. Frau Höhn hat hier noch sehr viel nachzuholen. Jetzt kommt die Frau Künast, die hat wieder einen ganz besonders geistreichen Vorschlag, wir sollten die Grünlandprämie einführen. Wenn ich mich recht entsinne, haben wir in Thüringen eine Grünlandprämie von insgesamt 90 Mio. DM. Also die Frau Künast und die Frau Höhn haben, wenn es in Nordrhein-Westfalen oder woanders nicht klappt, noch einiges nachzuholen. Da sagt die Frau Künast, dann sollen unsere Landwirte für so viele Tiere nur noch Subventionen bekommen, wie auf den Weiden auch artgerecht gehalten werden können. Da möchte ich noch einmal daran erinnern: Wir haben in Thüringen 0,57 Großvieheinheiten pro Hektar und in Nordrhein-Westfalen 1,24 Großvieheinheiten pro Hektar. Unsere Großvieheinheiten pro Hektar lassen sich sogar mit der ökologischen Landwirtschaft mehr als vergleichen. Das muss man hier einmal in den Raum hineinstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren - und die Zahlen sprechen für sich.

In der Diskussion um die neue Agrarpolitik wird immer wieder die Notwendigkeit der regionalen Vermarktung angesprochen. Es gehört zum selbstverständlichen Teil unserer praktischen Politik, dass wir bei der Entwicklung des ländlichen Raums die regionale Vermarktung fördern. Wir haben fast 300 Vorhaben der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte mit knapp 500 Mio. DM gefördert, vom Bauernmarkt bis zum Hofladen, bis zu den modernen Schlachthöfen oder Molkereien. Jeder der 88 Landtagsabgeordneten kann in seinem Wahlkreis oder seinem Landkreis doch einmal die Probe aufs Exempel machen, wenn sie einkaufen gehen. Geht nicht in den Supermarkt und ich rufe die gesamte Bevölkerung Thüringens dazu auf, nehmt die regionale Selbstvermarktung wahr, die regionale Selbstvermarktung in Thüringen! In Thüringen ist es eine Selbstverständlichkeit, ich glaube, die ist sogar flächendeckend.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen steht unser Dorferneuerungsprogramm. Da ist man darauf eingegangen und das ist eines der wirksamsten strukturpolitischen Programme. Ich muss Ihnen das auch

einmal im Vergleich zu anderen Förderprogrammen sagen. Obwohl im Vergleich zu anderen Förderprogrammen die Förderkonditionen zum Teil ungünstiger sind, ist der große Erfolg umso erstaunlicher. Die bisher 700 Mio. DM Fördermittel für die Dorferneuerung haben ca. 2 Mrd. DM an Investitionen nach sich gezogen, für das regionale Bauhandwerk nicht mehr wegzudenken; es sichert Arbeitsplätze im ländlichen Raum und es stabilisiert Arbeitsplätze im ländlichen Raum, meine sehr verehrten Damen und Herren.

An die PDS: Die bisherigen Maßnahmen für die Dorferneuerung sind eigentlich geprägt vom Nachholebedarf und von der Schadensbeseitigung aus der DDR-Zeit. Das müssen wir einmal zur Kenntnis nehmen. Das dürfen wir auch nicht vergessen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Thüringen ist ein walddreiches Land; viele Dörfer und Regionen sind davon geprägt, deshalb ist die nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung unserer Wälder für Thüringen mehr als bedeutsam. Sie ist auch gesetzlich vorgeschrieben. Und es hat große Bedeutung für den Tourismus in Thüringen und zum anderen ist es auch die Grundlage für eine hochmoderne Holzverarbeitungs- und -veredelungsindustrie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was gerade hinsichtlich Holzveredelung und Holzverarbeitung in dem ländlich geprägten Raum Saale-Orla im alten Landkreis Lobenstein entstanden ist, sucht seinesgleichen in Deutschland. Wenn ich lese, dass demnächst wieder 350 Mio. DM in diesen Raum investiert werden, dann ist das Entwicklung des ländlichen Raums, dann schafft das Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für den ländlichen Raum und ich meine, nicht nur für den ländlichen Raum, ich glaube, dort werden auch Arbeitsplätze geschaffen für die städtische Bevölkerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung unserer Wälder ist nicht nur im Thüringer Waldgesetz festgeschrieben, sondern ist auch durch Landesprogramme untersetzt. Ich denke an das Ökoprogramm Wald und ich denke an die Strukturhilfe für den Kleinprivatwald. Letztes Programm - Strukturhilfe für den Kleinprivatwald - seit 1993 bzw. Ökoprogramm Wald - sagen Sie mir, in welchem Bundesland gibt es das noch in Deutschland? Sagen Sie mir das.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nicht drumherum, es gibt natürlich, Herr Kummer, schon einen ideologischen Ansatz in Ihrer Großen Anfrage. Es wird ja schon in der Einleitung Ihrer Großen Anfrage von der Gefährdung der ländlichen Räume gesprochen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fakten sagen hier etwas anderes und die PDS zeichnet sich eben auch nicht immer durch Ursachenforschung aus, vor allem, wenn es für sie -

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Na, na.)

doch, Frau Nitzpon - ganz unbequem wird. Ich habe vorhin gesagt, wir haben zurzeit noch die Beseitigung alter Vor-

kommnisse aus DDR-Zeiten; denn die SED hatte ja wohl die Dörfer abgewirtschaftet und abgeschrieben gehabt. In der Mangelwirtschaft waren die Bewohner der Dörfer ja meistens auf sich allein gestellt. Der Slogan war ja die Schaffung eines Landproletariats, eines so genannten freien Landproletariats, natürlich frei von jeglichem Besitz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da knabbern wir ja heute noch tüchtig dran, das wird auch noch lange Zeit dauern. Mit der Missachtung und Zerstörung des Eigentums wurde gerade das bäuerliche Element oder die kulturelle Identifizierung der Menschen mit ihren Dörfern zerstört. Sie wurden Lohnarbeiter, der Mittelstand enteignet. Die Handwerker mussten sich in der PGH ausliefern. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle diese Dinge dürfen wir eigentlich nicht vergessen, wenn wir heutzutage noch über die Entwicklung des ländlichen Raumes sprechen, gerade hinsichtlich der Wiederherstellung des Eigentums.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotzdem, wer ideologisch nicht blind ist und durch unsere Dörfer geht, wird den enormen Strukturwandel der letzten zehn Jahre sehen. Ich meine, es ist ein Verdienst der Menschen auf dem Lande und es ist ein Verdienst der Politik, die bisher in dieser Frage die Verantwortung getragen hat. Ich gehe davon aus, dass diese CDU-Politik auch für die weiteren Jahre noch dafür die Verantwortung trägt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Scheringer, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Sehr verehrte Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich bin richtig überrascht, dass das jetzt so leer ist. Aber nichtsdestotrotz

(Zwischenrufe aus dem Hause: Jawohl.)

meine ich, Sie hatten noch etwas dazu gesagt, es ist ja vieles hier gesagt worden, man kann vieles streichen. Das meiste, was gesagt worden ist, schätze ich ein, war sehr, sehr positiv für die Bevölkerung des ländlichen Raums, weil es auch stimmt, dass über 75 Prozent in den Dörfern und im ländlichen Raum wohnen. Da müssen wir uns überall ganz besonders kümmern. Mich freut es erst einmal, dass Herr Wunderlich, Herr Kretschmer, muss ich gleich sagen, er kommt hier wieder herein,

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Ja, ich bin schon zurück.)

muss ich ihm sagen, er hatte vorhin den Herrn Kummer kritisiert, ob das dazugehört oder nicht. Sie haben ja jetzt die anderen Redner gehört, sind dann einmal kurz hinausgegangen, da haben Sie erst einmal gemerkt, da Sie ja aus

Mühlhausen kommen und aus meinem Wahlkreis, wie vielfältig die Landwirtschaft ist.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Mein Wahlkreis.)

Ihrer auch, meinetwegen. Sie sollen nicht ablenken. Sie haben ihn kritisiert, dass er zur Sache kommen soll. Sie wissen überhaupt nicht, wie vielfältig die Landwirtschaft ist und der ländliche Raum. Stimmt das, Herr Wunderlich?

(Unruhe bei der CDU)

Hören Sie zu! Da geht es schon wieder los.

(Beifall im Hause)

Ich wollte Ihnen nur sagen, dass es so vielfältig ist, dass sogar ich als fast Ältester kaum alles beherrsche und mich viel befragen muss.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Grölen Sie nicht so rum!)

Wenn Sie Ihre Ohren aufsperrn, kann ich auch leiser reden, hören Sie auf. Ich wollte nur sagen, Herr Wunderlich, eines hat mich schon gefreut, dass das in den Ausschuss zur Beratung kommt, das war nicht immer so und das waren wir nicht so gewöhnt, ich freue mich sehr über Ihr Einverständnis. Und noch mal zu unserem Minister, sonst vergesse ich es: Sie haben den zehnmal über den grünen Klee gelobt, wir haben aber in Mecklenburg-Vorpommern einen gelernten Bauern aus der DDR, wie unseren Herrn Minister, und unser Herr Minister hat die Landwirtschaft in ...

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Unser
Freund Till Backhaus.)

Sie kommen dann noch dran.

(Heiterkeit im Hause)

Unser Minister, Herr Dr. Sklenar, ich hatte gesagt, gelernter Bauer aus der Landwirtschaft vom Alter her gar nicht anders zu machen in der Historie, hat die Landwirtschaft gegen viele Fallen, auch nach der Wende, in ihrer Partei hoch gehalten. Heute haben es ja alle schon gelernt, alle, auch Sie als Förster. Ich habe es immer gelernt.

Ich wusste das schon. Das wollte ich jetzt nicht sagen, meine Fraktion, die PDS, hat schon immer mit dem Herrn Mehle, er ist jetzt sehr krank, für diese Wirtschaftsweise gesprochen. Das will ich Ihnen sagen. Das will ich vorneweg sagen und da können Sie ihn loben, aber wir haben in Mecklenburg-Vorpommern genauso einen Landwirtschaftsminister von der SPD. Ich will sagen, in vielen Punkten darf die Landwirtschaft nicht so sehr politisiert werden, denn es sind viele Fragen, die übergreifen, wie Herr Botz und Herr Kummer sagten, zu betrachten.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Jawohl!)

(Beifall bei der PDS)

Und dafür, dass der Mann hier alles so verteidigt hat in Thüringen, gebührt ihm auf alle Fälle Dank und Anerkennung. Das ist woanders von anderen Ministern anderer Parteien genauso gut gemacht worden und auch teilweise genauso schlecht, das wollen wir mal weglassen. Zu der Bärbel Höhn muss ich natürlich auch sagen,

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Nicht ganz
so gut.)

es ist hier nicht nur so, dass der Herr Wunderlich aufpasst, was da los ist, da muss ich natürlich auch sagen, ich habe mir das genau angeguckt. Alles konnte ich mir nicht angucken, weil ich ja noch

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU)

- Sie sollen nicht immer soufflieren -

(Heiterkeit bei der PDS)

immer einen Betrieb am Bein habe. Gestern war ich kurz in einer Pressekonferenz und da will ich Ihnen sagen, wie schnell das in solchen Betrieben geht. Ich bin aus der Pressekonferenz, habe sofort einen heißen Draht an meinen Sohn angestellt und habe gesagt, schließt alles zu. Also mit 13 Schlössern innerhalb von 5 Minuten war der Betrieb zugeschlossen. So muss es gehen und da will ich Ihnen ein Beispiel sagen, so kann es auch gehen, obwohl es noch lange nicht hilft, wenn ich von Prinz Charles seinen Rinderherden, die er verbrennt, das dringt in die Luft und ein Westwind, wir reden immer vom Westen, dann haben wir es auch und das geht nicht und da mache ich gleich die Sache perfekt.

Zu den Fragen der BSE: Es muss Schluss sein - MKS will ich nicht ansprechen, weil wir dazu später noch reden - mit der Rindertötung. Meine Damen und Herren, es muss Schluss sein mit der Tötung von ganzen Herden, wenn eine Kuh BSE hat.

(Beifall bei der PDS)

Es kann nicht wahr sein, dass unsere ganzen Experten des Naturschutzes, Tierschutzes, Umweltschutzes und wo die alle sind, es zulassen, dass eine Kuh im 8. Monat, wo das Kalb schon hinten rausschaut mit dem Kopf oder den Hinterbeinen, getötet und verbrannt wird, wenn es gar nichts hat - das muss aufhören. Ich hatte hier, glaube ich, schon mal gesagt, das Problem wurde mit der Angst, das will ich nicht wiederholen und das diffamiert natürlich und erschüttert alle Bauern. Jede Woche bringt sich ein englischer Bauer durch Selbstmord um - jede Woche. Es sind bis jetzt über 50 Bauern selbst in den Tod gegangen, weil sie mit ihren Tieren so sehr verwachsen waren.

Ich habe als junger Mann, obwohl ich kein Grüner bin und so ein Mittlerer - rot ist mein Blut, rot ist mein Herz, PDS ist mein Liebling - habe ich immer die Frösche über den Zaun getragen in ein kleines Loch. Wo sind alle diese Naturschützer, Umweltschützer und Tierfreunde, die uns helfen, dass die Landwirtschaft nicht als Hasardeur hingestellt wird und auch nicht die Bauern.

(Beifall bei der PDS)

Nun komme ich zu etwas Freundlicherem: Wir haben Frühling, wenn Sie früh um 4.00 Uhr auf den Acker gehen, hören Sie die Lerchen singen. Die Entwicklung der Landwirtschaft - ich kenne das alles noch, mit 2 Pferden habe ich mit meinem Vater gedrillt, ganz schnurgerade mit einer Drillmaschine, hinten musste noch einer hinterher laufen und aufpassen, dass alle Särohre laufen, heute drillt mein Sohn mit einer großen Maschine, 6 m breit, für mich ist immer wichtig schnurgerade, dass man mit einem Gewehr durchschießen kann. Schnurgerade der Kartoffel..., schnurgerade das Sägerät, schnurgerade die Zuckerrübensache. Also, ich meine, wir haben eine große Entwicklung gemacht, eine ganz große Entwicklung und dem muss man Rechnung tragen und man kann heute nicht sagen, alte und neue Landwirtschaft.

Ich sage, wir brauchen in Europa einen einheitlichen Standard, nicht Öko und nichts anderes - einen Standard für alle. Sie wissen ja auch, Öko ist ja auch gefährlich. Wenn die das Getreide nicht gegen die Pilze spritzen, da sind dann Toxine im Mehl und im Getreide. Und es wird bei denen nicht gespritzt, es darf nicht gespritzt werden, wir brauchen einen ordentlichen Standard für die gesamte Landwirtschaft. Wer das nicht versteht, sollte das Maul nicht so weit aufmachen. Ich war bei der Frau Höhn, die das eigentlich wissen müsste, das ist unsere nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin. Sie formuliert in ihrer Rede und dann sind die - weil sie das nicht wissen, man muss den Unverstand -, aber Unkenntnis schützt nicht vor Strafe!

(Beifall im Hause)

Da hat die Frau Höhn gesagt, also die Schweine, die Sau muss in jedem Stall wieder ein Ferkel bringen und die müssen da aufgezogen werden bis es zum Schlachten kommt. In dem einen Hof - ja, was denkt Ihr denn, wenn wir von der Globalisierung reden und von der großen Landwirtschaft und weltweitem Handel - sind wir erschossen wie Robert Blum - geht nicht. Es geht nicht. Und ich habe unserem Minister immer gesagt, wir brauchen einen gewissen Artenschutz. Den haben wir jetzt. Die Argentinier kaufen nichts, die Amerikaner kaufen nichts, die holen nichts rein, niemand holt mehr was rein. Und wissen Sie, wie viel Millionen wir Fleisch können, mit knapp 60 Prozent. So haben wir das runtergewirtschaftet.

Nun komme ich zu unserem Antrag, der mir ja sehr gefallen hat, dass er hier so ausführlich behandelt wird. Wir

brauchen weiter, und das sage ich ganz in allem Ernst, die Agenda hat bis 2004 Bestandschutz und bis 2006. Innerhalb kann man ein bisschen drehen, aber die PDS und viele andere haben immer gesagt, der Boden und das Tier gehören zusammen. Wenn das verwirklicht wird, gibt es zu 90 Prozent in der Landwirtschaft positive Ergebnisse. Das muss sein. Aber das darf nicht umverteilt werden von der Aufgabe Ost - das darf nicht sein. Und jetzt sage ich noch was ganz Wichtiges: Herr Sklenar, und ganz besonders Sie, Herr Staatssekretär,

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

da Sie aus den alten Bundesländern kommen, was ich ja nicht verdamme, sondern befürworte, wir sollen uns näher kommen, es gibt ein Lied, Sie werden es gleich hören. Bei Ihnen hat sich immer ... Gestern haben Sie unseren PDS-Mann mit "du" angesprochen, da habe ich erst einmal gehorcht.

(Heiterkeit im Hause)

Es gibt ein Lied - und gestern wurde hier vieles dahergeredet, Aufgabe Ost usw. - ich zitiere aus dem Lied nur vier Sätze:

(Zwischenruf aus der SPD-Fraktion: Singen!)

Singen nicht, Ihr wollt es singen hören, aber das kommt nicht in Frage, da überschreite ich meine Zeit.

(Heiterkeit und Beifall im Hause)

Im Osten sind die Frauen schöner, im Osten können sie besser küssen, im Osten geht die Sonne auf und die Ostler sind alles Sieger. Vieles andere steht da auch noch drin. Ich will nur sagen, so ist die Befindlichkeit der Menschen, weil - diese Stampfmaschine für diese Platten kommt nicht nach, das zu drucken, weil das so viele hören wollen, verstehen Sie das? Das ist die Befindlichkeit der Menschen und daran müssen wir uns eigentlich alle, alle orientieren. Und Ihnen sage ich nichts Neues, Herr Minister, was fehlt und Manko ist, haben wir z.B. mit den täglichen Angriffen auf die Bodenreform - alle haben gesagt, das ist festgeschrieben. Jeder durchlöchert das, kümmern Sie sich drum, dass das nicht geschieht, das ist auch unbedingt ländlicher Raum.

(Beifall im Hause)

Das Nächste: Seit 12 Jahren - oder nicht 12 Jahren, nein, nein, seit bei mir 10 Jahren registriert ist das Landwirtschaftsanpassungsgesetz auf der Tagesordnung. Es kommt nicht weg, weil es zu viele Fallen gibt? Die meinen, wir haben alles falsch gemacht. Das muss weg, die Verjährung bis zehn Jahre aber erst seit der Registrierung, also brauche ich noch über ein Jahr, wo ich nachts nicht schlafen kann, wenn ich meine Eigenmittel alle weggeben muss. Das sage ich. Ich sage es. Ich sag das doch! Ob ich alles rich-

tig gemacht habe, das ist wieder so eine Frage. Wer hat mir das Gesetz übergestülpt? Ich nicht! Meine Mitglieder haben gesagt: Konrad, wir machen das so! Ob das dann richtig ist, das ist das Problem. Kümmern Sie sich um den Bestandsschutz, wie ich gesagt habe schon im Jahr 2000!

(Beifall bei der PDS)

Und eines muss ich auch noch sagen: Hier wurde alles relativ schön geredet, das haben Sie ja gesagt alle. Aber die Arbeitsplätze, die wir von 90 bis 94 erstmal verloren haben, die haben wir noch nicht wieder da. Und ich muss natürlich sagen, ich kann mich nicht so sehr - Ihre Aufgabe ist es ja - bedanken für diese, ich sage immer Ausgleichszahlungen, ich sage das auch, da war ich in Berlin, da haben die auch immer geredet von, was haben sie geredet, Subvention, ist alles keine Subvention. 1991 habe ich für einen Doppelzentner Sommergerste im Westen 40 DM gekriegt und voriges Jahr oder vor zwei Jahren habe ich nur 22 DM gekriegt und ein Jahr später 25 DM und in diesem Jahr habe ich gesagt: Unter 30 DM geht nichts raus! Da haben sie gesagt: Können wir dir nicht abkaufen. Und ich sage: Dann lassen wir sie liegen! Also ich will nur sagen, das sind alles Sachen, wo Ausgleichszahlungen sind und nichts anderes für die Bauern. Da muss man aufpassen, dass man da nicht immer das Falsche erzählt. Und dann noch zu der Diffamierung unserer Bauern mit den Hormonen und anderen Skandalen. Also wissen Sie, liebe Frauen, wenn es eine Pille für die Männer gegeben hätte, nicht so eine Blaue, sondern eine richtige Pille zur Verhütung, die Frauen hätten die Hormone den Männern in den Bauch reingeredet. Verstehen Sie das?

(Heiterkeit bei der CDU, SPD)

Ich will das mal sagen und wissen Sie, wo die hinkommen, die Reste der Hormone: auf meinen Acker und auf alle anderen Äcker. Keiner weiß das so genau. Und da will ich Ihnen sagen und wenn dann einer von den Bauern Brunstsynchronisation macht, ist es ein Hormonskandal. Man muss schon alles wissen und die meisten wissen nicht genügend über die Landwirtschaft. Deswegen diese kurze Lehrstunde und ich könnte noch viel erzählen, aber da kommen wir ja heute Nachmittag zur MKS noch mal dazu. Also ich sage Ihnen: Schluss mit dem Töten der Tiere! Kein Mensch, wenn er krank ist, wird umgebracht, da wird er erstmal behandelt und die Tiere, das sind genauso Lebewesen vor Gott dem Herrn, an den Sie glauben, Kollege Wunderlich, also müssen Sie immer dagegen sein. Vielen Dank!

(Beifall im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat das Wort der Abgeordnete Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Meine Damen und Herren, ich werde schon dem Spruch: "Schuster, bleib bei deinen Leisten" Folge leisten und nichts generell zur Landwirtschaft sagen, sondern etwas sagen zur Bildung, zur Schule im ländlichen Raum. Und ich denke, zu den wichtigsten Bedingungen einer guten Infrastruktur in einer ländlichen Gemeinde gehört natürlich die eigene Schule, zumindest für Kinder im Grundschulalter.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Schulen, meine Damen und Herren, haben für die Lebensqualität einer Gemeinde eine hohe Bedeutung, die sind Orte der Identifikation für ein Gemeinwesen. Und wenn eine Gemeinde noch nicht einmal mehr eine Grundschule hat, so werden gerade junge Familien mit Kleinkindern abwandern oder erst gar nicht zuwandern. Das bedeutet natürlich auch eine zunehmende Entsiedlung ländlicher Regionen. Die jetzigen Schulschließungen sind damit Entscheidungen mit erheblichen Auswirkungen auch auf längere Zeit und deshalb sollten für den Erhalt wohnortnaher Schulen finanzielle Prioritäten gesetzt werden und auch unkonventionelle Entscheidungen getroffen werden. "Meine Damen und Herren, der starke Rückgang der Schülerzahlen zwingt uns im Osten zu einer völlig neuartigen Flexibilität, die der von 1989 in nichts nachsteht. Um die Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen, können wir uns keine Tabus erlauben und der sich auch schon nach zehn Jahren angesammelte Staub muss wieder mit ähnlichem Mut und ähnlicher Zivilcourage wie 1990/91 weggeblasen werden. Tun wir das nicht, wird die Staubschicht so dick, dass uns der Durchblick unmöglich wird." Staatssekretär Ströbel hat hier wahrlich brav gesprochen, meine Damen und Herren, und die schulische Realität hat seine Befürchtungen leider eingeholt. Der Landesregierung ist im Bildungsbereich - und das betrifft auch die Frage der Schulstandorte - der Durchblick schon lange abhanden gekommen. Statt Mut und Zivilcourage Stellenabbau und Reformstau - wir haben intensiv in den letzten Wochen darüber diskutiert, trauriger Höhepunkt war ja die Regierungserklärung und die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der PDS zum ländlichen Raum schließt sich hier, was den Bildungsbereich betrifft, nahtlos an. Meine Damen und Herren, gepriesen sei derjenige, der nichts zu sagen hat und davon absieht, das zu beweisen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Regierung, lassen sich nicht aufhalten, diesen Beweis anzutreten. In Bezug auf den Erhalt eines möglichst vollständigen wohnortnahen Bildungsangebots auch im ländlichen Raum sind die Antworten der Landesregierung schon bemerkenswert. Ich zitiere: "Mit der Richtlinie zur Schulentwicklungsplanung besteht ein Instrument zur Planung eines ausgewogenen Schulnetzes." Nachholbedarf oder Defizite sind nach Auffassung der Landesregierung nicht erkennbar. Meine Damen und Herren, Sie tun so, als sei die demographische

Entwicklung für die Schulnetzplanung kein großes Problem, als hätten wir nicht seit 1992 über 300 Schulen geschlossen mit den Folgewirkungen, dass natürlich die Wohnortnähe weiter abnahm und es zu einer Ausdünnung des Schulstandortnetzes generell gekommen ist.

Meine Damen und Herren, natürlich ist auch uns klar, die Halbierung der Geburtenzahlen kann nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung der Schulstandorte bleiben. Wenn man allerdings dabei regionale Verwerfungen - und das ist sehr wichtig für den ländlichen Raum - im Schulangebot verhindern will, dann muss die regelmäßige Fortschreibung der Schulnetzplanung, denke ich, über eine längerfristige Perspektive eingebunden werden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es geht also nicht darum, wie ein Kaninchen vor der Schlange auf das Schülertief zu blicken, sondern zu überlegen, wie ich dieses Schülertal überbrücken kann. Wir haben in der großen Koalition alternative Lösungen entwickelt. Sie wissen das, kleine Grundschule, kleine Regelschule, aber solange ich dem Schulträger keine verlässlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung dieser alternativen Lösung gebe, bleiben alle Bemühungen Makulatur.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Dann kann man zwar in Symposien damit glänzen, aber über eine Hand voll Modellversuche komme ich nicht hinaus und das ist leider die bittere Realität. Und hier, meine Damen und Herren, liegen die Defizite der Landesregierung. Die antiquierte Richtlinie zur Schulnetzplanung muss endlich überarbeitet werden. Um im Regelschulbereich die geforderte Dreizügigkeit auch unter den Einfachstandorten zu erreichen, müssten, wenn ich die Planung fortführe, zwei von drei Schulstandorten im ländlichen Bereich aufgegeben werden. Meine Damen und Herren, das können Sie doch wohl nicht ernsthaft wollen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wir brauchen eindeutige Modalitäten zur Organisation der kleinen Regelschule. Wir werden auch weiterhin auf eine Verwaltungsvorschrift zur Genehmigung von Grundschulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht drängen.

Meine Damen und Herren, wenn ich alternative Lösungen wirklich will, muss ich dem Schulträger Rahmenbedingungen vorgeben, die ihm auch eine Entscheidung ermöglichen. Hier ist enormer Handlungsbedarf. Stichworte sind: Verstärkte Beratung der Schulträger, Erprobung neuer Schulmodelle auch in der Fläche, ein regionales Netz der schulnahen Fort- und Weiterbildung, auch die Erarbeitung geeigneter Lehr- und Lernmaterialien, regionale Unterstützungssysteme, schulinterne Fortbildungsveranstaltungen, der moderierte Erfahrungsaustausch und nicht zuletzt brauche ich auch Arbeitskreise zu didaktisch-methodischen und organisatorischen Problemfeldern. Entscheidend ist

natürlich auch, dass ich ein gutes Marketing des pädagogischen Konzepts habe, d.h., ohne öffentliche Akzeptanz, ohne den Konsens der Beteiligten sind solche alternativen Modelle ohne Wert. Die Antwort der Landesregierung lässt diese Impulse vermissen und ich will Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie in der Verantwortung stehen, die Sie noch in der Verantwortung stehen, ein Sprichwort mit auf den Weg geben und darüber sollten Sie vielleicht nachdenken und das wiederum hat auch mit der Entwicklung der Landwirtschaft zu tun: "Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen." Danke.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Wunderlich hat eine Frage an Herrn Döring. Herr Döring, Sie sind auf dem Weg, aber geht das noch?

(Zuruf Abg. Döring, SPD: Nein.)

Dann nicht mehr. Dann der Abgeordnete Schugens, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist eine Menge schon gesagt worden zu der eigentlich positiven Entwicklung unseres ländlichen Raumes in Thüringen. Ich denke, wer die Große Anfrage in seiner Antwort gelesen hat, konnte selbst erkennen, dass die Landesregierung in ihrer Komplexität eine erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum in Thüringen in den letzten Jahren geleistet hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich frage mich, wenn ich diese Redner vor mir noch einmal analysiere: Was wollen sie denn eigentlich? Herr Kummer, für mich steht die Frage: Wollen Sie die Oberzentren stärken oder den ländlichen Raum? Ihre Große Anfrage ging eigentlich in den ländlichen Raum. Dann bejammern Sie in Ihrer Rede einerseits, dass die Oberzentren an Gewicht verlieren, Sie möchten aber den ländlichen Raum gestärkt haben; gleichfalls fragen Sie, kann man das eigentlich zulassen, dass in den ländlichen Raum gesiedelt wird. Das ist Ausdruck von Unwissenheit. Sie werden diesen Prozess nicht aufhalten, Sie werden ihn nicht stoppen, Sie werden nur prüfen können und handeln können, diese Räume auszugestalten. Sie haben viele solche Dinge angeschnitten. Es ist sicherlich richtig, dass in dem Workshop und bei der Studie, die das Landwirtschaftsministerium mit der Staatskanzlei zusammen hat erarbeiten lassen, erkennbar ist, dass wir enorme Probleme in Thüringen bekommen werden, was die Altersstruktur und was den Strukturwandel insgesamt betrifft. Nur eines muss ich feststellen, in den letzten fünf Jahren haben wir erfolgreich den ländlichen Raum entwickelt und, ich denke, die meisten Dörfer - wo

auch die Kommunalpolitiker eine Verantwortung tragen dies umzusetzen, was wir mit unseren Programmen, Fördermitteln und rechtlichen Rahmenbedingungen geboten haben - sind in einem hervorragenden Zustand und haben sich in den letzten 10 Jahren sehr positiv entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Genau deshalb, weil das so ist, ziehen junge Menschen auf das Dorf. Natürlich ist nicht jedes Dorf davon betroffen, das wissen wir. Es gibt Dörfer, wo die kommunale Initiative relativ schwach ausgeprägt ist.

Meine Damen und Herren, wenn ich höre, dass wir den ÖPNV verstärkt betrachten sollen, es ist hier schon angesprochen worden. Wer - und auch zu DDR-Zeiten, ich will da ruhig zurückgreifen - lässt einen Bus fahren, wenn nur zwei Bürger oder kein Bürger mitfährt? Wir alle finanzieren das. Und es ist nicht richtig, dass Sie sagen, dass der Schülerverkehr abgebaut worden ist. Ich kenne solche Fälle nicht. Der Schülerverkehr ist bisher immer gesichert worden und hier tragen die Kreise eine hohe Verantwortung. Der Schülerverkehr ist auch genutzt worden im Sinne des ÖPNV. Und, ich denke, das ist eine sinnvolle Gestaltung, damit also auch Buslinien ausgelastet sind.

Meine Damen und Herren, das betrifft genauso die Frage, junge Leute auf dem Land in die Disco oder ins Kino. Ich weiß nicht, Herr Kummer, ob Sie sich nicht erinnern können, wie das noch vor 1990 war, wie junge Leute zur Disco gefahren sind oder ins Kino in die Zentren. Die meisten sind heimwärts gelaufen oder sie sind irgendwo geblieben. Sie können doch den Jugendlichen nicht vorschreiben, wie sie nach Hause kommen. Und, glauben Sie, auch die Eltern haben eine Pflicht und das Elternhaus, mit dafür zu sorgen, dass die Kinder ordnungsgemäß nach Hause kommen. Und sagen Sie doch nicht, es gibt keine Möglichkeiten. Es gibt in Thüringen Hunderte Taxiunternehmen, die klagen, dass sie keine Auslastung haben. Wozu sollen wir da parallel einen Bus fahren lassen?

(Beifall bei der CDU)

Das ist auch eine ökonomische Frage und ist eine ökologische Frage.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Weil das Taxi manchmal teuer ist, gerade für Jugendliche.)

Das mag ja sein, aber wo ist denn Ihr Fifty-Fifty-Taxi geblieben? Das haben wir nicht verhindert. Es hat nur keiner aufgegriffen, es hat keiner genutzt. Erinnern Sie sich einmal, das ist noch gar nicht so lange her, dass wir das hier im Haus diskutiert haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, unser Minister hat, weil er ein Fachmann ist und aus der Landwirtschaft

kommt, sich für die Belange der Landwirtschaft außergewöhnlich eingesetzt, und das tagtäglich. Ich bin sehr bestürzt über das, was jetzt in Berlin und was in der EU-Politik erfolgt. Ich frage mich, ob der Umgang mit solchen Begriffen wie "Verbraucherschutz" und "ökologische Landwirtschaft" tatsächlich ernst gemeint und ehrlich gemeint ist. Ich mache mir Sorgen, dass eigentlich hinter diesen Begriffen und dem Taktieren in der großen Politik zurzeit ganz andere Dinge stecken, die tödlich für unsere ländlichen Räume sind,

(Beifall bei der CDU)

es ist hier schon gesagt worden. Ist es denn nicht ein Spiel mit dem Feuer, was hier betrieben wird zulasten auch der Thüringer Landwirtschaft und der ländlichen Räume? Ich glaube, wenn das so weitergeht, ist der ländliche Raum gerade aus dieser Richtung wesentlich stärker gefährdet als aus den Dingen, die wir hier landespolitisch als Zielstellung beeinflussen können.

(Beifall bei der CDU)

Und ich meine auch, diese 36 regionalen Entwicklungskonzepte, die ja mit den Kommunen, mit Einbindung der Landwirtschaft, der ländlichen Räume erstellt worden sind, sind in ihrer Umsetzung bisher sehr ernsthaft geführt worden. Und das ergibt sich eigentlich aus der Antwort der Großen Anfrage der PDS sehr deutlich. Wenn Sie einmal diese Förderprogramme und die Wirksamkeit der Programme in der Anlage II c betrachten, dann stellen Sie fest, dass eine Unmenge Dinge für den ländlichen Raum positiv genutzt wurden.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Schugens,

Abgeordneter Schugens, CDU:

Ja, bitte.

Präsidentin Lieberknecht:

gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Pohl? Sie wollten fragen, Herr Pohl. Bitte.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie sprachen auch gerade von den Jugendlichen im ländlichen Raum, die oft teilweise über weite Strecken zu Discobesuchen usw. fahren. Wie stehen Sie denn zu dem Modellversuch Fifty-Fifty-Taxen?

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Das hat er doch eben gesagt.)

(Heiterkeit bei der CDU)

Nein, nein, ich will das ganz konkret, die Aussage will ich noch mal von ihm wissen.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Ich sage Ihnen, das ist nicht umsetzbar.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Aha.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Aber eben haben Sie doch noch gesagt ...)

Aber eben haben Sie doch etwas anderes gesagt.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Ich habe Ihnen gesagt, Ihr Modell ist nicht umgesetzt worden. Sie haben das angeregt. Ich stehe dazu ganz anders.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Es ist ja peinlich, wenn Sie nicht mehr wissen, was Sie eben gesagt haben.)

Sie sind mit dem Versuch missglückt, Sie haben es nicht erfolgreich umsetzen können, das habe ich bemängelt.

Meine Damen und Herren, ich will zur Entwicklung der ländlichen Räume sagen, dass die Landesregierung mit vielen Ministerien Hand in Hand ländliche Räume entwickelt hat. Ich erinnere an die Infrastrukturentwicklung, ich erinnere an die Bereitstellung von Gewerbegebieten, die in Verdichtungsräumen zum Teil nicht möglich waren. Ich erinnere an die Maßnahmen im Wasserbereich, die umgesetzt wurden. Und ich möchte auch ganz konkret das noch einmal aufgreifen, was mein Kollege Wunderlich hier genannt hat. Es ist doch beispielgebend, wenn die Landwirtschaft Arbeitsplätze verliert aufgrund der Umstrukturierung von 1990 bis heute, ca. die Hälfte Arbeitsplätze sind dort verloren gegangen, dass es aber möglich geworden ist, in den ländlichen Räumen Ansiedlungen durchzuführen und ganz besonders der Forst- und Landwirtschaft dienende, wie es im Saale-Orla-Kreis geschehen ist. Da ist im ländlichen Raum ein Umfang von 2.200 Arbeitsplätzen im SOK zugunsten auch der ehemalig in der Landwirtschaft Beschäftigten geschaffen worden. Und es ist der Forstwirtschaft eine Chance gegeben worden mitzuwirken, ihr Rohholz unterzubringen sowie Faserstoffe zu verarbeiten. Und wenn an diesem Standort weitere 400 Arbeitsplätze in Kürze entstehen werden, da wird auch die Landesregierung, und das ist eingearbeitet, dafür sorgen, dass die notwendige Infrastruktur bereitgestellt wird. Ich glaube, das ist entscheidend, dass wir auch in dem ländlichen Raum die Fortentwicklung entsprechend der Bedingungen, die sich ergeben aus der Politik der Globalisierung, einfach beachten.

Meine Damen und Herren, ich kann nur noch einmal feststellen: Das, was die Landesregierung in den letzten Jahren geleistet hat, drückt in den Antworten der Großen Anfrage die erfolgreiche Arbeit im Bereich der Agrarpolitik aus. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat der Abgeordnete Nothnagel, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht werden sich einige wundern, warum ich heute zum ländlichen Raum hier spreche. Gestern hatten wir das SGB IX, dies war ja nun einmal die Gelegenheit der Landesregierung und der CDU-Mehrheit des hohen Hauses, der rotgrünen Bundesregierung einen überzubraten, und dies hat sich heute Herr Minister Dr. Sklenar auch nicht nehmen lassen. Wie gut, dass es in Berlin Rotgrün gibt und dass Rotgrün dort regiert, sonst hätten Sie niemanden, auf den Sie alles schieben könnten oder wie die Rohrspatzen zu schimpfen.

Aber nun zurück zum ländlichen Raum. Frau Arenhövel sagte gestern zum SGB IX zum Schluss ihrer Rede - ich versuche, es annähernd wiederzugeben: Lassen Sie uns auf das Land Thüringen konzentrieren, damit wir uns den Aufgaben stellen können und wollen dies auch lösen. Wissen Sie, Frau Arenhövel - sie ist nun leider heute nicht hier -, was das heißt? Alles wird gut, aber nicht so bald, dank der klaren Machtverhältnisse in Thüringen, der Mehrheitsverhältnisse und "Top Thüringen".

Ich möchte nun auf die Defizite im ländlichen Bereich behinderter Menschen eingehen. In Punkt 10 unserer Großen Anfrage gibt es die Frage nach der Förderung von behinderten Menschen im ländlichen Raum. Ja, es gibt eine Förderung von Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum. Nein, es ist nicht das Land, aber es ist die Familie. Die Familie fängt noch Schlimmeres ab, welches aber auch auf den Rücken der Familien ausgetragen wird. Hierbei denke ich vor allem an das platte Land oder an den ländlichen Raum, wo jeder jeden kennt und wo es eine große Schamgrenze gegenüber dem Sozialamt und dem Antrag auf Hilfe zum Lebensunterhalt oder Hilfe in besonderen Lebenslagen gibt.

Lassen Sie mich nun einige Beispiele nennen, um diese These auch noch mal zu untermauern. Ich denke hier vor allem an die Pflegelandschaft. Die Vielfalt der Pflegedienste im ländlichen Raum ist durchaus nicht so vielfältig wie in den Städten. Ich kenne hier Beispiele, wo Pflegebedürftige auf der Toilette ihr Mittag zu sich nehmen müssen, da dank SGB XI und dem Punktesystem, aber auch dank der langen Fahrten, die die Pflegedienste nicht abrechnen können, weil die Pflegebedürftigen auch so

weit auseinander wohnen, hier sehr benachteiligt sind. Assistenzmodelle sind auf dem Lande so gut wie nicht umzusetzen, da es so gut wie keine jungen Menschen oder Studenten im ländlichen Bereich gibt, die als Arbeitnehmer diesbezüglich in Frage kämen.

Der nächste Bereich ist Mobilität: Der ÖPNV ist ja mehrmals angesprochen worden, mein Kollege Kummer hat auch darauf schon hingewiesen, der ÖPNV im ländlichen Bereich ist nicht barrierefrei. Behindertenfahrdienste - ja, es gibt sie, aber sie sind recht unregelmäßig über die Regionen verteilt und es gibt auch sehr lange Anfahrtswege.

Barrierefreiheit: Öffentliche Räume und Gebäude sind zum großen Teil nicht barrierefrei.

Thema Bildung, Ausbildung und Arbeit: Aufgrund der zum Teil schlechten Bauplanung und -ausführung sind Bildungsstätten, aber auch Arbeitsstätten für behinderte Menschen nicht zu nutzen. Dies gilt besonders im ländlichen Raum.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Grundsätzlich oder von Fall zu Fall?)

Von Fall zu Fall.

Wohnungen: Leider ist der Herr Innenminister nicht anwesend.

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Zu DDR-Zeiten war es grundsätzlich.)

Meist sind im ländlichen Bereich die Wohnungen privat. Barrierefreiheit ist teuer. Durch das SGB XI bekomme ich sicherlich 5.000 DM je Maßnahme, um meinen Wohnraum barrierefrei zu gestalten. Das Land hatte bis zum letzten Jahr zumindest noch 8.000 DM Förderung, was schon nicht sehr üppig war, aber dank des Doppelhaushalts 2001/2002 wurde dieses völlig abgebaut. Dadurch haben sich die Lebensbedingungen behinderter Menschen im ländlichen Bereich nochmals verschlechtert.

Soziales: Beratungsstellen, sind meist nur in den Kreisstädten oder größeren Städten vorzufinden und durch die genannten Beispiele ÖPNV und sonstige Barrierefreiheit, die nicht üppig vorhanden ist, sind diese natürlich schlecht zu erreichen.

Jugendarbeit: Behinderte Jugendliche, vor allem im ländlichen Raum, haben kaum eine Chance, mit Gleichaltrigen zusammenzukommen außerhalb von Einrichtungen.

Ich möchte Sie nun nicht weiter zutexten und ich meine hier vor allem die CDU-Mehrheit. Wie ernst Sie dieses Thema nehmen, haben wir ja gesehen, wie Sie unsere Große Anfrage zum ländlichen Raum beantwortet haben.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als Nächstes hat sich Herr Abgeordneter Emde, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, die Rede von Herrn Döring hat mich dann schon provoziert und nun muss ich doch auch für unsere Fraktion einiges aus Sicht der Bildungspolitik zum ländlichen Raum sagen.

Also, Herr Döring, ich denke mal, Schule muss zuallererst Qualität bringen. Das kann Schule nur dann, wenn z.B. eine Grundschule nicht wesentlich unter 100 Schüler geht oder wenn eben eine Regelschule nicht wesentlich unter 180 Schüler geht.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Völliger Quatsch.)

Genau das ist eben doch, Herr Döring, nicht völliger Quatsch. Da müssten Sie sich auch mal mit den Kollegen unterhalten und sich auch mal etwas tiefer beschäftigen und nicht nur irgendwo in Nordeuropa mal festgestellt haben, dass es da kleine Schulen gibt. Wir haben hier ganz andere Verhältnisse.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Völliger Blödsinn.)

Wir sind es unseren Schülerinnen und Schülern schuldig, dass wir ihnen ein Höchstmaß an Qualität in schulischer Bildung zukommen lassen. Und genau die werden Sie ihnen rauben mit Ihrer ständigen Forderung nach kleiner Grundschule und kleiner Regelschule. Dann kommen von Ihnen hier Aussagen, dass unsere Schule in zehn Jahren Staub angesetzt hat.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das hat Herr Staatssekretär Ströbel gesagt.)

Also, Herr Döring, Sie haben ja schon Staub auf den Haaren, die sind etwas angegraut. Das kann ja wohl nicht wahr sein, dass Sie bei unseren Schulen von Staub angesammelt reden. Dann schauen Sie sich mal an, was dort ständig an Veränderungen gebracht wird. Die neuen Lehrpläne sind zu realisieren, Schuleingangsphase, Fremdsprache ab Klasse 3, Praxisklassen, Medienkunde, da ist so viel Neues. Sie können in Schule nicht jede Woche eine neue Sau durchs Dorf treiben, das geht nicht. Schule muss in Ruhe wachsen.

(Beifall bei der CDU)

Und daher ganz klar auch von dieser Stelle sagt die CDU-Fraktion eine Absage an die flächendeckende kleine Regelschule, die Sie fordern.

(Beifall bei der CDU)

Schule ist ohne Zweifel ein kultureller, ein sozialer Faktor, auch ein Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum, aber das Ziel von Schule muss es doch sein, ein Höchstmaß an Bildungsqualität zu sichern und damit unseren Schülern optimale Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. Deshalb wollen wir schon auch kleine Schulen erhalten, wo immer es einen Sinn macht. Und dort, wo es sich abzeichnet, dass auch wieder mehr Schüler kommen, kann man durchaus auch eine kleine Regelschule auf Zeit realisieren.

(Beifall bei der CDU)

Also, wir wollen schon kleine Schulen haben

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Aber nicht so ganz.)

und das wird auch mit dem derzeitigen Verfahren an Lehrerzuweisung etc. in Thüringen praktiziert. In Sachsen z.B. wird ganz klar gesagt: Zweizügigkeit, Dreizügigkeit der Grundschule oder Mittelschule. Und wenn das nicht gegeben ist, gibt es im Ort keine Schule mehr. Das tun wir hier überhaupt nicht, sondern wir ermöglichen den Schulträgern schon sehr viel, dass sie eben auch kleinere Schulen erhalten können.

Herr Döring, lassen Sie mich zum Abschluss sagen, ich finde es nicht sehr fair von Ihnen, wenn Sie unseren Schülern ihre Chancen rauben mit dieser Diskussion, nur um in der unschönen Debatte um Schulschließungen politische Punkte zu sammeln.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaus, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich finde es sehr erfreulich, dass wir heute in so einer medienwirksamen Zeit mal ausführlich über die ländlichen Räume reden können, und finde es etwas erstaunlich, dass auch einige Regierungsmitglieder inzwischen etwas genervt schauen. Aber das Interesse bei den Betroffenen ist hoffentlich nach wie vor wach und rege.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Natürlich, aber Sie nicht.)

Meine Damen und Herren, es ist ja heute schon viel zur Großen Anfrage gesagt worden. Sie ist an vielen Stellen

sehr informativ. Das ist also eine wichtige Sache, das hier noch mal zu unterstreichen. Es bleiben natürlich einige Fragen offen, weil viele Dinge doch etwas allgemein gehalten wurden. Und natürlich, ich meine, vielleicht muss das auch so sein, hat sich an verschiedenen Stellen die Regierung tüchtig selber gelobt. Ich meine, wenn es die böse Opposition nicht macht, da haben wir ja ein gewisses Verständnis dafür, da muss man hin und wieder selber mal zur Feder greifen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das können Sie aber auch machen.)

Wo es hingehört, habe ich es ja auch gemacht, insbesondere was sich vielleicht auf den Informationsgehalt der ganzen Sache bezog. Ich bin in dieser Angelegenheit mehr für einen pragmatischen Ansatz.

Im Übrigen frage ich mich immer wieder besorgt, warum solche ernsthaften Themen so sehr zu Parteitagsdebatten geraten. Herr Minister, ich glaube, Sie hatten das heute früh schlicht nicht nötig, zumal der Herr Wunderlich das viel glaubwürdiger rüberbringt, als Sie das an dieser Stelle gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Was, ich?)

Wie gesagt, also es ist ein ernsthaftes Thema und ich möchte deswegen von der Seite 2 ...

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Was gesagt werden muss, muss gesagt werden.)

Ja, wie gesagt, der Herr Wunderlich hört jetzt nicht zu, aber der macht das ganz prima, und das, denke ich, bringt es vielleicht auch rüber im Endeffekt.

Ich möchte also bei der Seite 2 mal zwei Sätze zitieren, die hier gesagt werden, und da steht - mit Verlaub, Frau Präsidentin: "Als Handlungsmaxime zur Entwicklung der ländlichen Räume verfolgt die Landesregierung einen integrierten sektorübergreifenden Politikansatz, der wegen der Vielfalt an unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Gebieten problem- und bedarfsgerecht umgesetzt werden muss. Diese Strategie wird durch ressortübergreifende Abstimmung, den gebündelten Einsatz von Maßnahmen und Finanzmitteln, flexible, transparente Planung sowie deren schnelle und effiziente Realisierung verfolgt." So weit, so gut, es gibt wohl keinen in diesem hohen Haus, der nicht sagt, das ist ganz prima.

Nun kommen wir zu dem Punkt, den ich angesprochen habe, der pragmatische Ansatz. Da gibt es in Thüringen den Nationalpark Hainich, der seit 1992 im Gespräch war, in der 2. Legislaturperiode Realität wurde. Den gibt es jetzt

mit samt dem integrierten Schutzkonzept. Nach längeren Auseinandersetzungen vor Ort finden viele das Ganze prima, keiner so richtig zu 100 Prozent, was ja immer ein guter Ansatz für einen guten Kompromiss ist, aber alle sind froh, dass diese Entwicklung so genommen wurde. Wir hatten uns vorgestellt, dass das Ganze im Prinzip auf zwei Säulen basiert, die Säule 1 Naturschutz - selbstverständlich, die Bäume wachsen ja dort dank des Bundestags auch weiter gut vor sich hin - und der zweite Ansatz ist natürlich die zugehörige infrastrukturelle Entwicklung. Wir hatten uns davon versprochen, in diesem ausgewiesenen schwierigen ländlichen Raum einen Punkt zu setzen und zu sagen, jawohl, das ist euer Vorzug, mit diesem Pfund müssen wir wuchern und da muss etwas passieren.

Dieser zweite Punkt, da muss ich einmal klipp und klar sagen, da kann man nicht auf die Regierung in Berlin schimpfen, sondern da muss man sich selber einmal an der Nase ziehen und sagen, da ist nichts passiert.

(Beifall bei der SPD)

Das fängt schon bei einem ganz einfachen Punkt an - da hatte ich einmal eine Nachfrage hier im Parlament gestellt - Beschilderung. Ich bin ja froh, dass es wenigstens geschafft wurde, die Landesgartenschau rechtzeitig auszuschildern. Nach meiner Anfrage gab es vor Ort Gott sei Dank die Einweihung von Schildern, aber an der Autobahn, wie gesagt, sollte doch viel eher schon auf den Nationalpark hingewiesen werden. Das ist also etwas ganz Kleines, selbst da hält man sich etwas knapp.

Nun hatten wir den schönen Doppelhaushalt 2001/2002. Beim Überfliegen des Ganzen stellt man fest, dass es vorteilhaft ist, dass die Mitarbeiter dort fest angestellt sind, allerdings bleibt nun fast kein Geld mehr übrig für irgendwelche infrastrukturellen Maßnahmen. Ich will einmal ausdrücklich sagen, das Engagement der Mitarbeiter vor Ort kann natürlich nur bis zu einem gewissen Grad ausgleichen, was an schlichten Finanzen dort an dieser Stelle fehlt. Was der Landrat vom Unstrut-Hainich-Kreis und stellvertretend für viele Bürgermeister Herr Schönau in Bad Langensalza schon geleistet haben, das kann sich wirklich sehen lassen. Die Landesregierung sollte hier einmal ihr Schärfflein dazutun. Bis jetzt hat sie nur dadurch gegläntzt, dass sie z.B. den inzwischen in der Region anerkannten Förderverein VfF immer wieder bewusst ausgegrenzt hat, vor Ort also längst akzeptiert, im Lande hat sich das immer noch nicht rumgesprochen.

Und, Herr Minister, Sie hatten es schon erwähnt, es kam natürlich auch das Infozentrum für den Nationalpark beispielgebend. Das ist eine Investition von 10 bis 15 Mio. DM, würde ich einmal so schätzen. Wenn ich sehe, wie äußerst kreativ der Herr Finanzminister beim Neubau des Thüringer Landtags ist, dann würde ich mir das auch für dort wünschen. Da kann man das sogar aus der Portokasse bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Nur, meine Damen und Herren, das sind alles unbequeme Themen.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das ist nicht unbequem, das ist lächerlich.)

Dort ist nach wie vor Schmalhans Küchenmeister. Tun Sie Ihre Pflicht und lassen Sie Ihren Worten in der Großen Anfrage Taten folgen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich Abgeordneter Sonntag, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt bei der Besprechung dieser Anfrage eine Vielzahl von Beiträgen gehört, die sich mit allen möglichen Sachen befasst haben, sehr stark geprägt - natürlich bedingt durch die aktuelle Diskussion auf Bundesebene - von den Beiträgen der, ja, ich hätte fast gesagt, Landwirtschaftslobby.

Was mich verwundert, meine Damen und Herren, ist, dass ein Wirtschaftszweig, der in Thüringen durchaus vorhanden ist und der dort, wo er noch vorhanden ist, im Sinne des Wortes durchaus prägend für diese Regionen ist, weder in Ihrer Anfrage, meine Damen und Herren von der PDS, sonderliches Gewicht hat. Sicherlich werden die Richtung weisenden Ausführungen zu diesem Industriezweig, nämlich zum Bergbau, in der Schlussrede des zuständigen Ministers - er ist ja nicht nur der Landwirtschaftsminister, sondern er ist auch im Prinzip der Bergbauminister - noch eine gewichtige Rolle spielen. Denn, meine Damen und Herren, es dürfte den Insidern sicherlich bekannt sein, dass in Thüringen mindestens genauso viele Leute in der Landwirtschaft tätig sind wie im Bergbau. Wenn man einmal alle Bergbaufacetten zusammenzählt, könnte es sogar sein, dass der Bergbau mehr Leute beschäftigt. Was dem einen oder anderen offenbar nicht so geläufig ist, es gibt auch Dörfer, die nicht erst seit der Wende, sondern schon viel früher keine aktive Landwirtschaft mehr beinhalten. Da wohnt kein Bauer mehr, da wohnen Bergleute, so genannte Bergbaudörfer. Die Landwirtschaft, die die früher einmal betrieben haben, das ist die Ziege im kleinen Stall, das ist mittlerweile wirklich Vergangenheit.

Nichtsdestotrotz, und deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, bin ich der Meinung, dass diese wichtige Facette der Entwicklung im ländlichen Raum zumindest dann in der Diskussion in einem Fachausschuss eine Rolle mit spielen soll, zumal, wenn ich daran erinnern darf, wir ja in der nächsten Zeit in Größenordnungen - Stichwort

"Wismut in Thüringen", aber nicht nur die Wismut - genau dort in diesen bergbaugeprägten ländlichen Räumen Umstrukturierungen hin zu naturnahen Räumen, hin zu erholungsgeprägten Räumen haben werden, Gott sei Dank, aber auch hin zu Räumen, die dann anders, aber eben auch weiterhin ländlich geprägt werden, denn - wie Sie nachlesen können - es ist ja das Gegenteil, die Verdichtungsräume auf die drei größeren Städte in Thüringen, Erfurt, Jena und Gera, konzentriert und beschränkt. Nach landläufiger Sichtweise kann man Gera ja eventuell noch mit zu der Bergbauregion dazuzählen, Jena und Erfurt, denke ich einmal, mit Sicherheit nicht.

Was den aktiven Bergbau betrifft, haben wir ja jetzt vor kurzem erst wieder eine durchaus aktuelle Nachricht eines derartigen Betriebes erhalten, wenn es auch keine schöne Nachricht war. Ich denke, wir sind alle froh darüber, dass dieser Unfall so glimpflich trotz alledem noch abgegangen ist, aber es erinnert immer wieder einmal daran, dass dieses Thema - es ist eigentlich schade, dass Dr. Häfner nicht mehr bei uns im Parlament ist - "aktiver Bergbau - untätig" für Thüringen durchaus ein normales Thema ist und, wie es aussieht, auch noch lange Zeit ein normales Thema bleiben wird.

Das, meine Damen und Herren von der PDS, scheint Ihnen trotz aller Erwähnungen von Bischofferode in der Vergangenheit völlig aus dem Blickfeld geraten zu sein, sonst hätten Sie doch mit Sicherheit - ich hatte ja vorhin darauf hingewiesen, wie groß das Klientel ist - in Ihrer Großen Anfrage des ländlichen Raumes auch darauf gebührend hingewiesen. Denn wer sich Gedanken über den ÖPNV und über die Kultur im ländlichen Raum macht, dem stünde es doch zumindest gut an, sich auch einmal Gedanken zu machen, wo im ländlichen Raum die große Kohle verdient wurde, zum Teil auch noch wird.

Die Aussagen meines Kollegen Wunderlich, die Verantwortung der Landwirtschaft für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg betreffend, die er da in einer sehr deutlichen Form gebracht hat, dafür bin ich ihm sehr dankbar, die kann ich auch wirklich nur dreimal unterstreichen, was die Verantwortung betrifft, die die Bergleute für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht haben. Man sollte das doch, bitte schön, nicht aus dem Blickfeld verlieren.

Ich komme daher zu meinem Fazit: Ich denke, es wird niemand hier im hohen Haus bestreiten, dass der ländliche Raum nicht ausschließlich von der Landwirtschaft geprägt ist, sondern viele Facetten hat. Niemand wird bestreiten, dass wir in der Diskussion im Ausschuss diese Facetten, so es notwendig wird - und ich denke, in der Facette "Bergbau" ist es notwendig -, noch einmal stärker und deutlicher beleuchten sollten. Ich bin schlussendlich gespannt darauf, wie unser zuständiger Bergbauminister jetzt bereits in seinem Statement den Anfang dazu machen wird. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Gnauck zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der PDS)

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch auf besonderen Wunsch des Abgeordneten Kummer dann noch einige Ausführungen zum Thema "Ländlicher Raum" machen und werde sehr gerne noch einige Ausführungen zum Abgeordneten Botz mit Blick auf die Europadebatte machen.

Herr Kummer, wenn der Ministerpräsident heute nicht da ist, dann liegt das daran, dass er die Richtlinien der Politik vertritt. Europa und Raumordnung und Landesplanung sind in der Staatskanzlei angesiedelt, aber beim zuständigen Minister und der ist ja da. Insofern hoffe ich, dass ich Ihnen heute noch einmal weiterhelfen kann an einigen Stellen. Sie haben auf das Raumordnungsgesetz hingewiesen. Ich hatte gehofft, dass die letzte Debatte jüngst, zumindest bei PDS und SPD, positive Spuren hinterlassen hätte. Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Ich will noch mal sagen, Herr Kummer, was das Raumordnungsgesetz des Bundes anbetrifft, haben Sie uns das zur Lektüre empfohlen. Uns ist das bestens bekannt. Ich würde Ihnen, vielleicht haben wir dann im Rahmen der Ausschussberatung dazu die Möglichkeit, noch einmal empfehlen reinzuschauen, weil Sie es offensichtlich nicht verstanden haben. Was die Definition der ländlichen Räume anbetrifft, muss man sich vor Augen führen, dass nach dem Raumordnungsgesetz und nach der zuständigen Ministerkonferenz für Raumordnung Thüringen überwiegend als ländlicher Raum eingestuft ist. Das ist halt so. Im Übrigen hat die Debatte gezeigt, dass die Zukunft der ländlichen Räume in Thüringen gesichert ist, auch wenn - und das scheint offensichtlich das Ziel der Anfrage gewesen zu sein - die Fragesteller dies offensichtlich haben in Zweifel ziehen wollen. Ziel der Landesplanung und auch Ziel der gesamten Landesregierung ist es, in allen ländlichen Teilräumen gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen bzw. zu sichern. Und, Herr Abgeordneter Botz, selbstverständlich - ich weiß nicht, wie das in Ihrer Fraktion ist -, in der Landesregierung sprechen wir miteinander und auch der Kollege Sklenar und ich, wir haben schon die Antworten miteinander abgestimmt. Das ist bei uns so üblich.

Was die Frage Verkehr anbetrifft, war ich etwas überrascht, dass in weiten Teilen die Ausführungen der PDS sich beschränkt haben auf die Frage ÖPNV. Ich hätte mir gewünscht, dass wir ein Stück weit mehr über Schiene und Straße gesprochen hätten. Ja, Herr Kummer, das Problem scheint in diesem Freistaat Thüringen weniger zu sein,

ob der einzelne Discoteilnehmer nach der Abendveranstaltung morgens um 4.00 Uhr nach Hause gefahren wird; mir wäre etwas wichtiger, dass der ICE zeitnah durch Thüringen fährt.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Die Hoffnung ist vergebens.)

(Beifall bei der CDU)

Ländliche Räume sind auch unter dem Stichwort "Straße" von einiger Bedeutung und insbesondere auf deren günstige Erreichbarkeit angewiesen. Das gilt auch für die Zentren - am Ende des Vortrags, Herr Kummer - in den ländlichen Räumen. Wenn die Bundesautobahnen A71, A73 und A38 fertig gestellt sind - und das bitte ich Sie sich einmal vor Augen zu führen, auch die Damen und Herren, die einen pragmatischen Ansatz haben -, wird die nächstgelegene Autobahn von fast jedem Ort in Thüringen in maximal 30 Minuten erreichbar sein. Das heißt, jeder Thüringer wird, bis auf eine kleine Ecke um Saalfeld, um Rudolstadt, in maximal 30 Minuten auf der Autobahn sein und dann wird man von diesen schönen peripheren ländlichen Räumen in Thüringen praktisch nicht mehr sprechen. Aber wir müssen dahin kommen und wer sich das im Detail noch einmal anschauen will, kann das in einem wunderschönen Papier des Kollegen Schuster aus dem Jahre 1997 nachlesen. Wir müssen, und ich glaube, das ist allen klar, darauf drängen, dass der weitere Ausbau des Straßennetzes und auch die Verkehrsentlastung der Orte durch Umgehungsstraßen zügig erfolgen, und deswegen, das hat auch die Debatte gestern gezeigt, fordern wir das Sonderprogramm Ost.

Zu den Straßenschildern und dem Hainich, Frau Abgeordnete Klaus - jetzt wollte ich ihnen doch was erklären -, kann ich Ihnen sagen, man kann eben nicht jeden Nationalpark einfach auf ein Autobahnschild schreiben. Da gibt es Vorgaben des Bundes. Und was die Beschilderung anbetrifft, wenn man von Zeit zu Zeit von Jena oder Erfurt mal Richtung Nationalpark fährt, werden Sie feststellen, dass da sogar überdimensional große hölzerne Schilder stehen. Also das, was Sie hier verbreiten, ist schlicht nicht wahr.

(Beifall bei der CDU)

Lesen muss man halt schon noch selber.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das ist aber ein ganz schlechter Vergleich. Der fährt durch.)

(Unruhe bei der PDS)

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Man muss nur lesen können und wollen.)

Was die Frage der Stadt- und Landflucht anbetrifft, muss man sich jetzt hier vor Augen führen, dass wir in weiten Teilen eine Entwicklung haben, die in den alten Bundesländern Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre war, nämlich dass die Menschen auf der einen Seite die Vorzüge der Stadt genießen, aber gerne im ländlichen Raum wohnen möchten. Insofern spielen wir hier im Zeitraffer nach. Die Landesregierung wird sich dieses Problems bedienen. Was die Mobilität anbetrifft - Orte, die man gut erreichen kann, kann man auch gut verlassen. Verlassen ist aber weniger gemeint im Sinne von flüchten, sondern mit Blick auf unsere über 70.000 Pendler, die wir in Thüringen haben, und auch deswegen müssen wir ein besonderes Interesse daran haben, dass die Autobahnen und die Verkehrswege ausgebaut werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister Gnauck, gestatten Sie eine Anfrage.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Am Ende, Frau Präsidentin.

Es gibt im Übrigen auch keinen Automatismus zwischen guter Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsentwicklung. Das würden wir uns manchmal wünschen, dann würden unsere Standortvorteile noch viel größer sein. In den nächsten Jahren wird es deshalb vornehmliche Aufgabe der Landesplanung sein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Standortvorteile, die durch neue Verkehrswege entstehen, auch voll wirksam werden können.

Zum ländlichen Raum und den genannten Zahlen kann ich nur eines sagen: Ich warne dringend davor, hier Horrorszenarien an die Wand zu malen. Auch insofern kann man sich darum bemühen, einen Standort niederzureden, was wir zumindest in diesem Hause nicht tun werden. Ich hatte Sie und das hohe Haus bereits darauf hingewiesen: Noch vor der Sommerpause wird die Landesregierung eine Novellierung des Thüringer Landesplanungsgesetzes vorlegen. In dieser Novellierung werden Sie neben der notwendigen Anpassung an das geänderte Rahmenrecht des Bundes auch die Basis für moderne und effektive Raumordnungspläne finden. Die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hingegen, dies stammt aus dem Jahre 1993, wird zügig, aber ein Stück weit danach erfolgen. Sie können davon ausgehen, dass wir die Zukunft der ländlichen Räume mit den Instrumentarien der Raumordnung sichern werden. Ein Schwerpunkt wird dabei gerade die Stärkung der kleinen Zentren im ländlichen Raum in ihrer Versorgungsfunktion und in ihrer Siedlungsentwicklung sein. Aber wie sehr sich Theorie und Praxis unterscheiden, hat ja der Abgeordnete Wunderlich sehr anschaulich beschrieben. Auf der einen Seite wird häufig dem kleinen Dorfladen das Wort geredet und vor Ort wird dann in die großen Supermärkte auf der grünen Wiese gefahren, weil es dort eben günstiger ist. Das ist ein Stück weit der

Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

Für die neue Generation der regionalen Raumordnungspläne wird dies bedeuten, langfristig eine Siedlungsstruktur zu sichern, die Arbeitsplatz- und Versorgungsangebote in angemessener Nähe zu den Wohnorten aufweist, und ich hoffe sehr, dass die Bevölkerung dies auch annimmt. Dann klang noch in einigen Beiträgen, sowohl von Ihnen, Herr Dr. Botz, wie auch von Herrn Kummer, die Problematik Städteverbund/Städtedreieck an. Das Beispiel Städteverbund hatten wir in diesem hohen Hause schon einmal erörtert. Die Landesregierung, Kollege Köckert und ich, warten auf konkrete Projekte aus Südthüringen für den Städteverbund - die Betonung liegt aber auf: konkreten Projekten - und dann wird man alle Unterstützung von der Landesregierung bekommen. Es geht eben bei der Frage Städteverbund nicht darum, bloß ein Etikett und eine Überschrift oder eine Bezeichnung zu verleihen, sondern man muss die Zusammenarbeit tatsächlich auch leben. Und da, Herr Botz, ist ein hervorragendes Beispiel des Städtedreieck am Saalebogen zwischen Blankenburg, Rudolstadt und Saalfeld, wo man in weiten Teilen dies schon vorlebt, und es wirkt sich natürlich dann automatisch auch bei positiven Förderentscheidungen des Landes aus. Verschiedene Dinge wären nicht dort oder nicht so schnell gebaut worden, wenn nicht die drei Kommunen sich dafür entschieden hätten zusammenzuarbeiten. Vielleicht können Sie ja mal dem Abgeordneten Kummer einen Ortstermin verschaffen, dann weiß er, was man in Südthüringen noch machen müsste.

Stichwort Europa: Es ist richtig und Thüringen tritt nachhaltig dafür ein, dass sehr schnell die EU-Osterweiterung kommt. Ich denke, dass wir dies gerade Polen und Ungarn gegenüber schuldig sind. Dass das automatisch Einfluss darauf haben wird, ob die neuen Länder auch nach 2006 noch Ziel-I-Gebiet sind, liegt auf der Hand. Sie liegen aber offensichtlich mit Ihren Parteifreunden, Herr Abgeordneter Dr. Botz, mit Herrn Kommissar Verheugen, etwas auseinander, was die Frage Ziel-I-Gebiet nach 2006 anbetrifft. Er geht bei den verschiedenen Szenarien noch davon aus, dass es durchaus denkbar wäre, dass man auch nach 2006 noch Ziel-I-Gebiet sein könnte mit Blick auf den 75-prozentigen BIP-Durchschnitt in Europa. Sie haben eben etwas schwarz gemalt in dem Zusammenhang, das will ich doch noch einmal darstellen. Die Kontakte brauchen Sie uns auf europäischer Ebene nicht herzustellen. Ich weiß nicht, ob die SPD-Landtagsfraktion schon einmal in Europa oder Brüssel war, aber die geschlossene CDU-Landtagsfraktion war das im letzten Jahr und hat mit beiden deutschen Kommissaren, sowohl mit Herrn Verheugen als auch mit Frau Schreier, und auch mit dem zuständigen Generaldirektor Wettbewerb gesprochen. Sie sehen also, wir sind bestens im Gespräch und ich kann die ja schön grüßen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden anhand des zweiten Kohäsionsberichts auswerten, welcher Weg möglich erscheint. Dass die Lan-

desregierung für eine maximale Ziel-I-Förderung, zumindest aber nicht für ein schieres Abreißen sofort nach 2006 eintritt, brauche ich nicht besonders zu betonen.

Stichwort Arbeit im Ausschuss der Regionen: Ich hätte mir auch gewünscht, dass die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen vom früheren Thüringer Vertreter, dem Abgeordneten Kretschmer, ich sehe ihn leider auch im Moment nicht, etwas intensiver wahrgenommen worden wäre. Ich gebe zu, wir haben seit 1. Oktober 1999 eine sehr viel offensivere Europapolitik gemacht und es ist uns gut bekommen. Mittlerweile weiß man, wie man über Europa in Thüringen denkt. Da brauchen Sie keine Angst zu haben, dass das schlechter wird. Das wird noch viel besser in den nächsten Jahren.

Stichwort Solidarpakt II: Auch da können Sie sicher sein, dass die Landesregierung diesmal in Funktion des Chefs der Staatskanzlei ein Auge darauf hält, dass wir einen anständigen Solidarpakt II bekommen. Die Bundesregierung hat aber auch an dieser Stelle, Herr Abgeordneter Dr. Botz, etwas Nachhilfe gebraucht.

(Beifall bei der CDU)

Hatte der Kanzler ursprünglich noch versprochen, dass man einen mindestens 10-jährigen Solidarpakt II mittragen würde und dass selbstverständlich eine Anschlussregelung kommen müsste, fand sich genau dieser Umstand nicht im Gesetzentwurf der Bundesregierung über das Maßstäbengesetz wieder, sondern man wollte es nach einer einmaligen Verlängerung ersatzlos abreißen lassen. Und nur, weil dies seitens der Landesregierung reklamiert worden ist, ist zwischen dem 1. und 2. Kabinettdurchgang auf Bundesebene der Begriff "letztmalig" gestrichen worden. Sie sehen, wir brauchen auch da keine Unterstützung; wir können selber lesen und wir treten nachhaltig für Thüringer Interessen ein.

(Beifall bei der CDU)

Zusammenfassend: Wir sind auf gutem Wege, auch wenn das die Fragesteller vielleicht nicht wahrhaben wollen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, Sie hatten erstens zugesichert, der Frau Abgeordneten Dr. Klaus eine Frage zu beantworten, und Herr Abgeordneter Kummer hat das vorhin schon einmal signalisiert. Gestatten Sie die Anfrage auch?

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann Frau Abgeordnete Dr. Klaus und dann Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Herr Gnauck, es ist ja nur eine Kleinigkeit, aber weil Sie darauf herumreiten, möchte ich das ganz genau wissen mit den Schildern im Nationalpark, dass das naturgemäß an der Autobahn nicht die von Ihnen erwähnten großen Holzschilder sein können, ist ja wohl, glaube ich, klar. Ich frage Sie noch einmal: Seit wann stehen diese entsprechenden Hinweisschilder - ich hatte das verglichen mit der Landesgartenschau - an der Thüringer Autobahn A 4? Ich weise Sie auch darauf hin, dass ich das in den nächsten Tagen nachsehen werde.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Sie können, Frau Dr. Klaus, gerne noch einmal nachlesen, was wir beide im Protokoll gesagt haben. Ich habe darauf hingewiesen, dass eine Ausschilderung des Nationalparks Hainich da ist, dass große Holzschilder auf diesen Nationalpark hinweisen, und dies bereits seit einigen Wochen. Die lokale Presse feiert dies auch immer mit schönen Bildern in den Lokalteilen, die Sie wahrscheinlich nicht lesen. Dass man von einer Autobahnbeschilderung in diesem Zusammenhang spricht; mir ist nicht bekannt, dass es flächendeckend in Deutschland eine Autobahnbeschilderung gäbe, in der auf Nationalparke hingewiesen würde.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaus, SPD: Da fahren sie mal in den Bayerischen Wald.)

Wollen Sie damit tatsächlich behaupten, dass auf die anderen 12 Nationalparke durch Autobahnschilder hingewiesen wird?

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaus, SPD: Wenn Sie an der Autobahn liegen, selbstverständlich.)

Das können Sie nicht mit Anstand behaupten. Und selbstverständlich wird man dann im Rahmen der weiteren Entwicklung der Infrastruktur auch zusätzliche Beschilderungen an den Straßen, nicht an den Bundesautobahnen, vornehmen. Das liegt doch auf der Hand. Aber erst einmal fängt man mit den großen Schildern vor Ort an.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Minister Gnauck, erst einmal möchte ich sagen, dass ich mich freue, dass Sie noch das Wort ergriffen haben. Nun zu meiner Frage. Sie haben vorhin gesagt, ich

(Unruhe bei der SPD)

hätte vergessen, auf den ICE hinzuweisen. Ich habe mich natürlich an unserer Großen Anfrage ein bisschen festgehalten und hatte dabei vermutet, dass der ICE nicht im ländlichen Raum halten würde. Können Sie mir etwas anderes dazu sagen oder stimmt es, dass er nur in Erfurt hält?

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter Kummer, der ICE soll möglichst durch Thüringen alsbald durchfahren, aber soll zunächst einmal über Erfurt bis Ilmenau weitergebaut werden. Man kann jetzt darüber streiten, ob Erfurt zum ländlichen Raum gehört. Ich hoffe aber, dass der ICE nicht dauerhaft in Ilmenau hält, sondern dass er weiterfährt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt zusätzliche Redezeit und für die PDS-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Dr. Stangner noch zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Stangner, PDS:

Ihr Stöhnen wird mich auch nicht davon abhalten, hier zu reden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Sie haben noch nie mein Stöhnen gehört, das hört sich ganz anders an.)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, Herr Minister, ich will nicht zu einer Segmentierung der ländlichen Räume in Thüringen beitragen, wie Sie heute Morgen, denke ich, richtig vermerkt haben, dass man das nicht tun sollte. Ich denke aber, nach den Antworten auf unsere Große Anfrage und auch nach der heute geführten Debatte sind schon aus unserer Sicht noch ein paar Bemerkungen zur Bildung notwendig.

Eine erste Bemerkung: Es ist im Verlaufe der Debatte und auch in der Anfrage die Frage nach der besonderen Bedeutung der Schulen in den ländlichen Räumen klar und eindeutig mit Ja beantwortet worden. Das Ministerium - bzw. das Ministerium hat im Namen der Landesregierung geantwortet - hat das auch im Einzelnen untersetzt und auch noch einmal darauf hingewiesen, dass Ihre Auf-

fassung zur Bedeutung von Schule in besonderer Weise, ich zitiere das, "in besonderer Weise für die ländlichen Räume" gilt. Wenn ich mich an die Definition erinnere, die heute schon mehrfach im Gespräch war, dann gilt das eigentlich für fast ganz Thüringen. Ich will es ausdrücklich sagen, ich kann dieser Auffassung zur Bedeutung von Schule, die im Papier geäußert worden ist, ausdrücklich nur zustimmen. Leider, und das ist dann mein Problem, hebt die Landesregierung die von ihr formulierte Bedeutung anschließend aus, denn die Schulträger haben ja die Verantwortung für die Schulentwicklungsplanung. Das wissen wir zwar alle, aber in den Antworten betont das das Ministerium immer wieder, es zieht sich quasi wie ein roter Faden durch die gesamte Anfrage. Nun werden aber den Schulträgern die Rahmenbedingungen für ihr Handeln im Hinblick auf die Schulentwicklungsplanung vorgegeben. Diese Rahmenbedingungen, sie betreffen personelle, finanzielle, verwaltungsrechtliche und organisatorische Bedingungen, werden durch die Landesregierung bzw. das Parlament mit den entsprechenden Mehrheiten gesetzt. Und da, Herr Minister Sklenar, Sie haben heute Morgen auf Gefahren für die Entwicklung der ländlichen Räume aus der Richtung des Bundes verwiesen, aber hier an dieser Stelle, Herr Minister, gibt es Gefahren für die ländlichen Räume Thüringens aus dem Land.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich verkenne den Geburtenrückgang keineswegs und ich will ihn auch an dieser Stelle ausdrücklich nicht ausblenden. Schule macht dort keinen Sinn, wo es keine Kinder gibt oder nur sehr wenig Kinder da sind, um schulische Angebote in Qualität unterbreiten zu können. Da, Herr Emde, möchte ich ein paar Bemerkungen zu dem machen, was Sie vorhin zur Qualität von Schule gesagt haben. Qualität von Schule hängt nicht in erster Linie von der Anzahl der Kinder ab, die in die Schule gehen. Da sollten sie sich bei den Wissenschaftlern kundig machen, die sich mit dem Thema der Qualität von Schule in den letzten Jahren ausreichend beschäftigt haben und - das finde ich erfreulich - deren Erkenntnisse auch in die Lehrplanimplementation gegenwärtig einfließen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Stangner, einen kleinen Moment mal bitte. Ich denke, dass man der Fortberatung dieser Anfrage die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringen sollte. Aber hier ist ein Lärmpegel im Raum, dass es wahrscheinlich nicht einmal mehr in den hinteren Bänken verstanden werden kann, was gesagt wird.

(Zwischenruf Abg. Krauß, CDU: Das stimmt.)

Sie tun aber Ihres dazu. Ich glaube, es könnte fortgefahren werden.

Abgeordnete Dr. Stangner, PDS:

Qualität von Schule hat etwas mit Prozessergebnissen, hat etwas mit Prozessverläufen in der Schule zu tun, hat natürlich auch etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun. Herr Emde, ich stimme Ihnen zu, wenn Sie darauf abstellen wollen, dass aufgrund der Schülerzahlen z.B. in den Regelschulen auch Abschlussklassen gebildet werden müssen, dass es dann keinen Sinn macht, wenn man das nicht tun kann. Aber den Begriff von Qualität in der verkürzten Art und Weise, wie Sie das vorhin getan haben, zu verwenden, halte ich schon für nicht in Ordnung. Dem muss widersprochen werden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Also: Nicht jede Schule in den ländlichen Räumen wird in den nächsten Jahren aufgrund der Geburtenentwicklung zu halten sein. Aber dort, wo es ausreichend Kinder gibt und wo auch ausreichend Kinder sein werden, muss Schule erhalten bleiben. Herr Minister, Sie haben sogar heute Morgen davon gesprochen, dass Bildung auch ausgebaut werden muss in den ländlichen Räumen. Da will ich Sie aus meiner Sicht gern unterstützen, wenn wir auch Schule darunter fassen können. Es ist aus dem ganz schlichten Grund einfach notwendig, damit wir die Menschen dort halten, wo wir sie brauchen. Also dürfen sich Rahmenbedingungen nicht als beherrschende Fesseln erweisen. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

In den Antworten auf die Anfrage wird von demografischen Wellenbewegungen gesprochen. Ich gehe davon aus, dass damit auch die Geburtenentwicklungen gemeint sind, weil die Schüler ausdrücklich aufgeführt werden. Es wird festgestellt, dass diesen Wellenbewegungen durch entsprechende Planung Rechnung getragen wird. Das ist aber in den Antworten zum Teil Bildung nicht erkennbar, obwohl es die Fragen möglich gemacht hätten, darauf eine Antwort zu geben. Ebenso wenig ist es erkennbar in der Regierungserklärung "Zukunft durch Bildung - Bildung der Zukunft", auf die hingewiesen wird. Das ist etwas, was ich eindeutig in den Antworten vermisste. Denn in der Regierungserklärung, das will ich auch noch einmal sagen, wird zwar auf diese Wellenbewegungen abgestellt, wenn man es weiter fasst, aber dort geht es lediglich um die Entlassung von 637 Erziehern und Lehrern,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Das hat aber nichts mit der heutigen Plenarsitzung zu tun.)

aber nicht um Maßnahmen für den Umgang mit den demografischen Wellenbewegungen.

(Beifall bei der PDS; Abg. Döring, SPD)

Ein nächster Punkt zu den Workshops und Studien, auf die auch schon hingewiesen wurde: Ich weiß nicht, warum man ganz wichtige Teile, die mit dem Bereich von Bildung zu tun haben, hier einfach ausblendet oder ignoriert oder was auch immer an Gründen dafür dahintersteht. Ich will auf einen Beitrag aufmerksam machen und vielleicht ist es ganz gut, wenn Sie ihn lesen, das ist der Beitrag von Prof. Winkel von der TU Dresden. Er verweist ausdrücklich auf Handlungsbedarf im schulischen Bereich. Sie können das nachlesen in der Studie vom 12.09.2000. Ich zitiere mit Erlaubnis, Frau Präsidentin: "Diese Veränderungen ... sollten für eine neue zukunftsorientierte Bildungskonzeption ländlicher Räume Anlass sein. Der ländliche Raum Thüringens weist ohnehin Standortnachteile unterschiedlicher schulischer und beruflicher Qualifikation und zugleich das Image einer gewissen Rückständigkeit auf. Diese Problematik sollte gemeinsam mit einem veränderten Bildungskonzept angegangen werden."

(Beifall Abg. Becker, SPD)

So weit - Herr Minister Gnauck, Sie haben es noch einmal angesprochen - auch zu den gleichwertigen Lebensbedingungen. Auch zu diesem Problem finde ich keine Antwort in dem Teil zur Bildung. Es gibt also Handlungsbedarf, den Herr Döring vorhin schon sehr eindringlich angemahnt hat. Wir haben ihm schnell zu folgen, nämlich ehe die abschließende Bestätigung der Schulentwicklungspläne erfolgt, damit wir nicht zu einem voreiligen Schließen von Schulen kommen.

Auf andere Maßnahmen, die notwendig sind in diesem Zusammenhang, hat Herr Döring hingewiesen. Darüber zu sprechen, das will ich mir jetzt ersparen. Ich will nur noch einmal einen Gedanken aufgreifen, den er auch geäußert hat. Es gibt genügend Ideen und Modelle, dass Schule im ländlichen Raum erhalten werden und auch ihre Funktion erfüllen kann. Eine davon bleibt für mich die kleine Regelschule, auch wenn Sie sie auf begründete Ausnahmefälle in den Antworten reduzieren. Es kann nicht bei Ausnahmefällen bleiben,

(Beifall bei der PDS; Abg. Döring, SPD)

auch das sagt Prof. Winkel ganz deutlich, sonst verlieren wir die Schule im ländlichen Raum. Es gibt andere Ideen und ich möchte auch eine noch einmal ausdrücklich nennen. Man sollte doch auch darüber einmal nachdenken, ob man nicht unter den gegebenen Bedingungen zu einer Kooperation von Regelschule und Gymnasium kommen kann, zumindest wo es die räumlichen Bedingungen erlauben. Wenn ich an die Klassen 5 und 6 denke, scheint mir das gar nicht so schwierig zu bewerkstelligen. Das sind Überlegungen, Ideen, mit denen vermieden werden kann, dass langfristige Schäden für den ländlichen Raum entstehen. Es muss alles dafür getan werden, dass Schule als soziales und kulturelles Zentrum des Gemeinwesens im ländlichen Thüringer Raum unter den Bedingungen der demografischen Entwicklung tatsächlich leben kann.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren, das Ministerium stellt in seiner Antwort fest, dass sich zur Entwicklung der Altersstruktur der Lehrerschaft erst nach Abschluss der derzeit eingeleiteten Maßnahmen des Personalentwicklungskonzepts der Landesregierung mit hinreichender Genauigkeit Aussagen treffen lassen. Ich will mich nicht zu dem Personalentwicklungskonzept äußern, das habe ich an anderer Stelle schon ausreichend getan. Aber, meine Damen und Herren, die derzeit geplanten Personalmaßnahmen der Landesregierung sollen bis zum Jahre 2004/2005 umgesetzt werden. Meinen Sie ernsthaft, dass Sie zur Entwicklung der Altersstruktur der Lehrer mit hinreichender Genauigkeit erst dann Aussagen treffen können? Das ist an Fahrlässigkeit nun wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Deshalb wiederhole ich an dieser Stelle die Forderung nach einem Personalentwicklungskonzept, das den Namen verdient und sich an den mittel- und langfristig zu lösenden Aufgaben von Schule und damit auch von ländlichen Räumen orientiert.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redewünsche mehr vor, so dass ich die Aussprache in der Beratung der Großen Anfrage schließen kann. Es ist durch die PDS-Fraktion die Fortberatung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten beantragt worden. Und wenn ich Herrn Wunderlich richtig verstanden habe, dann hat er für die CDU-Fraktion gesagt, man ist bereit, weil Sie ja die Aussprache dazu beantragt haben. Also kann ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer der Fortberatung der Großen Anfrage der PDS-Fraktion und der Antwort der Landesregierung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 2 Stimmenthaltungen. Mit einer Mehrheit von Jastimmen wird die Beratung im Ausschuss fortgesetzt.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 7**

Erhalt der kommunalen Gewährträgerschaft für die Thüringer Sparkassen

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/1406 -

Es ist mitgeteilt worden, dass zu dem bei Punkt 2 verlangten Sofortbericht kein Sofortbericht gegeben wird und die antragstellende Fraktion hat die Begründung durch Frau Abgeordnete Sedlacik beantragt.

Abgeordnete Sedlacik, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich denke, wir können eigentlich diesen Diskussionspunkt ganz kurz halten.

(Zwischenruf Abt. T. Kretschmer, CDU: Ja, wenn Sie es nur machen würden.)

Ja, ich werde mir Mühe geben, Herr Kretschmer.

Die Aktuelle Stunde im letzten Monat hat ja eigentlich viel Übereinstimmung gezeigt und ich hätte am liebsten im Anschluss an die Aktuelle Stunde unseren Antrag gleich gestellt, aber das lässt die Geschäftsordnung nicht zu, deshalb haben wir heute diesen Antrag auf die Tagesordnung gesetzt, weil ich meine, dass es wichtig ist.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Sie können auch beantragen, wenn zum ersten Mal Feiertag ist.)

(Zwischenruf Abg. Scheringer, PDS: Nun lass sie doch mal reden.)

Herr Kretschmer, Sie sind aber jetzt Schuld, wenn es unnötig lange dauert.

Unsere Fraktion hält es für erforderlich, dass sich der Landtag als gesetzgebendes Organ uneingeschränkt für den Erhalt der Sparkassen als kommunale Einrichtung ausspricht. Eine solche Positionierung durch das hohe Haus hat mehr Gewicht als Meinungsäußerungen einzelner Abgeordneter. Alle Fraktionen und die Landesregierung vertreten die Position zum Erhalt der Sparkassen in ihrer heutigen Struktur; dies hat die Aktuelle Stunde im Februar verdeutlicht. So haben z.B. Sie, Herr Kretschmer, den Landesvater und Ministerpräsidenten in dieser Auseinandersetzung mit der EU-Kommission bekräftigt, er solle hart bleiben. Namens der CDU-Fraktion erklärten auch Sie die Sparkassen für die Daseinsfürsorge als unverzichtbar. Einen Wettbewerbsvorteil der Sparkassen gegenüber Privatbanken sahen Sie ebenfalls und auch den sozialen Aspekt hoben Sie hervor. Auch der SPD-Abgeordnete Dr. Pidde forderte für die Fraktion: Hände weg von den öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Und ich zitiere: "Wir müssen uns stark machen, dass alle modernen Finanzdienstleistungen für jeden Kunden flächendeckend in jeder Region verfügbar sind." Schließlich betonte sogar Finanzminister Trautvetter: "Jawohl, wir werden uns vehement dafür einsetzen, die gegenwärtige Marktposition der Sparkassen zu festigen. Dazu bedarf es der Bündelung aller Kräfte." Die PDS-Fraktion ist der Meinung, jawohl, wir sehen das ebenfalls so. Insofern müsste unser Antrag durch alle Fraktionen Zustimmung erfahren. Wir verfolgen mit dem Antrag das Ziel, die Position der Landesregierung für die Verhandlungen mit der Bundesregierung zu stärken. Ein Votum des Landtags hat schließlich ein höheres Gewicht als die alleinigen Absichten der Landes-

regierung. Mit Ihrer Zustimmung können Sie als CDU und SPD unterstreichen, dass Ihre Äußerungen in der Aktuellen Stunde im Februar nicht nur verbaler Natur waren, sondern als Handlungsauftrag zu verstehen sind. Auch Sie, Herr Abgeordneter Mohring, möchte ich ermutigen, stimmen Sie dem PDS-Antrag zu, denn auch Sie forderten ja zur Aktuellen Stunde, dass alle Beteiligten mit einer Stimme gegenüber der Europäischen Kommission sprechen sollten. Die rechtliche Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und der EU zu den Landesbanken und den Sparkassen darf aus unserer Sicht nicht allein als Sache der Bundesregierung angesehen werden. Wir halten hier die Einbeziehung der Länder und somit auch der Kommunen für notwendig. Die Sparkassen und die Kommunen warten auf ein deutliches Signal durch den Landtag.

Meine Damen und Herren, den zweiten Punkt unseres Antrags - er zielte nicht auf einen Sofortbericht, da ist auch so entsprechend reagiert worden, sondern dieser zweite Punkt orientiert darauf, dass die Landesregierung den Landtag grundsätzlich über den Sachstand des EU-Prüfverfahrens informiert, und zwar immer dann, wenn es eine neue Entwicklung gibt. Dadurch wird der Landtag in die Lage versetzt, eventuell weitere parlamentarische Aktivitäten auszulösen. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Antrag und rufe als ersten Redner auf Herrn Abgeordneten Mohring, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Sedlacik hat sich ja reichlich bemüht zu begründen, warum die PDS noch mal den Antrag heute gestellt hat. Sie wissen ja, dass wir im letzten Plenum auf Antrag der CDU-Fraktion zur Aktuellen Stunde zum Erhalt der Sparkassenstruktur in Thüringen und in Deutschland überhaupt diskutiert haben. Dort war eigentlich

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Nein, nein, das war Antrag der PDS-Fraktion.)

alles gesagt,

(Beifall bei der CDU)

aber da die PDS meint, die Debatte heute noch einmal fortsetzen zu wollen, wollen wir gern einen Beitrag dazu leisten. Ich denke auch, dass Frau Dr. Wildauer ihre abgebrochene Rede von der Aktuellen Stunde zu Ende reden will, deshalb kann ich auch das Bemühen insbesondere bei Ihnen verstehen und ich werde mal zwei Dinge zur Sparkassenstruktur sagen. Warum wir tatsächlich insgesamt das Anliegen unterstützen und uns auch für den Er-

halt der Sparkassen in Thüringen stark machen, das war gesagt. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass Handwerkerkredite insbesondere bei der Sparkassenfinanzgruppe wohl aufgehoben sind. Wir haben dort in den letzten Jahren eine Steigerung auf bis zu 64 Prozent gehabt und im Vergleich dazu, deshalb will ich es noch mal nennen, ist bei den übrigen Privatbanken ein Rückgang allein von Handwerkerbetrieben auf 8 Prozent zu verzeichnen. Allein diese Konstellation von 64 Prozent zu 8 Prozent im Volumen zeigt die eindeutig starke Bedeutung der Thüringer Sparkassenstruktur für den Mittelstand und für das einheimische Handwerk.

Wer die Debatte in der Öffentlichkeit verfolgt hat seit der letzten Aktuellen Stunde zu heute, wird festgestellt haben, dass die Ankündigung der Hypo-Vereinsbank, nunmehr weitere 165 Filialen zu schließen, ja genau der letzte Tropfen auf den Mühlenstein gewesen ist, warum tatsächlich sich die Bundesrepublik insgesamt, aber auch die Thüringer Landesregierung gegenüber der EU-Kommission für den Erhalt der Sparkassenstruktur stark machen muss. Wir haben gesehen, in Apolda, da, wo ich herkomme, hat die Dresdner Bank eine Filiale geschlossen, selbst die Raiffeisenbank hat eine von zwei Filialen geschlossen und die Hypo-Vereinsbank hat angekündigt, hier auch großes Reineinrichten in Thüringen zu vollziehen. Deshalb brauchen wir nach wie vor vor Ort wohnortnahe Sparkassenstrukturen, damit auch der kleine Mann zu Hause noch an sein Geld kommt und sein Geld auch anlegen kann. Ein Beispiel dafür ist, das will ich noch nennen, dass insbesondere Kunden mit Vermögen unter 200.000 DM, das entspricht übrigens 94 Prozent der Gesamtbevölkerung, alle bei den Sparkassen aufgehoben sind und 80 Prozent aller Sozialhilfeempfänger auch ihre Konten bei den Sparkassen haben. Letztendlich gilt es auch für die Sorge zu tragen, dass die auch ihre Geschäfte bei ihrer Hausbank erledigen können. Wir beantragen aber im Gegensatz zur PDS-Fraktion die Verweisung dieses Antrags an den Haushalts- und Finanzausschuss, weil wir den Prozess der Auseinandersetzung mit der EU-Kommission auch im zuständigen Fachausschuss verfolgen wollen, insbesondere deshalb: Sie wissen, dass zeitnah mit dem letzten Plenum die EU-Kommission einen 35-Fragen-Katalog an den Sparkassen- und Giroverband in Deutschland gerichtet hat, und diesen gilt es erst zu beantworten. Wir sollten fachlich auch dort zeitnah informiert werden und dann abschließend nach der Stellungnahme des Sparkassen- und Giroverbands in Deutschland zum Fragenkatalog auch hier im Plenum weiterberaten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Dr. Pidde, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Hände weg von den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten - dies war die einstimmige Botschaft hier aus dem hohen Haus während des letzten Plenums, während der Aktuellen Stunde und das ist gut so. Wir brauchen diesen breiten Konsens, denn das Sparkassensystem in Deutschland ist dem Beschuss des Privatbankensektors ausgesetzt.

Meine Damen und Herren, es ist Bewegung im Bankwesen. Wir beobachten die Bankfusionen, wir sehen aber auch die Schließung von Bankfilialen in der Fläche. Wir sehen, wie sich Banken auf das Großkundengeschäft konzentrieren. Wir sehen, dass Gewinnmaximierung die Basis der Geschäftstätigkeit ist. Im Interesse des Staates, im Interesse des Bürgers muss es liegen, dass moderne Finanzdienstleistungen für jeden Kunden und flächendeckend in jeder Region zur Verfügung stehen. Auch Finanzdienstleistungen sind eine Form der Daseinsfürsorge.

Meine Damen und Herren, die Sparkassen sind ein unverzichtbares Wettbewerbsselement im deutschen Bankensystem. Sie sind der wichtigste Partner des Mittelstandes, sie sind dadurch ein Impulsgeber für die jeweilige Region. Deshalb macht sich die SPD auf Bundes- und Landesebene stark, um die kommunale Gewährträgerschaft zu erhalten. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Von den Abgeordneten liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Herr Finanzminister, bitte.

Trautvetter, Finanzminister:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns zuletzt in der Aktuellen Stunde am 23. Februar mit diesem Thema befasst, die Aufgabenwahrnehmung der Sparkassen und Landesbanken auch noch mal deutlich dargestellt in einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen und in Kreditvergaben, vor allem für Handwerk und mittelständische Unternehmen. Die Zahlen müssen nicht noch einmal wiederholt werden und die Position der Landesregierung ist klar. Die Landesregierung spricht sich eindeutig für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Sparkassen- und Landesbankenwesens in Deutschland aus und sie handelt auch entsprechend und bedarf keiner Aufforderung durch die PDS-Fraktion.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Wir befinden uns zurzeit in einem EU-Prüfverfahren. Da gibt es einen Fragenkatalog bezüglich der West-LB, auch allgemeine Fragen zu Landesbanken und Sparkassen und der wird einvernehmlich gemeinsam beantwortet.

tet zwischen Bundesregierung, Ländern, Sparkassen- und Giroverband und den kommunalen Vertretern.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Bei West-LB?)

Auch bei West-LB, ja. Die Vielfalt der verschiedenen Modelle muss ja nicht unbedingt dazu dienen, dass man im Widerspruch zu einzelnen Modellen steht. Der Hauptausschuss des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes hat eine einvernehmliche Stellungnahme verabschiedet, die ist einstimmig gefasst worden und ist die Plattform für die weiteren Verhandlungen. Die verschiedenen Modelle habe ich das letzte Mal schon vorgestellt: Einlagensicherungsmodell, Avalmodelle. Die Grundlage des Ganzen muss allerdings sein, dass wir Rechtssicherheit bei der EU bekommen. Meine Damen und Herren von der PDS, dass nun Sparkassen und Kommunen auf ein Zeichen der Landtage warten, Frau Sedlacik, das glaube ich nicht. Die öffentliche Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht dienlich, sondern sie ist schädlich in den Verhandlungen mit der EU.

(Beifall bei der CDU)

Man erweckt einen Eindruck mangelnder Geschlossenheit und gibt der EU-Kommission Gelegenheit zu weiteren Fragen, wenn man jede Woche neu über öffentlich-rechtliche Sparkassen in Deutschland debattiert.

(Beifall bei der CDU)

Es steht außer Frage, dass wir den Landtag auf dem Laufenden halten, dass wir im Ausschuss informieren über den aktuellen Stand, aber ich bitte wirklich darum, dass man momentan in dem jetzigen Verhandlungsstand weitere öffentliche Debatten über diese Frage unterlässt, weil sie genau das Gegenteil bewirken, nämlich man erweckt in Brüssel den Eindruck, wir wollten konträr zu Brüssel stehen und wollten kein einvernehmliches Verhandlungsergebnis auf den Weg bringen.

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

Das ist der aktuelle Stand und als solches sind eigentlich weitere Anträge in dieser Form vollkommen schädlich. Wenn man sich im Ausschuss über dieses Thema unterhält dann ist das der richtige Ort und der richtige Punkt. Dort kann man auch nicht öffentlich jederzeit über den ganzen aktuellen Stand informiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Redewünsche. Es ist eine Ausschussüberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt worden. Wer der Überweisung der Drucksache Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksachennummer 3/1406 an den Haushalts- und Finanzausschuss zu-

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es dazu Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Stimm Enthaltungen? Auch nicht. Demzufolge ist das eine einstimmige Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss und ich schließe den Tagesordnungspunkt 7 und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 8**

Einführung betriebswirtschaftlich kalkulierter Leistungsvergütung für niedergelassene Ärzte

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/1407 -

Die einreichende Fraktion hat Begründung durch Frau Abgeordnete Thierbach, PDS-Fraktion, beantragt.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Ihnen heute vorliegende Antrag der PDS-Fraktion macht auf ein Problem aufmerksam, dessen Ursache scheinbar einmalig ist. Wir haben keinen Bereich gefunden in Wirtschaft, Dienstleistung einschließlich des sozialen Sektors, bei dem das Vergütungssystem auf der Grundlage eines wechselnden Punktsystems basiert. Dieses System wird offensichtlich nur bei niedergelassenen Ärzten angewandt. Dieses gegenwärtig angewandte Vergütungssystem der niedergelassenen Ärzte trägt jedoch auch zu Spannungen im Gesundheitswesen bei. Es verunsichert auch Ärzte in der praktischen Tätigkeit, gerade in Bezug auf ihr Ordnungsverhalten. Patienten sind durch diese Situation im ambulanten Vergütungssystem letztendlich durch das Arzt-Patienten-Verhältnis betroffen. Unser Anliegen an die Landesregierung, sich für eine betriebswirtschaftlich kalkulierte Leistungsvergütung niedergelassener Ärzte einzusetzen, zielt auf eine Verbesserung des Abrechnungssystems, damit aber auch auf eine Erweiterung des Vertrauens zwischen Ärzten und Patienten. Wir sind schon der Meinung, dass es aufhören muss, dass Ärzte gegen Patienten oder Patienten gegen Ärzte ausgespielt werden können, da nach unserer Meinung die Ursachen für viele Probleme nicht bei diesen eben genannten, sondern im durch Politik bestimmten und beschlossenen System der Leistungsvergütung begründet liegen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es hat sich gleich die Landesregierung mit Minister Dr. Pietzsch zu Wort gemeldet.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, man merkt dem Antrag ein deutliches Unbehagen über die gegenwärtige Situation im Gesundheitswesen an.

(Beifall bei der PDS)

Dieses kann ich ausdrücklich unterstützen. Dieses Unbehagen ist allerdings etwas diffus und auch der Antrag ist leider etwas diffus, denn meine Damen und Herren, dass wir eine Reform des deutschen Gesundheitswesens brauchen, darüber besteht doch wohl kein Zweifel. Nur, ich sage schon zum Anfang, wenn man ein System reformieren will, darf man nicht nur an einer Stellschraube drehen, sondern man muss am System etwas ändern.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Fischer, PDS: Oh, da bin ich gespannt!)

Meine Damen und Herren, dieses System kann man ändern - das ist auch keine neue Weisheit von mir, das ist auch nichts, was ich hier das erste Mal sage, was ich auch woanders das erste Mal gesagt hätte - und muss man ändern, wenn Gespräche mit allen Teilnehmern stattgefunden haben.

Meine Damen und Herren von der PDS, Ihr Vorschlag zielt auf Grundstrukturen der ärztlichen Selbstverwaltung. Darüber muss man sich im Klaren sein, ob man dieses will, ob man dieses nicht will. Frau Thierbach, in Ihrer Einbringung haben Sie darauf hingewiesen, dass es in keinem anderen Leistungsbereich diesen floatenden Punktwert gibt. Das ist zwar richtig und dennoch gibt es auch in anderen Bereichen Vereinbarungen zwischen Leistungserbringern und denen, die die Leistung haben wollen. So ist es eigentlich hier auch, denn Leistungserbringer ist in diesem Fall nicht der einzelne Arzt, sondern ist die Gemeinschaft der Ärzte, d.h. also die Kassenärztliche Vereinigung. Zwischen Kassenärztlicher Vereinigung und den Zahlern, den Kostenerstatern, den Kassen, gibt es sehr wohl eindeutige und klare rechtliche Absprachen und Verhandlungen und Bezahlungsformen. Insofern sage ich noch einmal, geht Ihr Antrag an das gesamte System des Abrechnungsmodus Kassenärztliche Vereinigung - Krankenkassen. Ich sage, man kann darüber reden, man muss wissen, was man will, denn der Antrag der PDS-Fraktion zielt auf einen wesentlichen Teil des gesamten Gesundheitssystems. Die ambulanten ärztlichen Leistungen machen im Schnitt etwas mehr als 16 Prozent aller Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung aus und das ist einfach nicht unbedeutend. Werden nun für diesen bedeutenden Teil des Gesundheitswesens grundlegende Änderungen vorgeschlagen, muss folglich auch eine Antwort zu den Auswirkungen auf den Gesamtbereich gegeben werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe schon vorhin gesagt, dass ich unverändert die Forderung habe und auch unverändert diese Forderung einbringen werde, dass eine echte Strukturreform in Deutschland im Gesundheitswesen stattfinden muss. Bisher, meine Damen und Herren, kennen wir nur ein Kostendämpfungs-

gesetz, was zwar großspurig als GKV-Gesundheitsreform 2000 tituliert wurde, aber eine Reform ist das nicht gewesen. Im Übrigen war bis vor kurzem lediglich zu hören, dass in dieser Legislaturperiode keine grundlegenden Änderungen im Gesundheitsbereich zu erwarten sind. Neue Äußerungen der neuen Bundesgesundheitsministerin lassen zumindest etwas offen. Ich spreche in diesem Zusammenhang seit dem Wechsel im Gesundheitsministerium im Bund sehr gern von einem Paradigmenwechsel, der da stattfindet. Unter Frau Fischer wussten wir genau, was nicht passiert; unter Frau Schmidt wissen wir nicht genau, was passiert. Ich kann nur sagen, wir müssen es wohl abwarten. Rotgrün in Berlin hatte offensichtlich in den zurückliegenden Jahren keine Antwort auf drängende Fragen parat und hat auch keine Antworten darauf vorbereitet.

Meine Damen und Herren, ich sage hier ganz offen, es ist ein Kabinett, was in Berlin existiert, und nicht nur Frau Fischer, sondern auch der Kabinettschef sind daran Schuld, wenn es bis dato keine entsprechende Gesundheitsreform gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme dafür nicht nur die Grünen, ich nehme dafür auch die SPD in Verantwortung. Ich sage aber dennoch, ein zartes Hoffnungspflänzchen gibt es aufgrund der Bemerkungen über die Abschaffung der kollektiven Ärzthaftung im Bereich des Arzneimittel- und Heilmittelbudgets. Und, meine Damen und Herren, dass Frau Bundesgesundheitsministerin Schmidt jetzt plötzlich den Regress nicht umsetzen will, bestätigt eigentlich das, was ich gemacht habe, indem ich das Arzneimittelbudget, soweit es mir möglich war, angehoben habe.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung in Thüringen hat sich also von Anfang an nicht auf die Einsichtsfähigkeit dieser Bundesregierung verlassen, sondern eigene Vorstellungen zu den verschiedensten Problemfeldern angeboten.

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur das Arzneimittelbudget, ich erinnere an die Vergütungslage der Psychotherapeuten im Jahr 1999, die wir durch eine Bundesratsinitiative zu lösen angeboten haben. Ich erinnere auch an den Vermittlungsversuch zu freiwilligen Vereinbarungen zwischen KV und Kassen, die leider gescheitert sind, sicherlich nicht gescheitert sind an den Möglichkeiten der Landesregierung. Besonders wäre auch hervorzuheben, wenn die Anhebung der Finanzierung der psychotherapeutischen Leistungen durch die von Thüringen initiierte Bundesratsinitiative gegriffen hätte, dann hätte dieses automatisch auf die Gesamtvergütung für den ambulanten ärztlichen Bereich Auswirkungen gehabt. Sie wissen, dass sich Thüringen insbesondere wegen der negativen Haltung der so genannten A-Länder, der SPD-Länder, und, meine Damen und Herren, da können sie sich nun im Bundesrat überhaupt nicht mehr auf die Grünen zurückziehen und die

Grünen verantwortlich dafür machen, es sind die SPD-regierten Länder, die den Vorstoß Thüringens zu einer Änderung der Finanzierungsleistungen für die Psychotherapeuten abgelehnt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dies hätte auch Auswirkungen auf das Gesamtbudget für die Folgejahre gehabt. Ich sage, es hätte Auswirkungen auch für die Arzneimittelversorgung der Thüringer Bevölkerung gehabt. Die Aufhebung aller Budgets und deren Ersatz durch klügere Regelungen brächte die Lösung auch im Bereich der ambulanten medizinischen Versorgung zumindest ein ganzes Stück weiter. Wir in den neuen Ländern leiden unter dem in einen hausärztlichen und einen fachärztlichen Teil aufzuteilenden Topf der ärztlichen Gesamtvergütung. Ab diesem Jahr werden die Facharztgruppen innerhalb des fachärztlichen Vergütungsanteils nicht mehr gesondert geführt, sondern werden aufgrund ihrer erbrachten Leistungen aus dem Gesamtvergütungsanteil für Fachärzte entschädigt. Wir haben eine Bundesratsinitiative zusammen mit Baden-Württemberg eingebracht. Und, meine Damen und Herren, wir konnten durchsetzen, darauf bin ich besonders stolz, dass erstmals ein westliches Land, ein altes Land, nämlich Baden-Württemberg, mit der genannten Bundesratsinitiative eine stufenweise Anpassung der hiesigen Honorare an die der alten Länder fordert. Das ist ein Novum in der Zusammenarbeit mit den alten Bundesländern. Auch hier kommt die Stunde der Wahrheit für die SPD-geführten Länder. Ich bin gespannt, ob sie dieses unterstützen werden. Im Übrigen gibt es ein Schreiben aller Gesundheitsminister der neuen Länder an die Bundesministerin, wo dieses gefordert wird, und hier gibt es keinen Unterschied zwischen A- und B-Ländern in den neuen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, was diese Initiative zur Angleichung der Honorare der neuen an die alten Länder angeht: Ich bin vor wenigen Tagen in Rheinland-Pfalz gewesen und habe dort mit Ärzten gesprochen. Mir wurde von Ärzten gesagt, von den GKV-Einnahmen, also den Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, könnten sie als Ärzte gar nicht mehr existieren, wenn sie nicht Privatpatienten hätten. Das muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen! Welcher unserer Ärzte in Thüringen hat Privatpatienten? Und die Honorarbasis GKV liegt bei 77 Prozent im Vergleich zu den alten Bundesländern. Meine Damen und Herren, ich denke, hier muss wirklich etwas passieren.

(Beifall bei der CDU)

Es geht nicht an, und da ist die Bundesregierung gefordert was den Fremdkassenausgleich angeht, wenn die Ärzteschaft in Thüringen z.B. Arbeiter des Opelwerks in Eisenach behandelt, von der Betriebskrankenkasse mit Sitz im hessischen Rüsselsheim jedoch viel weniger erhält als für den Kollegen, der bei der AOK in Thüringen versichert ist.

(Beifall bei der CDU)

Hier kann auf eine baldige Regelung durch die Bundesregierung gehofft werden, da sogar die Bundestagsfraktion der Regierungsparteien durch eine Entschließung Einsicht zeigen. Ich ergänze: Dies ist vermutlich deshalb geschehen, weil wir so beharrlich darum gekämpft haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wie diese Landesregierung mit aktuellen Problemen praktisch umgeht und Erfolge erzielt, zeigt auch eine weitere, das heißt die jüngste Initiative. Hier wird ein gemeinsames Vorgehen aller neuen Länder vorbereitet, um eine stufenweise Angleichung der Honorare für die ambulante ärztliche Versorgung an Westniveau zu erreichen. Ich habe Ihnen von diesem Brief berichtet, der von allen Gesundheitsministern unterschrieben worden ist.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der PDS zielt zwar in die richtige Richtung - und, ich glaube, ich habe dieses deutlich gemacht -, es ist aber zu hinterfragen, ob hier ein völlig neues Vergütungssystem gemeint ist. Ich vermute, ja. Ich sage allerdings noch einmal, dieses völlig neue Vergütungssystem sollte nur im Rahmen einer allgemeinen Gesundheitsreform in Angriff genommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, man sollte auch im ambulanten Bereich über das System, das ab 2003 im stationären Bereich stattfindet, über ambulante Dyarchien beispielsweise, reden. Es ist durchaus eine Beratungsgrundlage, aber ich würde nicht so weit gehen, dieses als einzige Möglichkeit einer Reform anzusehen. Ich sage noch einmal, wenn man eine Reform angeht, sollte man nicht an einer Schraube anfangen zu drehen, sondern es nützt nichts, wir müssen unser gesamtes deutsches Gesundheitssystem reformieren. Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Heß, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Heß, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist unbestritten, dass die Einkommenssituation einiger niedergelassener Arztpraxen am Rande des Konkurses ist. Aber bevor man einen strikten Systemwechsel vollzieht, sollten die Ursachen für diese Situation gefunden werden, will man nicht den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Wie erhalten denn die niedergelassenen Ärzte ihre Vergütung? Verkürzt gesagt, die Krankenkassen zahlen mit befreiender Wirkung an die Kassenärztliche Vereinigung den ausgehandelten Betrag und letztere hat es in ihrer

Hand, eine gerechte leistungsbezogene Honorarverteilung zwischen den Fachgruppen durchzuführen. Das Argument, die Krankenkassen würden zu wenig in den Honorartopf zahlen, kann wohl auch nicht stimmen. Allein die Ersatzkassen zahlten 1999 rund 136 DM pro niedergelassenen Arzt in Thüringen. Das sind hier allein 19,3 Prozent mehr als 1995. Dazu kommen noch die Gelder der AOK, IKK, BKK und anderer Krankenkassen. Allerdings stieg auch die Zahl der niedergelassenen Ärzte von 1995 bis 1999 um 4,5 Prozent, so dass trotz höherer Honorarsumme nicht im selben Maße mehr Geld pro Arztpraxis zur Verfügung stand und steht.

Durch die Erarbeitung größerer Leistungsanteile durch die einzelnen Ärzte entsteht eine Vermehrung der Punkte, die konsequenterweise einen absinkenden Punktwert zur Folge hat. Die hier von der PDS geforderte Einführung betriebswirtschaftlich kalkulierter Leistungsvergütungen für niedergelassene Ärzte ist genau das System, welches jetzt im größten Sektor der Ausgaben, und zwar im Sektor des Krankenhausbereichs, durch die Einführung des Fallpauschalensystems abgeschafft wird. Der PDS-Antrag geht einerseits politisch in die falsche Richtung, denn nicht die Landesregierung, sondern die Selbstverwaltungen sind hier gefragt, und ignoriert andererseits die Bemühungen der Spitzenverbände auf Bundesebene um einen neuen einheitlichen Bewertungsmaßstab, der die sprechende Medizin besser wichten will

(Zwischenruf Abg. Dr. Fischer, PDS: Wann kommt er denn?)

und gleichzeitig die Apparatedizin in das medizinisch Notwendige zurückdrängen soll. Die Gespräche dazu laufen. Schon aus diesem Grund halten wir einen Eingriff des Gesetzgebers mindestens zu dieser Zeit nicht für angebracht. Unserer Meinung nach bedarf es grundlegender Überlegungen, wie die ambulante medizinische Versorgung in Zukunft zu gestalten ist. Als zu lösende Probleme nenne ich hier die Zusammenarbeit von ambulanter und stationärer Behandlung, die Zulassung und Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte und als ganz besonderen Kostenfaktor die betriebswirtschaftlich oft unrentable Anschaffung von Großgeräten. Aber, wie schon eingangs gesagt, es fließen immer mehr Mittel in das System und für eine sachgerechte Verteilung ist eine Reform der Verteilungsstruktur zwingend notwendig.

Abschließend möchte ich auf den Gesetzentwurf zur Einführung des Wohnortprinzips bei Honorarvereinbarungen hinweisen. Wird er in dieser Form im Bundestag verabschiedet, und davon gehe ich aus, so werden allein aus dem Bereich der BKK zusätzlich 10.000 DM pro Arztpraxis in Thüringen zur Verfügung stehen. Auch hier ist dann die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen für eine sachgerechte Verteilung gefragt. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich bin jetzt gerade mit Blick auf die Uhr geneigt, ich hatte das den beiden angemeldeten Rednerinnen signalisiert, dass wir in die Mittagspause eintreten. Frau Vopel hat einen kurzen Beitrag angekündigt, den würde ich jetzt noch aufrufen. Und Frau Dr. Fischer, dauert Ihrer etwas länger?

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Frau Fischer zieht zurück.)

(Heiterkeit im Hause)

Ja. Dann gehen wir nach der Frau Abgeordneten Vopel in die Mittagspause.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Auf mich hört keiner.)

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Antrag der PDS bringt mir einige Debatten zu diesem Thema aus der Vergangenheit in Erinnerung. Ich finde diesen Sinneswandel bemerkenswert, denn ich erinnere mal an die Debatte, ich glaube, das war im Februar 1999, da war dieses unsägliche Vorschaltgesetz gerade in Kraft getreten, und es sollte Grundlage für die so genannte Gesundheitsreform werden. Damals ist abgewiegelt worden, so ähnlich wie von Frau Heß jetzt eben, von der damaligen Gesundheitsministerin. Da sind ja Zahlen genannt worden, was Ärzte in Thüringen verdienen, nur mit dem kleinen Makel, das waren nicht die Gewinnzahlen, das waren die Umsatzzahlen. Das ist nämlich ein Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein himmelweiter Unterschied. Von Ihnen von der PDS musste ich mir vorhalten lassen, ich mache Lobbyarbeit für die Ärzte, die ihre erste Million noch nicht zusammen haben. So ist damals diskutiert worden.

Ich möchte nur mal ganz kurz daran erinnern. Ich denke, wir in unserer Fraktion haben uns seit Jahren mit diesem Thema befasst, im Übrigen nicht erst seit Rotgrün. Ich halte es uns, den Gesundheitspolitikern der CDU auch aus den Landtagen, zugute, dass auch wir dafür gesorgt haben, dass Herr Seehofer damals gesagt hat: "Budgetierung ist nicht der gangbare Weg". Ich erinnere mich an das Datum sehr genau, es war der 14. Februar, es war nämlich Valentinstag 1997. Da haben wir in Bonn im BMG gesessen und haben gesagt, gerade wir aus den neuen Ländern, wir gehen heute nicht eher nach Hause, bis der Gesetzentwurf wirklich von allen mitgetragen wird, dass diese unsäglichen Budgets sterben. Es war auch nur ein Baustein, aber es war ein Stückchen Entschärfung des Damoklesswertes, was über den niedergelassenen Ärzten geschwebt hat, und speziell in den neuen Bundesländern. Dass die Richtgrößeneinführung keine Chance hatte, dass Rotgrün nichts Eiligeres zu

tun hatte, als das wieder zu kippen, das lag nicht in unserer Verantwortung.

Ich will damit sagen, wir waren schon mal ein Stück weiter, Frau Dr. Fischer. Ich denke, eins war ganz wichtig, dass das, was als Gesundheitsreform 2000 propagiert worden ist, im Bundesrat abgelehnt worden ist. Ich habe mir heute mal erlaubt, ich zeige es Ihnen nur, ich lese Ihnen das nicht vor, allen, die vielleicht auch neu in dieser Materie sind, z.B. Frau Heß, Forum für Gesellschaftspolitik, März 1999. Führen Sie sich das mal zu Gemüte, was drin steht. Da steht nämlich drin, dass es Ziel der Regierungskoalition ist von Rotgrün, praktisch die Zerschlagung der Selbstverwaltung, die Zerschlagung des bewährten Arztsystems in der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke, so was muss man sich mal anschauen. Es hat noch nie so viel Verunsicherung im Gesundheitswesen gegeben, in der Gesundheitspolitik, wie derzeit. Wir sprechen heute über die ambulante Versorgung. Ich möchte bei der Gelegenheit auch mal das Fachärztleproblem ansprechen. Das ist mindestens genauso wichtig anzusprechen, nicht nur die Vergütung.

(Beifall bei der CDU)

Es geht im stationären Bereich um das neue Vergütungssystem. Das kann sicher gut sein, aber die nötigen Gesetzesänderungen sind bis heute nicht da, um das umzusetzen. Kein Mensch kann heute sagen, weder die Kassen noch die Krankenhäuser, wie es sich auswirken wird, und dann werden Schnellschüsse gemacht. Ich meine, das ist ein bisschen untergegangen hier, aber seit dem 1. Januar müssen die so genannten besser Verdienenden eigentlich noch mehr Krankenkassenbeiträge bezahlen, als in den Altbundesländern, weil bei uns die Beiträge höher sind, aber die Bemessungsgrenze ist gleich,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das ist wie bei den Kitas.)

obwohl sie ja nicht so viel verdienen. Das ist ja alles gut und schön, kann man sagen. Denen kann man das ja zumuten. Nur, was hat denn das zur Folge? Ich habe das bei den Gesprächen mit Herrn Rebscher angesprochen. Diejenigen, die in den vergangenen Jahren Solidarität geübt haben, in den gesetzlichen Krankenversicherungen geblieben sind, die gehen jetzt weg und das Ergebnis ist ein Tiefschlag.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, so etwas muss man sich vorher überlegen. Und wenn die neue Ministerin jetzt sagt, Gesprächsangebot und Regress nicht, ist das alles schön, ich befürworte das. Ich wäre froh, wenn da was Vernünftiges zustande käme, nur, es müssen endlich mal Tatsachen auf den Tisch. Nur mit Gesprächsangeboten allein können weder die Ärzte noch die Krankenhäuser leben. Dr. Pietzsch hat es gesagt, Einzellösungen in dem Bereich führen überhaupt nicht weiter. Das wird wieder Stückwerk und wir kommen nicht weiter. Dass die Landesregierung in dieser Hinsicht nicht

untätig ist, hat der Gesundheitsminister hier dargelegt. Ich möchte das gar nicht wiederholen. Ich denke, dafür haben wir immer gestritten, auch bei eigenen Ministern, und dazu stehen wir, und wir werden weiter streiten. Ich hoffe, dass vielleicht die Bundesregierung endlich aufwacht, denn die letzten zweieinhalb Jahre waren vertane Jahre. Danke.

(Zwischenruf Abg. Heß, SPD: Aber die letzten 16 auch.)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich unterbreche die Beratung zum Tagesordnungspunkt 8 für die Mittagspause. Um 14.00 Uhr setzen wir mit der Fragestunde fort.

Meine Damen und Herren, wir setzen das Plenum fort. Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 11** auf

Fragestunde

Als Erstes rufe ich die Mündliche Anfrage in Drucksache 3/1360 der Frau Abgeordneten Dr. Wildauer, vorgelesen von Frau Nitzpon, auf. Bitte schön.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Nach § 26 a des Thüringer Gesetzes über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit können bei den kommunalen Zweckverbänden der Wasserver- und Abwasserentsorgung Verbraucherbeiräte gebildet werden.

Diese gesetzliche Regelung gilt seit Juli 2000.

Ich frage die Landesregierung:

1. In wie vielen Zweckverbänden sind bisher derartige Verbraucherbeiräte gebildet worden?
2. In welchen Zweckverbänden hat die Verbandsversammlung die Bildung eines Verbraucherbeirats abgelehnt, obwohl es hierfür Interesse seitens der Gebühren- und Beitragspflichtigen gab?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Rechtsauffassung der Stadt Eisenach, dass die Regelungen zu den Verbraucherbeiräten nicht für die Stadt Eisenach bzw. ihren Eigenbetrieb zutrifft und somit die Bildung eines Verbraucherbeirats abgelehnt wird?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Wirksamkeit der Regelungen zu den Verbraucherbeiräten bezüglich der angestrebten Zielstellungen der gesetzlichen Bestimmungen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung beantwortet der Innenminister diese Anfrage.

Köckert, Innenminister:

Nach diesem Schnelllesetext dieses nicht ganz einfachen Textes beantworte ich für die Landesregierung die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Bisher wurden in drei Zweckverbänden Verbraucherbeiräte gebildet.

Zu Frage 2: Nach Auskunft der Kommunalaufsicht ist dies nur beim Wasser- und Abwasserzweckverband Jena der Fall gewesen.

Zu Frage 3: Der Rechtsauffassung der Stadt Eisenach ist zuzustimmen. Obwohl die Stadt Eisenach Mitglied im Abwasserzweckverband und im Trinkwasserzweckverband Eisenach/Erbstromtal ist, ist sie für den Bereich der leitungsgebundenen örtlichen Einrichtung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung selbst zuständig und wird damit vom Anwendungsbereich des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit nicht erfasst. Das heißt, für den Bereich der Stadtwerke Eisenach gibt es einen Werksausschuss, der steht statt des Verbraucherbeirats bei den Zweckverbänden.

Zu Frage 4: Mit Blick auf die Gesetzesbegründung dient die Regelung des § 26 a des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit zur weiteren Verbesserung des Informationsaustausches unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die sensible Materie der Abgabenerhebung im Bereich der leitungsgebundenen Einrichtung. Hierdurch wurde die Möglichkeit zur Schaffung eines Gremiums gegeben, durch das die Kommunikation und der Austausch zwischen den Bürgern auf der einen und Vertretern der Zweckverbände auf der anderen Seite intensiviert werden kann. Inwiefern die erst seit Juli 2000 bestehende Regelung seitens der Verbände als auch der Bürgerinnen und Bürger angenommen wird, wird sich zukünftig zu zeigen haben. Insofern ist der Zeitraum seit der Einführung bis jetzt zu knapp, um schon eine Bewertung vorzunehmen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Einen Antrag, Frau Abgeordnete Nitzpon?

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Ja. Die PDS beantragt die Frage und die Antwort im Innenausschuss weiterzuberaten.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Darüber lassen wir abstimmen. Wer der Fortberatung im Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Damit ist das Quorum erreicht, es wird fortberaten.

Ich rufe als Nächstes die Anfrage in Drucksache 3/1369 von Frau Abgeordneten Arenhövel auf.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Barrierefreier Umbau des Erfurter Hauptbahnhofs

Aller Voraussicht nach soll nach den Sommerferien 2001 der Umbau des Erfurter Hauptbahnhofs zu einem künftigen ICE-Bahnhof beginnen. Damit wird ein wichtiges Vorhaben auf den Weg gebracht, das für die Verkehrsinfrastruktur von herausragender Bedeutung ist. Die Stadt Erfurt und der Freistaat Thüringen bringen im Wesentlichen die dafür erforderlichen Kosten auf. Damit der barrierefreie Zugang gewährleistet werden kann, ist es notwendig, dass bei der Planung und Umsetzung dieses Bauvorhabens dieser Aspekt von vornherein berücksichtigt wird. Behinderte Menschen, aber auch Familien mit kleinen Kindern und ältere Mitbürger verdienen die entsprechende Aufmerksamkeit und Rücksicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien wird der barrierefreie Zugang bei der Planung berücksichtigt?
2. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, damit auch während des Umbaus keine unnötigen Hindernisse entstehen?
3. Wie soll der barrierefreie Zugang zum Hauptbahnhof, zu den Bahnsteigen und den anderen Verkehrsmitteln ausgestaltet werden?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Arenhövel wie folgt:

Zunächst lassen Sie mich bitte feststellen, dass die behindertengerechte Ausgestaltung von Zugangsstellen zu Schienenpersonennahverkehrseinrichtungen im Nahverkehrsplan des Landes festgeschrieben und damit Bestandteil der Schienenverkehrspolitik des Landes sind. Trotz der unausbleiblichen Einschränkungen während der Bauzeit wird sich die DB AG bemühen, auch den Mobilitätsein-

geschränkten Personen das Reisen mit der Bahn so angenehm wie möglich zu machen.

Zu Frage 1: Die in der Planung des Bahnhofsumbaus zu berücksichtigenden Kriterien für einen barrierefreien Zugang ergeben sich aus den geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften, z.B. dem ÖPNV-Gesetz und der Thüringer Bauordnung.

Zu Frage 2: Um während des Bahnhofsumbaus keine unnötigen Hindernisse entstehen zu lassen, werden die Anforderungen zur behindertengerechten Benutzbarkeit dieses Bahnhofs in der Umbauphase in die Ausschreibung der Bauleistung aufgenommen. Die Sicherstellung der geplanten Zugänge zu den Bahnsteigen während der Bauphase liegt dann beim zuständigen Generalunternehmer.

Zu Frage 3: Der barrierefreie Zugang zu den Bahnsteigen und den anderen Verkehrsmitteln wird u.a. wie folgt gestaltet: So wird es möglich, in die Tiefgarage unter dem Bahnhof zu fahren und von dort direkt mit den Aufzügen auf die Bahnsteige zu gelangen. Die Aufzüge werden mit behindertengerechten Bedienarmaturen ausgestattet. Der behindertengerechte Zugang über die Eingänge zum Bahnhofsvorplatz und der Bahnhofstraße ist über Automatiktüren und Rampen hin bis zu den Aufzügen sichergestellt. In den Handläufen der Treppenaufgänge werden die Bahnsteignummern eingelassen. Die Bahnsteige werden zudem mit Blindenleitstreifen ausgestattet. Außerdem werden der Generalunternehmer und die Architekten in engem Kontakt mit dem Verband der Behinderten stehen, um die Erfahrungen behinderter Menschen berücksichtigen zu können. Darüber hinaus wird behinderten Menschen Hilfe und Unterstützung über die zentrale Hotline des Mobilitätsservices der DB AG angeboten. Weiterhin stehen vor Ort seitens der DB Stationen und Service AGs, sowohl der Service-Point, die 3-S-Zentrale (Sicherheit, Sauberkeit, Service) telefonisch als auch die Serviceteams an den Zügen zur Verfügung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich stelle die Beantwortung fest, rufe auf die Anfrage in der Drucksache 3/1373 des Abgeordneten Dr. Botz.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Marktentlastung im Rindfleischsektor

Die Landesregierung hat in verschiedenen Veröffentlichungen unterschiedliche Standpunkte zur geplanten Herauskaufaktion der Europäischen Union für Rinder zum Zwecke der Marktentlastung geäußert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Initiative der Europäischen Union, zum Zwecke der Marktregulierung

Rinderbestände zu verringern?

2. In welchem Umfang werden nach Schätzungen der Landesregierung in Thüringen Rinder im Rahmen der Herauskaufaktion der Europäischen Union aus dem Markt genommen?

3. In welchem Umfang wird die Herauskaufaktion in Thüringen den Mutterkuhbestand verändern?

4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um im Rindfleischsektor mittelfristig eine dauerhafte und ethisch vertretbare Marktentlastung zu erzielen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, zu der Mündlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Botz nehme ich im Namen der Landesregierung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Die Herauskaufaktion der EU soll ein Weg zur schnellen Marktregulierung von Rindfleisch sein. Eine drastische Verringerung der Rinderbestände wird damit vermutlich nicht erreicht. Mit der nach wie vor geringen Vermarktung von Rindfleisch ist an eine Marktregulierung oder gar eine Verringerung der bestehenden Rinderbestände nicht zu denken. Die Aktion wird als sinnvoll betrachtet.

Zu Frage 2: Da die Herauskaufaktion in Deutschland unter den o.g. verschärften Bedingungen mit BSE-Tests durchgeführt wird und freiwillig ist, kann keine vorherige Einschätzung zum angenommenen Umfang abgegeben werden.

Zu Frage 3: Nach unserer Auffassung stehen die Mutterkuhbestände weniger unter dem besagten Selektionsdruck als die Kühe aus der Milchproduktion. Eine Veränderung der Mutterkuhbestände ist nicht zu erwarten.

Zu Frage 4: Möglichkeiten zur Marktentlastung kann es in erster Linie durch eine vernünftige und sachliche Aufklärung des Verbrauchers über die Wissenschaft und Politik geben. Der Hysterie muss begegnet werden, indem die Fakten zum BSE-Problem nicht nur den Landwirten und Erzeugern von Lebensmitteln klar und deutlich vermittelt, sondern auch den Verbrauchern zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus sollte in der gesamten EU der Rindfleischmarkt auf den Verbrauch ausgerichtet werden. Dabei sollten gleichwohl die Im- und Exporte von Rindfleisch Berücksichtigung finden. Auf großen Widerstand wird wohl der Vorschlag stoßen, den Rindfleischmarkt ohne Marktregulierung, nur mit einem Sicherheitsnetz ausgestattet, analog dem Schweinefleischsektor dem Markt zu überlassen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Ja, Herr Minister, können Sie sich vorstellen, dass es in der zweiten Jahreshälfte 2001 zu einem weiteren Angebot einer derartigen Herauskaufaktion von Seiten der EU kommen könnte? Das war die eine Frage und eine zweite: Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass Sie keine wesentliche Auswirkung auf unsere Mutterkuhbestände in Thüringen erwarten. Dazu eine Anschlussfrage: Könnten Sie sich vorstellen, dass im Zuge der gesamten Maßnahmen, die jetzt und in den nächsten Monaten und Jahren in Gang gesetzt werden, eine Ausdehnung des Mutterkuhbestandes für bestimmte Regionen in Thüringen sinnvoll und nützlich wäre?

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Zur Ihrer ersten Nachfrage, Herr Dr. Botz: Sie wissen, dass die EU 1,2 Mio. Rinder in einer zweiten Herauskaufaktion aufkaufen will. Dazu wird heute der EU-Agrarrat, soweit ich informiert bin, entscheiden. Also, es wird zustande kommen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Der Mutterkuhbestand kann in dem Moment erhöht werden, wenn wir auch ein höheres Kontingent an Mutterkühen bekommen. Gegenwärtig ist das Kontingent für Thüringen ausgeschöpft; für Deutschland insgesamt noch nicht. Da aber die Produktion von Rindfleisch weiter reduziert werden soll, ist schon darüber geredet worden, dass die Reserven von Seiten der Europäischen Union so gut wie gestrichen worden sind, um nicht zusätzlich noch Rindfleisch zu produzieren.

Ich meine, Entschuldigung, wenn ich das noch sagen darf, wünschenswert wäre es natürlich. Ich könnte mir z.B. vorstellen, aber das ist eine Sache, die insgesamt in Deutschland nicht durchsetzbar wäre, dass man auf die Bullenmast als solche verzichtet und verstärkt die Mutterkuhhaltung durchführt und das notwendige Rindfleisch, das wir brauchen, auch somit produziert. Aber bei meinen Gesprächen mit dem parlamentarischen Staatssekretär Thalheim muss man natürlich auch berücksichtigen, dass damit Deutschland einen gewissen Rindfleischmarkt aufgeben würde, auf den sofort die anderen europäischen Staaten zustoßen oder Zugriff nehmen würden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Kummer hat eine weitere Nachfrage.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Minister, wie bewerten Sie die Auswirkungen der MKS in Argentinien in Bezug auf eine eventuelle Stei-

gerung der Rindfleischnachfrage in Deutschland?

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Herr Kummer, da kann man sicher im Moment noch keine Prognose abgeben in dieser Richtung. Ein bestimmter Anteil an argentinischem Rindfleisch ist ja immer nach Deutschland eingeflossen, weil wir geworben haben mit den saftigen Steaks von ökologischen Rindern auf den argentinischen Weiden. Aber ich glaube, auch da stehen schon andere überseeische Staaten bereit, die sofort dann da einsteigen könnten. Ich denke da z.B. an Südafrika.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich stelle die Beantwortung der Frage fest, rufe auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Pidde in der Drucksache 3/1374.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiet und Sandsteinabbau am Großen Seeberg bei Gotha

Im Oktober 1991 begann die Firma TRACO (Deutsche Travertinwerke GmbH Bad Langensalza) mit einem Probeabbau von Sandstein auf dem Gelände des Standortübungsplatzes Großer Seeberg Gotha. Bevor ein Bewilligungsbescheid 1992 erteilt wurde, waren die Gewinnungsarbeiten bereits in vollem Gange. Bei der Beantragung eines nächsten Abbaufeldes im August 1995 stand der bestehende Steinbruch vor seiner Erschöpfung. Dennoch wurde die Fläche weiter nach verwertbarem Gestein durchsucht, obwohl 1994 vom Thüringer Landesverwaltungsamt das Gebiet "Seeberg" als einstweilig sichergestelltes Naturschutzgebiet ausgewiesen und im Jahr 2000 ein FFH-Gebiet in der Region angemeldet wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind die Flächen des Naturschutzgebietes und des angemeldeten FFH-Gebietes auf dem Großen Seeberg deckungsgleich, wenn nein, warum nicht?
2. Handelt es sich bei den nicht an den Bund gemeldeten Flächen für ein FFH-Gebiet am Seeberg um Vorbehaltsflächen für die Rohstoffsicherung?
3. Wurden mit dem bergrechtlichen Genehmigungsverfahren für die Steingewinnungsarbeiten am "Seeberg" im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Dr. Sklenar.

**Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt:**

Meine sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Pidde beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Nein. Das gemeldete FFH-Gebiet ist mit 581 Hektar wesentlich größer als die als Naturschutzgebiet ausgewiesene Fläche von 355 Hektar. Die Abgrenzung des FFH-Gebiets Nr. 54, Seebergen, Sieblebener Teich, wurde nach den vorgegebenen fachlichen Kriterien der FFH-Richtlinie vorgenommen. In Ausübung des von der FFH-Richtlinie vorgesehenen fachlichen Ermessens wurden sowohl Teilflächen ausgegliedert, da sie die geforderte FFH-Qualität nicht erreichen, als auch Teilflächen außerhalb des Naturschutzgebiets hinzugenommen, weil sie die FFH-Kriterien erfüllen.

Zu Frage 2: Am Großen Seeberg bei Gotha sind keine Vorbehaltsflächen für Rohstoffsicherung ausgewiesen. Sollte sich die Frage jedoch auf Vorranggebiete für die Rohstoffsicherung beziehen, so ist es richtig, dass unter anderem auch am Großen Seeberg ausgewiesene Vorrangflächen für die Rohstoffsicherung nicht in die Meldung des FFH-Gebiets Nr. 54 aufgenommen wurden. Alle Flächen, die außerhalb des FFH-Gebiets Nr. 54, Seebergen, Sieblebener Teich, liegen, erfüllen nach eingehender fachlicher Prüfung nicht die anzuwendenden Kriterien der FFH-Richtlinie. Dies betrifft auch Flächen mit der Vorrangfunktion Rohstoffsicherung.

Zu Frage 3: Für den Sandsteinabbau am Seeberg wurde kein Raumordnungsverfahren durchgeführt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Minister, stimmt es, dass der Anteil des abbauwürdigen Gesteins unter 5 Prozent liegt und dass dadurch eine Wirtschaftlichkeit oder ein vernünftiges Verhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und Ökologie nicht mehr gegeben ist?

**Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt:**

Herr Dr. Pidde, Sie meinen jetzt sicher bei den gegenwärtig sich in Produktion befindlichen Steinbrüchen. Das kann ich Ihnen jetzt im Moment nicht definitiv beantworten. Ich würde Ihnen das gern, wenn Sie einverstanden sind, schriftlich dann mitteilen.

(Zuruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Danke.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die schriftliche Nachreichung wird an die anderen Abgeordneten auch verteilt.

(Zuruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Selbstverständlich.)

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich stelle die Beantwortung der Anfrage fest. Ich rufe auf die Anfrage in der Drucksachenummer 3/1375 des Abgeordneten Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Beteiligungsmodelle bei der Privatisierung der Thüringer Landesnervenkliniken

Bei der bisherigen Privatisierung von Krankenhäusern und Kliniken in Thüringen sind in einigen Fällen Minderheitsbeteiligungen des Landes oder von anderen öffentlichen Trägern gewählt worden (z.B. Zentralklinikum Bad Berka). Auch bei der Privatisierung der Landesnervenkliniken wären solche Minderheitsbeteiligungen denkbar. Mit ihrer Hilfe könnte ein Mitbestimmungsrecht der öffentlichen Hand auch nach der Privatisierung gerade in sensiblen Bereichen gesichert werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind Minderheitsbeteiligungen bei der Privatisierung der drei Landesnervenkliniken vorgesehen?
2. Wenn ja, welche Minderheitsbeteiligungen soll es bei den jeweiligen Kliniken geben, und warum wurde diese Form der Beteiligung gewählt?
3. Wenn nein, warum wurde bei welcher Klinik von einer solchen Form der Beteiligung abgesehen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ja.

Zu den Fragen 2 und 3: Es ist vorgesehen, in Stadtroda und in Mühlhausen dem jeweiligen Landkreis eine Minderheitsbeteiligung anzubieten, weil der betroffene Landkreis sich bereits jeweils als engagierter Krankenhausträger um eine entsprechende Beteiligung qualifiziert beworben hat. In Hildburghausen lag eine solche qualifizierte Bewerbung

des Landkreises nicht vor.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt Nachfragen.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Staatssekretär, sollte es eine solche qualifizierte Bewerbung des Landkreises Hildburghausen noch geben, wäre es dann eventuell möglich, dass es dort auch eine Minderheitsbeteiligung gibt?

Maaßen, Staatssekretär:

Die Verhandlungen sind schon sehr weit fortgeschritten - die Vorauswahl der Bewerber ist abgeschlossen, wie ja dem Hause bekannt ist. Es hat eine Vielzahl von Bewerbungen gegeben, wir sind jetzt bei den besten Bewerbungen angekommen. Ich bezweifle, dass solche Gespräche noch zu einem entsprechenden Ergebnis führen würden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen und ich stelle die Beantwortung der Frage fest. Ich rufe auf die Anfrage in der Drucksachenummer 3/1376 des Abgeordneten Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

"Mit Web und Wartburg"

Zur Eröffnung des Internationalen Symposiums "Chancen der Solartechnik zur Jahrtausendwende" am 7. Februar dieses Jahres in Berlin sprach Minister Gnauck vom Technologiestandort Thüringen. Dabei erklärte er, dass Thüringen sich nach dem Vorbild des Slogans des bayerischen Ministerpräsidenten "Mit Laptop und Lederhose" voller Kreativität einen eigenen Leitspruch gesucht hätte. Dieser soll "Mit Web und Wartburg" lauten. Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zu diesem Slogan?
2. Meinte Herr Minister Gnauck analog zu den im bayerischen Spruch aufgezählten Konsumgütern mit "Wartburg" den ehemals in Thüringen produzierten PKW gleichen Namens?

(Unruhe bei der CDU)

3. Wenn ja, wird dieser PKW als Zukunftsmodell gesehen oder gibt es Anzeichen, dass in Thüringen in Bälde ein neues Modell dieses Markennamens hergestellt wird?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung beantwortet die Frage Minister Gnauck.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Ganz nach dem Motto: Wenn wir schon nichts zu sagen haben, wollen wir wenigstens unseren Spaß haben.)

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer mit "Web und Wartburg" in der Drucksache 3/1376 wie folgt:

Der Kummer von der PDS, der glaubt der Landtag sei Loch Ness, wo man zur sauren Gurkenzeit den Wurm holt aus der Dunkelheit. Die Frage, die er auserkoren, die ist im Karneval geboren. Drum sei als Antwort mir erlaubt, dass ich hier Reime hab geschraubt.

(Beifall bei der CDU)

Da fragt er doch ganz unverhohlen, ob wir von Bayern ham gestohlen. Die Frage war ganz ungereimt, drum habe ich es nicht versäumt, in Reimen hier bekannt zu geben, wonach in Thüringen wir streben: Wenn wir mit "Web und Wartburg" werben, wolln wir die Bayern nicht beerben. Doch von der PDS der Herr Kollege, der geht im Kopf ganz eigne Wege. Will mit der Frage wohl beweisen, dass wir noch mit dem Wartburg reisen. Ihm sei gesagt, ganz klipp und klar, dass das ja wohl 'ne Kiste war, die für die Zukunft hier nicht taugt! Mehr als drei Liter Sprit sie saugt und mit des Kanzlers Öko-Steuer, wär sie auch einfach viel zu teuer.

(Beifall bei der CDU)

Die Wartburg, lieber Tilo Kummer, die ist bei uns 'ne große Nummer! Sie steht für Schönheit und Geschichte und unser Land in diesem Lichte, es strahlt weit über unsre Grenzen, da lässt sich vieles noch ergänzen. Zum Beispiel, dass Elisabeth dort die Barmherzigkeit entdeckt und dass dort Martin Luther, ach, dem Teufel schmiss die Tinte nach. Von hier kommt die Freiheits-Kultur, die Montags nicht in Leipzig nur, sondern von Suhl bis hoch zur See fegte hinweg die SED.

(Beifall bei der CDU)

So ist es dann auch gar kein Wunder, dass bei der Wartburg der Herr Kummer nur an die Plaste-Kiste denkt, statt dass er die Gedanken lenkt, auf unsres Landes Einheitsstreben, war die PDS doch eh dagegen. Deshalb stehen "Web und Wartburg" heute für Deutschlands starke Mitte, Leute! Damit auch jeder PDS'ler merkt, dass Ostalgie uns hier nicht stärkt, sondern dass Hightech und die Tradition, uns bringen den verdienten Lohn. Der Lohn ist, wer könnt's anders sehen, dass wir an Deutschlands Spitze stehen, von Deutschlands neuen, jungen Ländern. Kummer brächt's, würd' sich was ändern! Drum verzeiht mir, wenn

ich sage: Stellt doch mal 'ne kluge Frage!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage dazu.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Herr Minister, ich bin tief beeindruckt ob Ihrer poetischen Ader. Eine kurze Frage: Haben Sie das wenigstens selbst gedichtet?

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister Gnauck, auf die Frage müssen Sie antworten.

(Heiterkeit bei der PDS, SPD)

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter Höhn, ich werde Ihnen darauf eine gereimte Antwort zukommen lassen.

(Heiterkeit bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Diese gereimte Antwort wird natürlich auch an alle Abgeordneten verteilt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich weiß jetzt nicht, ob wir das ab jetzt zum Maßstab werden lassen, aber ich rufe zunächst die Frage in der Drucksache 3/1380, eine von Frau Abgeordneten Thierbach, auf.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Strukturanpassungsmaßnahmen im sozialen Bereich im Jahr 2001

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Strukturanpassungsmaßnahmen im sozialen Bereich wurden entsprechend den Prioritäten I und II 2001 neu beantragt und bewilligt?

2. Wie viele Strukturanpassungsmaßnahmen wurden im Seniorenbereich, im Bereich zur Betreuung sozial Benachteiligter, im Bereich der Schuldnerbetreuung außerhalb des Insolvenzverfahrens für welche Laufzeiten bewilligt?

3. Wie viele Mittel wurden bereits mit den bisherigen Bewilligungen im Jahr 2001 gebunden?

4. Wie viele Mittel zur Neuvergabe von Strukturanpassungsmaßnahmen werden per 16. März 2001 für 2001 noch vorhanden sein?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Thierbach wie folgt:

Zu Frage 1: Nach dem Sozialgesetzbuch Drittes Buch werden Anträge im sozialen Bereich der Maßnahmenkategorie "Verbesserung des Angebotes bei den sozialen Diensten" zugeordnet. Vom 1. Januar 2001 bis 28. Februar 2001 wurden 213 Anträge neu gestellt. 10 Anträge wurden davon zurückgezogen. Von den vorliegenden Anträgen erhielten 48 die Priorität I, wovon 37 bereits bewilligt wurden. Die restlichen 166 Anträge befinden sich noch in Bearbeitung.

Zu Frage 2: Derzeit sind im Seniorenbereich, im Bereich zur Betreuung sozial Benachteiligter und im Bereich der Schuldnerbetreuung außerhalb des Insolvenzverfahrens 217 Strukturanpassungsmaßnahmen bewilligt. Die Maßnahmen sind im Regelfall entweder für drei Jahre bewilligt oder befristet bis zum 31.12.2002. Die gesetzlich möglichen Förderzeiten werden bewilligt, wenn eine entsprechende Antragstellung vorliegt und gleichzeitig eine Förderung der Bundesanstalt für Arbeit erfolgt.

Zu Frage 3: Der Haushaltsansatz des Jahres 2001 für Strukturanpassungsmaßnahmen und ergänzende Programme liegt bei 195,5 Mio. DM. Unter Berücksichtigung bestehender Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren waren am 28. Februar insgesamt 148,2 Mio. DM gebunden.

Zu Frage 4: Der verbleibende Neubewilligungsrahmen für Maßnahmen der sozialen Dienste, der Jugendhilfe und des Breitensports beträgt 28 Prozent; das sind bezogen auf das laufende Jahr 7,8 Mio. DM. Hiervon waren zum Stichtag 28. Februar 3 Mio. DM gebunden. Bezogen auf den Maßnahmenbereich soziale Dienste waren zum Stichtag 28. Februar 1,6 Mio. DM gebunden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Herr Minister, eine Nachfrage zur Frage 1. Sie sagten, dass sich noch 166 Beantragungen von Maßnahmen im Bewilligungsverfahren befinden. Wann können die Antragsteller mit einer Auskunft über Bewilligung oder Bestätigung

rechnen?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Das hängt von den Anträgen ab, wie vollständig sie sind, wie einschlägig sie sind. Das kann allgemein nicht beantwortet werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Frau Abgeordnete Nitzpon.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die weitere Beratung der Frage und Antwort im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Darüber werden wir abstimmen. Wer der Fortberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das Quorum ist erreicht und es wird fortberaten. Ich rufe auf die Anfrage in der Drucksache 3/1392 von Frau Abgeordneter Heß.

Abgeordnete Heß, SPD:

Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe

Durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung werden innovative, regionale Modellvorhaben zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe bis zum Jahr 2002 gefördert. Ziel ist es, die Chancen von Beziehern von Arbeitslosenhilfe und erwerbsfähigen Beziehern von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz für den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Förderung nach diesem Modellvorhaben sind bisher in Thüringen gestellt worden?
2. Am 22. Dezember 2000 hat der Bund in einem Brief alle Länder aufgefordert, weitere Anträge für dieses Modellvorhaben zu stellen. Welche Initiativen hat die Landesregierung daraufhin ergriffen?
3. Welche Träger haben sich für die Durchführung entsprechender Projekte beworben?
4. Welches Finanzvolumen entfällt auf Thüringen für die Durchführung der Modellprojekte von den durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung jähr-

lich bereitgestellten 30 Millionen Deutsche Mark?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Heß wie folgt:

Zu Frage 1: In Thüringen wurde nur ein Antrag gestellt. Antragsteller ist das Sozialamt Altenburg. Kooperationspartner in dem Vorhaben ist das Arbeitsamt Altenburg.

Zu Frage 2: Nicht die Länder, sondern lediglich die Arbeits- und Sozialämter können als Antragsteller auftreten. Aufgrund des BMA-Schreibens wurde Kontakt mit dem Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen aufgenommen. Es wurde mitgeteilt: Das Interesse der Arbeits- und Sozialämter am Modellvorhaben werde insgesamt als nicht sehr groß eingeschätzt. Besonders schwierig sei die reservierte Haltung der Sozialämter. Man werde sich jedoch weiter bemühen, Interessenten für das Modell zu gewinnen.

Zu Frage 3: Nach Auskunft des Landesarbeitsamtes gibt es bislang keine weiteren Anträge.

Zu Frage 4: Das Landesarbeitsamt teilte auf Anfrage mit, es gebe keine länderbezogene Quotierung. Entscheidend hinsichtlich der Aufnahme in das Modellvorhaben seien die Inhalte des Projekts. Eine abschließende Entscheidung hinsichtlich des Antrags von Altenburg sei noch nicht getroffen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich stelle die Beantwortung fest und rufe auf die Frage des Abgeordneten Ramelow in der Drucksache 3/1393.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Notwendigkeit der Neuregelung von Arbeitszeiten für Bereitschaftsdienste

Der EuGH hat in einem Urteil vom 3. Oktober 2000 zu wöchentlichen Höchst-arbeitszeiten entschieden. Danach werden Regelungen der Arbeitszeit bei Bereitschaftsdiensten, u.a. in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Feuerwehren und Rettungsdiensten, unumgänglich.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Berufszweige sind von diesem Urteil hinsichtlich der Festlegungen zur wöchentlichen Höchst-arbeitszeit betroffen?

2. Welche Auswirkungen wird die Umsetzung dieser Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auf die Neuregelung von Bereitschaftsdiensten für kommunale sowie landesrechtlich festgelegte Bereitschaftsdienste haben?

3. Welchen Bedarf für zusätzliche Beschäftigung wird es in Thüringen nach dieser Entscheidung geben?

4. Hält die Landesregierung die qualifizierte Besetzung der notwendig werdenden zusätzlichen Stellen unter Beachtung von Altersstrukturen und Bildungsabschlüssen für möglich, und wenn ja, zulasten welches bisherigen Einsatzes der benötigten Arbeitskräfte?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das europäische Gerichtshofurteil betrifft spanische Ärzte von Teams zur medizinischen Grundversorgung. Die Rechtswirkung des Urteils beschränkt sich, so wie bei allen Urteilen des EuGH, in Vorabentscheidungsverfahren auf die Parteien des Ausgangsverfahrens, also die betroffenen Ärzteteams und die regionale Gesundheitsverwaltung der Provinz Valencia.

Zu Frage 2: Zurzeit keine, denn eine unmittelbare Wirkung der Entscheidung auf die Auslegung des deutschen Rechts durch die Verwaltung, die Tarif-, die Betriebs- und Arbeitsvertragsparteien ergibt sich nicht.

Zu Fragen 3 und 4: In welchem Umfang die Entscheidung des Urteils über den Ausgangsfall hinaus auch für Deutschland Bedeutung haben kann und im nationalen Recht Veränderungen nach sich ziehen könnte, ist aus Thüringer Sicht nicht zu beantworten. Hier steht die Bundesregierung mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedsländern im Dialog. Alles Weitere wäre Spekulation.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich stelle die Beantwortung fest und rufe auf die Frage in der Drucksache 3/1394 des Abgeordneten Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Welches Verhältnis hat der Ministerpräsident Vogel zur Gewalt?

In einer Antwort des Thüringer Ministerpräsidenten in der "Welt am Sonntag" zitiert das Blatt den Ministerpräsidenten auf die Frage: "Wo haben Sie in jungen Jahren schon ein-

mal hingelängt?", wie folgt: "Wie wohl jeder habe ich als Jugendlicher gelegentlich hingelängt. Zugelängt habe ich auch bei der Bekämpfung linksradikaler Spinner unter meinen Kommilitonen und Professoren an der Uni Heidelberg ..."

Im umgangssprachlichen Stil werden Begriffe wie "hingelängt" oder "zugelängt" als Akt der körperlichen Gewaltanwendung umschrieben. Unterstellt, dass die Antwort in der "Welt am Sonntag" korrekt wiedergegeben und von Bernhard Vogel autorisiert wurde, frage ich deshalb die Landesregierung:

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Nicht oft genug hingelängt.)

(Heiterkeit bei der CDU)

1. Trifft es zu, dass der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen in einem Interview, auf seine persönliche Vergangenheit hinweisend, ein gewisses ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt einräumt?

2. Ist in der Formulierung des Ministerpräsidenten, dass er als Jugendlicher und später als Student gelegentlich hingelängt und gegenüber von Professoren auch zugelängt habe, eine kontinuierliche und latente Gewaltbereitschaft zu erkennen?

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie vorhin bei den Ausführungen von Herrn Wunderlich auch so gelacht hätten, als es um unseren Außenminister ging. Ich finde Sie sehr janusköpfig.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir sind in der Fragestunde, erinnere ich, und Herr Abgeordneter Ramelow trägt jetzt seine Frage vor und wir hören dann die Antwort.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das war mir nicht bekannt.)

Abgeordneter Ramelow, PDS:

3. Sind der Landesregierung Opfer bekannt und haben sich nach diesem Outing Opfer Hilfe suchend an die Landesregierung gewendet?

(Zwischenruf Abt. Jaschke, CDU: Das tut weh.)

Ja, Herr Jaschke, das tut wirklich weh. Sie tun ganz besonders weh.

4. Hält die Landesregierung den Einsatz körperlicher Gewalt in der Privatsphäre für eine adäquate Ausdrucksform und wie bewertet die Landesregierung die Vorbildfunktion bei solchen, nicht einmal mit Bedauern versehenen Formulierungen gegenüber Schülerinnen und Schülern bzw. Studentinnen und Studenten im Freistaat Thüringen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung beantwortet die Anfrage Minister Gnauck.

Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fragen des Abgeordneten Ramelow beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Es trifft nicht zu, dass der Ministerpräsident ein "gewisses ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt" eingeräumt hat. Die Frage des Abgeordneten Ramelow bestätigt allerdings den Eindruck der Landesregierung, dass sich Sozialisten nicht zuletzt durch Humorlosigkeit auszeichnen.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Es kann doch nicht jeder so ein Scherzkeks sein wie Sie.)

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Zu Frage 2: Die Frage beweist, dass der Fragesteller nicht nur humor-, sondern auch phantasielos ist. Sonst würde er zumindest ahnen, was der Ministerpräsident mit "hingelangt" gemeint hat. Die Landesregierung muss aufgrund der Frage annehmen, dass der Fragesteller eine sehr freudlose Jugend gehabt hat.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich bin gern dazu bereit, ihm privatissime zu erläutern, was er verpasst hat. Im Übrigen sollte jemand, der selbst regelmäßig "zulangt", wissen, dass man dies auch ohne Einsatz körperlicher Gewalt tun kann.

(Beifall bei der CDU)

Zu Frage 3: Bislang nicht. Wir werden den Fragesteller informieren, wenn sich jemand meldet.

Zu Frage 4: Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden im Freistaat Thüringen besser als der Fragesteller verstanden haben, was der Ministerpräsident gesagt hat, denn sie besitzen sehr wahrscheinlich mehr Humor und mehr Phantasie.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine Nachfragen. Ich stelle die Beantwortung fest und rufe auf die Frage der Frau Abgeordneten Dr. Klaus in der Drucksache 3/1396.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Also, keine Angst, der Minister braucht jetzt von mir aus nicht zu dichten.

"BSE-Forschung in Thüringen"

Die Landesregierung will 250.000 Deutsche Mark für BSE-Forschung in Thüringen zur Verfügung stellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung schon konkrete Forschungsvorhaben zum Thema "BSE" in Thüringen bekannt?
2. Gibt es einen Überblick über Thüringer Forschungseinrichtungen, die potenziell in der Lage wären, einen Beitrag zur BSE-Forschung zu leisten, da dafür ja sehr hohe Sicherheitsanforderungen bestehen?
3. Sind der Landesregierung Anträge von Thüringer Forschungseinrichtungen an die Bundesregierung zum Thema BSE bekannt?
4. Wäre die Landesregierung prinzipiell bereit, diese Mittel auch für länderübergreifende Forschungsprojekte zur Verfügung zu stellen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Abgeordnete Dr. Klaus, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung: Die Thüringer Landesregierung hat durch Minister Dr. Sklenar und Minister Dr. Pietzsch vor kurzem ein umfangreiches Programm zur Bewältigung der BSE-Folgen in Thüringen der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Land stellt im Rahmen eines Sofortprogramms 21 Mio. DM bereit und wird bis zum Jahr 2010 weitere 148 Mio. DM vor allem für Agrarumweltmaßnahmen zur Verfügung stellen. Im Rahmen dieses Handlungskonzepts spielt die Forschung eine wichtige Rolle. Hierbei gibt es europaweit einen großen Nachholbedarf. Vor allem fehlt eine schnelle Untersuchungsmethode für BSE-Tests am lebenden Tier. Ebenso sind die Übertragungswege von Tier zu Tier, Tier zu Mensch und von Tiermehl oder Milchaustauscher zum Tier weitestgehend unbekannt. Es muss bundesweit ein Forschungs-

und Informationsverbund mit internationaler Anbindung organisiert werden, um alle Kräfte zu bündeln, Wissenslücken sicher zu schließen, Doppelarbeit zu vermeiden und zu schnellen Ergebnissen zu kommen. Leider ist eine entsprechende Initiative der Thüringer Landesregierung im Bundesrat vom 16. Februar 2001 mit der knappen Mehrheit von nur einer Stimme abgelehnt worden. Thüringen wird sich an den Kosten vor allem von Forschungsprojekten in Thüringen beteiligen. Die Mittelbereitstellung dafür beläuft sich auf rund 250.000 DM in 2001 und 2002.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ja. Am Forschungszentrum für Medizintechnik und Biotechnologie e.V. Bad Langensalza wird ein Forschungsprojekt zum Thema "Sensitives Nachweisverfahren zur Deduktion von Prionenproteinen" bearbeitet.

Zu Frage 2: Der Fachbereich bakterielle Tierseuchen und Bekämpfung von Zoonosen des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin in Jena beabsichtigt die Bearbeitung folgender Themen: 1. Molekulare Untersuchungen an Prionen. 2. Vorkommen transmissibler degenerativer Enzephalopathie bei Lebensmitteln liefernden Tieren. Am Klinikum der Friedrich-Schiller-Universität Jena, dem Hans-Knoll-Institut für Naturstoffforschung Jena und dem Institut für molekulare Biotechnologie Jena sind Kompetenzen vorhanden, aufgrund derer eine Mitwirkung in der BSE-Forschung prinzipiell möglich wäre.

Zu Frage 3: Nein.

Zu Frage 4: Wenn die Projekte in Thüringen durchgeführt werden - ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Dann stelle ich die Beantwortung fest und rufe die Frage der Frau Abgeordneten Dr. Kraushaar in der Drucksache 3/1398 auf.

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Impfschutz in Thüringen

Seit 1997 findet jährlich der Jenaer Impftag statt. Wissenschaftler der verschiedensten Fachdisziplinen legen die neuesten Erkenntnisse zur Impfproblematik dar und geben den in der Praxis tätigen Impfpärzten gleichzeitig Gelegenheit zur Diskussion.

Immer wieder wird auf die Bedeutung der frühzeitigen Grundimmunisierung (Säuglings- und Kleinkindalter) und die Notwendigkeit der Auffrischungsimpfungen (im Wesentlichen im Schulalter) hingewiesen. Der Impfschutz verliert seine Wirkungen bereits acht Wochen nach der Geburt, bei einigen Erkrankungen wie Keuchhusten und eit-

rige Hirnhautentzündung gibt es gar keine Leihimmunität von der Mutter. Durch die Verwendung von neuen Kombinationsimpfstoffen (gegen Diphtherie, Pertissis, Tetanus, Poliomyelitis, Meningitis und Hepatitis B - der so genannten Sechsfachimpfung) kann schon frühzeitig mit den Impfungen begonnen werden.

In der BRD gibt es etwa zwei bis drei Prozent Impfgegner. Impfungen sind bei uns freiwillig und somit das "Durchimpfen" ganzer Kindergärten und Schulen wie in der ehemaligen DDR nicht mehr möglich. Damit steigt die Verantwortung der Ärzte, die Eltern von der Notwendigkeit der Impfungen zu überzeugen. Andererseits müssen auch die Eltern an Impftermine denken und diese wahrnehmen. Die größten Lücken bestehen bei den Auffrischungsimpfungen im Schulalter.

Die Aktivitäten der Landesregierung bezüglich der verbesserten Organisation und Motivation wurden bereits in Antworten auf frühere Anfragen dargelegt.

Ich frage jetzt die Landesregierung:

1. Sollte nicht die Aufklärung über Wesen der Impfungen, Notwendigkeit der Impfungen allgemein und die große Bedeutung der Wiederholungsimpfungen in den Schulen aktiviert werden, und zwar im Schulunterricht und in den Elternversammlungen?

2. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, diese Problematik in den Stoff des Biologie- bzw. Sozialkundeunterrichts der oberen Klassen einfließen zu lassen?

3. Könnte sich die Landesregierung vorstellen (ähnlich dem Rechtskundeunterricht entsprechend einer Vereinbarung des Kultus- und Justizministeriums), eine Vereinbarung zwischen Kultus- und Gesundheitsministerium zu treffen, um den Impfschutz zu verbessern?

4. Hält es die Landesregierung für notwendig, dass dazu Ärzte des öffentlichen Gesundheitswesens im Unterricht sprechen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet der Kultusminister.

Dr. Krapp, Kultusminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kraushaar beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Die Thüringer Schule stellt sich bereits der Aufgabe, über den Impfschutz als einer der wichtigsten und wirksamsten präventiven Maßnahmen zu informieren. Die Thematik wird in den entsprechenden Lehrplänen für die Fächer der Studentafel berücksichtigt und in

den Empfehlungen für das fächerübergreifende Thema "Gesundheitserziehung an Thüringer Schulen" aufgegriffen. Ebenso werden entsprechend thematische Projekte unterstützt. Die Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, ob über Elternversammlungen oder entsprechende fakultative Veranstaltungsangebote, ist empfehlenswert.

Zu Frage 2: Das Thema Impfschutz ist bereits in den Lehrplänen unterschiedlicher Fächer der Studentafel, dabei insbesondere in Biologie, verankert und wird darüber hinaus fächerübergreifend im Rahmen der schulischen Gesundheitserziehung behandelt. Entsprechende Themen wie Verhinderung von Infektionskrankheiten, aktive und passive Immunisierung oder persönliche und soziale Verantwortung für die Gesundheit sind in den Klassenstufen 7 bis 10 an Regelschulen und Gymnasien vorgesehen.

Frage 3 und 4 möchte ich gemeinsam beantworten: Das Kultusministerium und das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit arbeiten auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung eng zusammen in einer unter dem Dach der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Thüringen e.V., kurz AGETHUR agierenden Landeskoordinierungsgruppe. Es sind neben den beiden Ministerien u.a. auch die Landesärztekammer, Krankenkassen, Gesundheitsämter und die Arbeitsgruppe "Jugendärzte" der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst vertreten. Fragen des Impfschutzes und einer Ausweitung der Unterstützung der Schulen durch Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, aber auch durch niedergelassene Ärzte und andere Angehörige der Heilberufe können in diesem Rahmen beraten werden. Die fachliche und aktuelle Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch qualifizierte außerschulische Partner wird ausdrücklich begrüßt.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage.

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Was Sie gesagt haben, wäre eigentlich toll, wenn das so laufen würde. Meine Frage: Wie erklären Sie sich dann, dass 85 Prozent aller 6- bis 18-Jährigen z.B. nicht gegen Keuchhusten geimpft sind?

Dr. Krapp, Kultusminister:

Ich werde dieser Zahl nachgehen und werde Ihnen, wenn Sie erlauben, schriftliche Antwort geben.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Und auch diese Antwort müsste dann an alle Abgeordneten verteilt werden. Frau Abgeordnete Nitzpon:

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt diese Frage und die Antwort im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit weiterzuberaten.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer der Fortberatung im Ausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Dann scheint es gar keine Gegenstimmen zu geben. Demzufolge wird fortberaten zu dieser Anfrage und ich rufe als Nächstes die Anfrage in der Drucksache 3/1399 von Frau Abgeordneten Dr. Kraushaar auf.

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Abrechnungen von Impfungen

Eine frühzeitige Grundimmunisierung und die Notwendigkeit von Auffrischungsimpfungen sind von immenser Bedeutung.

Die Impfkzeptanz hat sich deutlich verbessert, weil infolge der Verwendung von Kombinationsimpfstoffen die Impftermine erheblich weniger geworden sind. Jedoch hat sich der Zeitaufwand für die Impfäherzte bezüglich der Beratung und der umfassenderen Untersuchung des Impfings vergrößert. Dieser Zeitaufwand findet aber bei der Abrechnung von Impfungen nicht in gebührendem Maße Berücksichtigung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es richtig, dass die Abrechnungen der Impfungen nicht in das übliche Ärztebudget fallen und immer noch auf der Basis der Einfachimpfstoffe erfolgen?

2. Ist der Landesregierung bekannt, welchen Stellenwert Kombinationsimpfungen mit erhöhtem Zeitaufwand für den Impfäherzt im Abrechnungsverfahren für Ärzte einnehmen?

3. Welchen Einfluss kann die Landesregierung in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen nehmen, um diese Punktzahl zu erhöhen und somit auch einen Anreiz für Impfäherzte zu schaffen?

4. Wenn es bereits Verhandlungen geben sollte, inwieweit werden diese zu einer positiven Veränderung führen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet der Staatssekretär.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Kraushaar beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, vom Arzt verordnete Impfstoffe werden weder beim Arzneimittelbudget noch bei der Richtgrößenprüfung eingerechnet. Es ist zutreffend, dass die ärztliche Leistung im Rahmen der Verabreichung eines Einfachimpfstoffs und eines Mehrfachimpfstoffs gleich vergütet wird. Auch die Applikation eines Mehrfachimpfstoffs gilt als eine Leistung. Die Bewertung der ersten Impfleistung erfolgt mit 130 Punkten, für jede weitere Impfleistung werden 65 Punkte vergeben.

Zu Frage 2: Es steht außer Frage, dass die Durchführung von Kombinationsimpfungen patientenfreundlich und kostengünstig ist. Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen hat daher den Versuch unternommen, in den Vertragsverhandlungen eine Neuregelung der Abrechnung der Kombinationsimpfungen herbeizuführen. Es wurde vorgeschlagen, die Einfachimpfung mit einem Basisbetrag und jede weitere Komponente mit einem Zuschlag zu vergüten. Dieser Vorschlag wurde von der AOK und den Ersatzkassen abgelehnt. Bei der IKK und der BKK erfolgt zum jetzigen Zeitpunkt noch eine Prüfung dieses Vorschlags.

Zu Frage 3: Die Verbände der Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung vereinbaren im Rahmen eines Gesamtvertrags die Höhe der Gesamtvergütungen für alle vertragsärztlichen Leistungen. Sowohl der Gesamtvertrag Primärkassen als auch der Gesamtvertrag Ersatzkassen in den derzeit gültigen Fassungen beinhalten eine Impfvereinbarung, welche eine Vergütung auf der Basis des Einfachimpfstoffes vorsehen. Diese Vertragshoheit hat der Gesetzgeber den Spitzenverbänden der Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen auch auf Landesebene als eigenverantwortliche Aufgabe zugewiesen. Wie bereits ausgeführt, sind einzelne Krankenkassen derzeit noch in Verhandlung. Solange diese laufen, ist ein Eingreifen der Landesregierung nicht angezeigt.

Zu Frage 4: In den Antworten auf die Fragen 1 bis 3 habe ich ausgeführt, dass die Verhandlungen zum Teil noch laufen. Eine abschließende Beantwortung ist daher derzeit nicht möglich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Kraushaar, Sie haben eine Nachfrage?

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Im Namen der CDU-Fraktion bitte ich um Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Darüber stimmen wir ab, vorausgesetzt, es gibt aus der Mitte des Hauses keine Nachfragen. Das ist nicht der Fall. Wir können abstimmen. Wer der Fortberatung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Da dürfte es keine Gegenstimmen geben. Es wird fortberaten.

Ich rufe als Letztes in der Fragestunde die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Sedlacik in der Drucksache 3/1400 auf.

Abgeordnete Sedlacik, PDS:

Entwurf der Bundesregierung für ein Mietrechtsreformgesetz

Im Bundestag liegt derzeit ein Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Neugliederung, Vereinfachung und Reform des Mietrechts (Mietrechtsreformgesetz) zur Beratung vor. Der Bundesrat hat in seiner 755. Sitzung am 20. Oktober 2000 hierzu eine Stellungnahme beschlossen. Es ist davon auszugehen, dass an der Erarbeitung dieser Stellungnahme auch die Thüringer Landesregierung beteiligt war. Zwischen der Bundesregierung und dem Bundesrat gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Zustimmungspflicht des Bundesrats zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Landesregierung für eine Zustimmungspflicht des Bundesrates zum Mietrechtsreformgesetz?

2. Welche wesentlichen Auswirkungen sind - mit Blick auf eine von der Bundesregierung beabsichtigte Vereinfachung, Neugliederung und inhaltliche Modernisierung des Mietrechts - aus dem Gesetz für Vermieter und Mieter in Thüringen zu erwarten?

3. Welche finanziellen Auswirkungen erwartet die Landesregierung für die Thüringer Gemeinden durch die Einführung des qualifizierten Mietspiegels?

4. Wie bewertet die Landesregierung die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen zur Neugestaltung der Kündigungsfristen unter Beachtung der dadurch möglichen Auswirkungen für den Thüringer Wohnungsmarkt?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet der Justizminister.

Dr. Birkmann, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Sedlacik beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Der Gesetzentwurf weitet die Aufgaben der Gemeinden erheblich aus. Zwar werden die Gemeinden zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels nicht verpflichtet, doch wird in der praktischen Umsetzung dieser Vorschriften faktisch ein solcher normativer Druck auf die Gemeinden ausgeübt, der sie zur Erstellung von Mietspiegeln zwingen wird. Da somit Regelungen über die Einrichtung,

die Zuständigkeit und das Verwaltungsverfahren getroffen werden, ist das Gesetz aus Sicht der Landesregierung nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig.

Zu Frage 2: Im Rahmen einer Mündlichen Anfrage lassen sich die Schwerpunkte nur stichwortartig beschreiben. Insgesamt werden durch den Gesetzentwurf wirtschaftspolitische und wohnungswirtschaftliche Belange nicht hinreichend berücksichtigt:

a) So ist es angesichts der dringend gebotenen privaten Investitionen auf dem Wohnungssektor kontraproduktiv, die Möglichkeit einer Verwertungskündigung nach § 573 Abs. 2 Nr. 3 des Entwurfs auf das Altbundesgebiet zu beschränken.

b) Als investitionsfeindlich stuft die Landesregierung die Senkungen der Kappungsgrenze auf 20 Prozent ein.

c) Durch die Beibehaltung der Modernisierungumlage von 11 Prozent wird den Rentabilitätszielen der Wohnungswirtschaft und Vermieter Rechnung getragen.

d) Gegen das Eintrittsrecht in das Mietverhältnis für Personen, die mit dem verstorbenen Mieter einen gemeinsamen Haushalt führen, also Lebenspartner, bestehen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken im Hinblick auf den gebotenen besonderen Schutz von Ehe und Familie und die unzulässige Einschränkung der Verfügungsbefugnis der Vermieter über ihr Eigentum.

e) Durch die asymmetrischen Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter wird einseitig den Mieterinteressen entsprochen, ohne dass dies aus Gesichtspunkten des Mieterschutzes oder der Situation am Wohnungsmarkt zwingend geboten wäre.

Die Landesregierung hat sich stets für ein ausgewogenes Verhältnis von Mieter- und Vermieterrechten eingesetzt. Der Gesetzentwurf erfüllt in seiner jetzigen Form diese Forderung nicht.

Zu Frage 3: Wie bereits ausgeführt wurde, werden die Gemeinden zwar in rechtlicher Sicht nicht, wohl aber faktisch zur Erstellung von Mietspiegeln gezwungen. Dies hat zwangsläufig auch finanzielle Auswirkungen zur Folge. Nähere Aussagen hierzu lassen sich zum derzeitigen Zeitpunkt der Höhe nach nicht treffen.

Zu Frage 4: Durch die verkürzten Kündigungsfristen für den Mieter könnten die ohnehin schon erheblichen Leerstände und Mietausfälle verstärkt werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Gibt es jetzt eine Nachfrage? Es gibt keine Nachfragen. Frau Abgeordnete Nitzpon.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die weitere Beratung der Frage und Antwort im Justizausschuss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Darüber stimmen wir ab. Wer der Fortberatung im Justizausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Das Quorum ist damit erreicht, die Fortberatung findet statt.

Ich schließe die Fragestunde als Tagesordnungspunkt 11 und komme zur **Fortberatung des Tagesordnungspunkts 8**, Einführung betriebswirtschaftlich kalkulierter Leistungsvergütung für niedergelassene Ärzte. Dort war als nächste Rednerin auf der Liste Frau Abgeordnete Dr. Fischer, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Vopel, ich denke, es wird Sie nicht verwundern, dass die PDS so einen Antrag eingebracht hat zu diesem Zeitpunkt, denn wir haben das ja voriges Jahr versprochen anhand der Diskussion zum Psychotherapeutengesetz. Wir haben auch damals schon Vorschläge für die Ärzteschaft gemacht und wir haben auch damals versichert, dass wir uns genau um diese Probleme weiter kümmern werden. In Vorbereitung dieses Antrags haben wir überlegt: Was wird denn im Plenum mit diesem Antrag passieren; was wird man uns denn vorschmeißen an dieser Stelle? Ich denke, es ist schon für mich, ich habe das sehr aufmerksam verfolgt, verwunderlich, dass es diese Vorwürfe nicht gab. Ich bin darüber sehr froh, denn es wäre ein sehr widersprüchlicher Vorwurf möglich gewesen, der erste: PDS als Anwalt der Freiberufler, der zweite: Einführung zurück zum Sozialismus. Da wird ja der Widerspruch an sich deutlich. Herr Minister, wir sind doch sicher einer Meinung, dass es natürlich im Gesundheitswesen echter Strukturreformen bedarf, aber dennoch gleichzeitig auch aktueller Schritte, Frau Vopel, das machen Sie doch nicht anders, um auch punktuell zu einer Entspannung beizutragen. Mich hat es schon ein bisschen verwundert, dass bestimmte Diskussionsschienen, die im Moment auch laufen in der Richtung, nicht ganz so deutlich hier wurden.

Frau Vopel und auch Herr Minister, der Begriff echte Strukturreform ist natürlich für mich genauso schwammig. Auch den muss man natürlich untersetzen. Das bleibt solange diffus, wie man es nicht erklärt. Ich glaube, da würden dann unsere Wege tatsächlich auseinander gehen, denn ich kenne die Vorschläge, auch die neueren, von Herrn Seehofer sehr wohl. Aber ich muss natürlich auch sagen, dass mich die letzten 11 Jahre Politik belehrt haben, dass man auf Strukturreformen in der Form, was Systemänderungen usw. anbelangt, man ja in der Regel sehr, sehr lange warten muss und dass es deshalb natürlich auch solcher Schritte bedarf. Ich bin sehr froh, dass sich Thüringen im

vorigen Jahr zu der Bundesratsinitiative entschlossen hat, auch wenn es ausgegangen ist, wie es ausgegangen ist. Ich glaube dennoch, dass es sinnvoll gewesen ist.

(Beifall Abg. Nitzpon, PDS)

Meine Damen und Herren, "Honorarverluste in Thüringen für fast alle Ärzte", diese Überschriften sind ja wohl bekannt, so die erste Zeitschrift am 13. März dieses Jahres, "In der letzten Märzwoche im Freistaat Ärzteproteste", auch das, denke ich, ist allen hier bekannt, das hat nicht nur die "Ostthüringer Zeitung" berichtet. Wir mögen ja dazu stehen, wie wir wollen, aber die PDS denkt, dass wir uns auseinander setzen müssen mit dieser Thematik, und dass wir überlegen müssen, ob es denn tatsächlich Möglichkeiten, auch kurzfristige, gibt, um Problemlösungen mit herbeizuführen. Ich denke, da ist es einfach notwendig, weil mir immer wieder auffällt, dass es da doch sehr große Unsicherheiten, das kann ich gut verstehen, gibt, denke ich, möchte ich an dieser Stelle noch an ein paar Dinge erinnern und dann auch deutlich machen, worum es uns im Moment tatsächlich geht.

Wie wir alle wissen, die ambulante medizinische Versorgung in Thüringen ist gekennzeichnet durch die Tätigkeit der niedergelassenen Ärzte, der Kassenärzte. So ist das. Über 3.000 Ärztinnen und Ärzte sind in freier Praxis tätig und ihre Zulassung erfolgt durch die Kassenärztliche Vereinigung in Thüringen. Die KV ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und die rechtliche Aufsicht obliegt dem zuständigen Fachministerium. Das wissen wir. Grundsätze der kassenärztlichen Tätigkeit sind die Freiberuflichkeit, die Vertragsfreiheit sowie die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung. Herzstück der KV ist der Sicherstellungsauftrag, der ihr allerdings auch die Friedenspflicht auferlegt. Also auch darüber haben wir mit großem Ärger ja auch Veröffentlichungen gemacht. Wie sie aufgefasst worden sind, haben wir deutlich gehört.

Mit der Gesundheitsreform 2000 wurde dann die Beitragsstabilität als absolutes prioritäres Ziel festgelegt. Als bekannt setzen wir voraus, dass alle wissen, dass die gesetzliche Krankenversicherung vor allem an Einnahmeproblemen leidet und der Staat sich außerdem auf Kosten des Sozialsystems saniert. Das wundert mich, dass das hier in keiner Weise zum Ausdruck gekommen ist. Denn so wurden in den letzten Jahren 50 Mrd. DM dem System entzogen. Dadurch wird die Problematik zusätzlich verstärkt und außerdem ein enormer Kostendruck im System insgesamt wirksam. Auswirkungen, wie gesagt, haben wir alle schon gespürt. Die letzten Ärztestreiks mit Verunsicherung von Patientinnen und Patienten sind allen sicher gut in Erinnerung und werden uns wieder in Erinnerung gebracht. Und eben darum geht es uns auch, vor allem Auswirkungen sind u.a. nicht nur eine tiefe Verunsicherung der betroffenen Ärztinnen und Ärzte, sondern auch ihrer Patienten, und unter Umständen eine schlechtere Versorgung, vor allem Schwerstkranker.

Innerhalb der Kassenärztlichen Vereinigung wirken diese Spannungen vor allem auf Facharztgruppen. Es wird allen hier im Landtag bekannt sein, zumindest denjenigen, die im Petitionsausschuss sitzen, dass es zahlreiche Petitionen gibt, die vor allem den Punktwerteverfall gegenwärtig der Gynäkologen, der Dermatologen, der Nervenärzte, der ambulant operierenden Chirurgen betreffen. Wir haben die Nervenärzte auch hier gehabt, wir haben mit ihnen geredet. Es gibt nicht allzu viele in Thüringen, da ist eine gewisse Unterversorgung da. Ausgerechnet diese Ärzte haben 23 Prozent Verluste. Das kann man überall nachlesen.

Meine Damen und Herren, die Vergütung der Ärzte erfolgt auf der Grundlage eines einheitlichen Bewertungsmaßstabs, dem IBM, dem für eine bestimmte Leistung eine bestimmte Anzahl von Punkten zugrunde gelegt wird. Der IBM bestimmt den Inhalt der abrechnungsfähigen Leistungen und ist Bestandteil des Bundesmantelvertrages. Wird also die gleiche Leistung häufig erbracht oder nachgefragt, kommt es zu so genannten Mengenausdehnungen, der Punktwert verfällt. Das bedeutet, auch wenn ein Arzt mehr Patientinnen und Patienten versorgt, ist das nicht mit mehr Honorar verbunden. Ich denke, das muss man auch mal so ganz öffentlich sagen, dass dort Mehrarbeit nicht mit mehr Geld verbunden ist.

Neben dem IBM gibt es dann noch den Honorarverteilungsmaßstab, den HVM. Der HVM wird von der KV festgelegt. Sie verteilt die Gesamtvergütung getrennt für die Bereiche der haus- und fachärztlichen Versorgung. Der HVM hat Art und Umfang der Leistung über das ganze Jahr sicherzustellen, eine Ausdehnung der Tätigkeit des Vertragsarztes zu verhindern.

Meine Damen und Herren, bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen muss natürlich der Grundsatz der Selbstverwaltung in den verschiedenen Rechtsbereichen des Gesundheitswesens berücksichtigt werden, so gerade im Bereich des Rechts der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung. Allerdings ergibt sich aus dem Recht auf Berufsausübung Artikel 12 Grundgesetz, dem Sozialstaatsprinzip Artikel 20 Grundgesetz und dem Gleichheitsgebot Artikel 3 Grundgesetz für den Staat die Verpflichtung, die Rahmenbedingungen des SGB V und die es untersetzenden verbindlichen Regelungen so auszugestalten, dass eine existenzsichernde Berufsausübung der niedergelassenen Ärzte gewährleistet wird. Das ist eine entscheidende Grundlage für ein sicheres stabiles Arzt-Patient-Verhältnis, das heißt, dass die Patienten wegen der bei Ärzten herrschenden Verunsicherung in ihrem Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung unmittelbar betroffen sind. Das darf man nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren, die Zunahme des Alters der Bevölkerung und die damit verbundene Steigerung der Mobilität im höheren Lebensalter und auch der wissenschaftliche Fortschritt in der Medizin erfordert, eine ständige Anpassung und angemessene Finanzausstattung der Leistungserbringer. Wir meinen, solange die Finanzierung

der ambulanten Gesundheitsversorgung an die Entwicklung der Grundlohnsumme gekoppelt ist und die Finanzausstattung der Krankenkasse durch die von mir bereits erwähnten ständigen Eingriffe des Staates infolge Umverteilung reduziert wird, wird gleichzeitig einer qualitativ hoch stehenden Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sukzessive die finanzielle Basis mit entzogen.

Rationierungen könnten eine Folge sein. Ich sage nicht sind, sondern könnten. Deshalb heute und hier unser Antrag, die Einführung einer betriebswirtschaftlich kalkulierten Leistungsvergütung zu befördern, um solche Entwicklungen zu verhindern. Das heißt insbesondere, dass das SGB V, aber natürlich nicht nur das, auf der Tagesordnung steht und das ist kein leichter, sondern ein langer, komplizierter Weg, der aber wohl im Sinne des Patienten als auch der Ärzte gegangen werden muss.

Ein weiteres Hinauszögern von Reformen, das Gegeneinanderausspielen von Fachgruppen wird uns mit Sicherheit nicht weiterführen. Die Schweiz hat mit dem neuen Honorarsystem damit nach mehr als zehnjähriger Vorbereitungszeit seit einigen Monaten ein Honorarsystem vorgelegt, bei dem ärztliche und technische Leistungen abgerechnet werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, gestatten sie eine Zwischenfrage?

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Am Schluss Frau Vopel, ja?

(Zuruf Abg. Vopel, CDU: Ich warte.)

Auch diese Erkenntnisse und Erfahrungen könnten der Selbstverwaltung hier in Deutschland durchaus nützlich sein, um mit den Berufsverbänden ein ähnlich strukturiertes Entgeltsystem auf den Weg zu bringen.

Um das Arzt-Patient-Verhältnis nicht einer Dauerbelastung erneut auszusetzen, sollte auch eine Splittung des GKV-Katalogs in Pflicht- und Barleistung - und da unterscheiden wir uns ja sicherlich - in Erwägung gezogen werden. Die Folgen einer Amerikanisierung des Systems sind bekannt, werden in der Fachpresse erneut diskutiert und sollten in Deutschland vermieden werden.

Meine Damen und Herren, uns allen liegt eine gute ambulante ärztliche Versorgung sicher am Herzen, davon bin ich überzeugt. Und deshalb heute dieser Antrag, weil bekannt ist, und nicht nur mir natürlich, dass die Dauerbaustelle EBM endlich gründlich beraumt werden muss und die komische Karriere der 1997 eingeführten Praxisbudgets beendet sein sollte.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, Sie können Ihre Frage stellen.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Dr. Fischer, geben Sie mir Recht, dass es nun Zeit wird, dass sich die Bundesregierung einmal erklärt, welche Art von Gesundheitsreform sie will? Ich gehe davon aus, auch Sie lesen das Deutsche Ärzteblatt und das, was kürzlich stand, was in der Schublade liegt. Meinen Sie nicht auch, dass es an der Zeit ist, dass man sich einmal erklärt, was es geben soll? Sind Sie auch der Meinung, dass das erst einmal die Basis wäre, um weiter darüber zu diskutieren?

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Frau Vopel, ich denke da ähnlich wie der Minister. Ich denke, man sollte sich zusammen an einen Tisch setzen und alle Konzepte hervorholen. Man sollte dann versuchen, einen Kompromiss zu finden, der alle Seiten, der aber natürlich das System dann vollständig ändern würde, dann inklusive beinhaltet, denn ansonsten wird es stets und ständig Stückwerk bleiben, so, wie wir es letztlich erlebt haben. Kostendämpfungsgesetze sind ja der CDU auch bekannt, auch das ist natürlich nicht ausreichend. Deswegen, denke ich, alle sollten ihre Konzepte auf den Tisch legen.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Das haben wir aus den Fehlern gelernt. Man macht nicht zweimal den gleichen Fehler.)

Es sollte an einem erweiterten runden Tisch darüber geredet werden, um endlich einmal Ruhe in diese ganze Situation zu bringen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Redewünsche mehr vor. Ich hoffe, dass ich es nicht verpasst habe, es ist auch keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Herr Minister, ich sehe die Frau parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Fraktion nicht. Frau Abgeordnete Nitzpon.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ja, dann stimmen wir über diesen Überweisungsantrag an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit ab. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Da möchten wir einmal zählen. Danke

schön. Gegenstimmen? Die bitte ich auch zu zählen. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? Bei 14 Jastimmen, 29 Neinstimmen und 6 Enthaltungen ist der Antrag auf Ausschussüberweisung abgelehnt.

Damit stimmen wir über den Antrag ab. Wer dem Antrag in der Drucksachennummer 3/1407 der PDS-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke schön. Stimmenthaltungen? Bei einigen Stimmenthaltungen und einer Mehrheit von Neinstimmen ist dieser Antrag abgelehnt. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8.

Ich komme zum Aufruf des neuen **Tagesordnungspunkts 8 a**

4. Thüringer Landespflegeplan

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/1416 -

Die Landesregierung hat angekündigt, von der Möglichkeit des Sofortberichts Gebrauch zu machen. Minister Dr. Pietzsch wird diesen Bericht jetzt geben.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, als jüngste Säule unserer sozialen Sicherung gewinnt die Pflegeversicherung, wie wir alle wissen, zunehmend an Bedeutung. Bundesweit und so auch in Thüringen ist die Bevölkerungsentwicklung von einem Rückgang der Einwohnerzahl und einer zunehmenden Überalterung oder Zunahme der älteren Bürger geprägt. Zurzeit leben ca. 400.000 Menschen in Thüringen, die älter als 65 Jahre sind und ein Drittel davon sogar älter als 75 Jahre. Nach der vom Thüringer Landesamt für Statistik erarbeiteten neuen Bevölkerungsvorausberechnung wird bis 2050 der Seniorenanteil der Bevölkerung von heute 15,8 Prozent auf dann voraussichtlich 33,4 Prozent ansteigen, das heißt sich mehr als verdoppeln, wobei ich immer mit so langen Zeiträumen etwas vorsichtig bin, aber die Tendenz, denke ich, wird damit deutlich. Eine stetige Zunahme des Alters bedeutet natürlich auch eine Zunahme an pflegebedürftigen Menschen, die dabei nicht ausbleibt. Diese bundesweite Entwicklung wurde frühzeitig erkannt und ich darf sagen, dass es Minister Blüm zu verdanken ist, dass wir heute darauf gut vorbereitet sind.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein langer Weg gewesen, aber mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde langfristig nicht nur der Pflege- und Betreuungsaufwand der Bedürftigen berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, ich kann mich sehr eingehend noch an die Verhandlungen zur Pflegeversicherung erinnern. Es wurde nämlich damals auch mit großem finanziellen Aufwand sichergestellt, dass eine entsprechende

Pflegestruktur innerhalb der Länder zur Verfügung steht. Ich kann mich allerdings auch an damals erinnern, dass der Pflegeversicherung prognostiziert wurde, dass sie finanziell nicht solide durchgerechnet sei, unterdessen stellen wir fest, dass zwar auch die Pflegeversicherung voraussichtlich in den Jahren 2004/2005 in gewisse Probleme kommen könnte, dass aber mit der Pflegeversicherung zumindest so viel Geld in der Kasse ist, dass andere Versicherungszweige begehrlig auf die Pflegeversicherung bereits geschickt haben. Wie wichtig das gerade für die neuen Bundesländer war, dass diese Pflegeversicherung eingeführt wurde und dass finanzielle Mittel zur Sicherung der Pflegeversicherung bereitgestellt wurden, muss ich wohl nicht ausführlich darstellen.

Aber, meine Damen und Herren, ich darf dennoch auch an die Situation der Alten- und Pflegeheime erinnern, wie sie 1990 gewesen ist. Es bedarf keiner großartigen Leistung zu sagen, dass wir die Pflegestruktur in unserem Land heute nicht hätten, wenn nicht über die Pflegeversicherung wesentliche Geldmittel mit dem Sonderinvestitionsprogramm nach Artikel 52 zu uns geflossen wären. Es ist damals festgelegt worden, dass den neuen Ländern jährlich 800 Mio. DM zur Schaffung einer modernen und qualitativ hochwertigen Ausstattung im Bereich der stationären Pflege zur Verfügung stehen - 800 Mio. DM im Jahr.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Meine Damen und Herren, seit 1995 läuft dieses Programm und wird bis zum Jahr 2004 fortgesetzt. Die daraus resultierenden Bundesmittel belaufen sich insgesamt für Thüringen auf 1,038 Mrd. DM. Kofinanziert werden die Bundeszuschüsse von den Ländern und den Kommunen mit einem Mindestanteil von 20 Prozent. Vor In-Kraft-Treten des Sonderinvestitionsprogramms hat die Landesregierung über eine Drittelförderung gemeinsam mit Kommunen und Trägern sowie mit einer Kapitaldienstförderung versucht, bereits bessere Situationen im Bereich der Pflegeheime zu schaffen. Es sind auch einige Pflegeheime damals neu geschaffen worden, natürlich in einer Größenordnung, die gegenüber dem Zeitraum von 1995 bis heute bescheiden zu nennen ist. Auf diesem ehemaligen Drittelfinanzierungsweg konnten bis 1996 rund 1.800 Pflegeplätze modernisiert werden. Es ist dem Sonderinvestitionsprogramm zu verdanken, dass wir diese Zahl 1.800 in kürzester Zeit auf etwas über 7.000 modernisierte oder neu gebaute Dauerpflegeplätze und 500 Kurzzeit- und Tagespflegeplätze ausdehnen konnten. Aus dem Programm wurden bis zum heutigen Tag 5.230 Dauerpflegeplätze in 85 vollstationären Einrichtungen finanziert und in Betrieb genommen.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Dies geschah mit einem Finanzvolumen in Höhe von über 700 Mio. DM aus Bundes- und Landesmitteln. Weitere 32 Pflegeeinrichtungen mit insgesamt 2.569 Plätzen befinden sich bereits in der Baurealisierung und 20 weitere Projekte sind in der Vorbereitungsphase. Den zukünftigen

gen Gesamtbedarf an stationären Pflegeplätzen in den einzelnen Regionen Thüringens legt die Landesregierung in Abstimmung mit den Beteiligten, das heißt Kostenträgern, Leistungserbringern und Landkreisen, fest. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe des § 9 Elftes Buch Sozialgesetzbuch eine leistungsfähige, ausreichende und wirtschaftliche Versorgungsstruktur vorzuhalten. Dies geschieht aktuell mit dem 4. Thüringer Landespflegeplan, der nunmehr in der Entwurfsfassung vorliegt, noch nicht veröffentlicht, aber seine Veröffentlichung im Thüringer Staatsanzeiger ist in der nächsten Woche vorgesehen, so dass dieses eine Vorabinformation für die Abgeordneten ist.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Die Anhörung und Abstimmung mit den Landkreisen sowie den Landesverbänden der Pflegekassen ist bereits erfolgt, so dass der Veröffentlichung nichts im Wege steht. Der 4. Thüringer Landespflegeplan weist für Thüringen insgesamt 212 stationäre Pflegeeinrichtungen aus, davon 189 vollstationäre Dauereinrichtungen mit insgesamt 15.253 Pflegeplätzen. Daneben werden 483 Tagespflegeplätze und 57 Kurzzeitpflegeplätze vorzuhalten sein. Durch die ausführliche Bedarfsermittlung und regionale Gliederung wird der Landespflegeplan den entsprechenden Anforderungen des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz gerecht. Sie werden natürlich von mir nicht erwarten, auch wenn ich einen Bericht gebe, dass ich zu jedem einzelnen Kreis und zu jeder einzelnen Pflegeeinrichtung berichte. Wir werden bis zum Ablauf, und das ist der 4. Landespflegeplan, des Sonderinvestitionsprogramms nach Artikel 52 weitere 4.032 Pflegeplätze modernisieren oder neu bauen können. Das heißt dann endlich, ich habe so einige Zahlen genannt, die man nun mal zusammenfassen muss, dass mit Bewilligungsstand im Jahre 2004, wenn also das Programm ausläuft, rund 12.000 Pflegeplätze auf modernstem Stand sein werden. Ich denke, das ist eine fast nicht zu glaubende Leistung, in welchem Zeitraum diese Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen erreicht worden ist.

Bis zum Ende dieses Artikel-52-Programms werden rund 1,25 Mrd. DM Bundes- und Landesgelder aus dem Sonderinvestitionsprogramm in die stationäre Pflegestruktur geflossen sein. Wenn Sie die Zahlen vergleichen, die ich vorhin als Gesamtbestand genannt habe, und die Zahl, die wir bis 2004 modernisiert und erneuert haben werden, bleibt ein Sanierungsbedarf von rund 3.300 Pflegeplätzen bestehen. Die Sanierung oder der Neubau dieser Pflegeplätze wird noch einmal ein Investitionsvolumen von etwa 360 Mio. DM erfordern, die vom Sonderinvestitionsprogramm in seiner heutigen Form nicht gedeckt sind. Es ist daher für mich dringend erforderlich, schon heute über eine Fortführung des Programms über das Jahr 2004, also ab 2005 nachzudenken, d.h. mit anderen Worten, die Sanierung dieser Strukturen auch in die Überlegungen zum Solidarpakt II mit einzubeziehen.

Es darf nicht passieren, dass eine Bundesregierung, die den Aufbau Ost zur Chefsache gemacht hat, in diesem Solidarpakt dieses nicht mit einbauen würde. Wir brauchen langfristig in allen Thüringer Pflegeheimen ein einheitliches Niveau in Qualität und Standard. Ich meine, das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe nach den 45 Jahren SED, die von Deutschland gemeinsam geschultert werden muss.

Das Land Thüringen fördert die stationären Pflegeeinrichtungen zusätzlich über Pauschalförderungen. Wenn jedoch eine Fortführung des Programms noch für drei bis vier Jahre erfolgen würde, wäre es uns möglich, ein lückenloses Angebot von gleichmäßig hohem Niveau im Bereich der stationären Pflege in Thüringen aufzubauen. Neben dieser stationären Pflege hat in den letzten Jahren die ambulante Pflege immer mehr an Bedeutung gewonnen. Insgesamt betreuen heute 390 ambulante Pflegedienste der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen und Kommunen, aber auch in freier Trägerschaft etwa 42.000 Pflegebedürftige in ihrer häuslichen Umgebung. Davon sind etwa 22.800, also etwas mehr als die Hälfte, der Pflegestufe I zuzuordnen. Aber wir wissen natürlich auch, dass nicht in jedem Fall häusliche Pflege möglich ist. Dennoch, der Grundsatz - ambulant vor stationär - wird weiter aufrechterhalten, auch wenn er dort seine Grenzen hat, wo durch familiäre oder soziale Verhältnisse die Pflege im häuslichen Bereich nicht dauerhaft gesichert werden kann. Dieses Problem wird sich natürlich durch die demografische Entwicklung verstärken, weil der Anteil der zu pflegenden Personen innerhalb der Bevölkerung gegenüber der Gesamtbevölkerung deutlich zunehmen wird. Umso dringender noch einmal die Forderung, dass wir auch nach dem Jahre 2004 mit einem Sonderprogramm die Struktur im Bereich des stationären Pflegens, aber auch die Strukturen im Bereich der Tagespflege und der ambulanten Pflegedienste ausbauen und verbessern können. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nach dem Bericht könnte eine Fraktion die Aussprache beantragen. Herr Abgeordneter Stauch.

Abgeordneter Stauch, CDU:

Wir beantragen die Aussprache.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die CDU-Fraktion beantragt die Aussprache zu diesem Bericht. Und als erste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Thierbach, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, bereits im April 2000 hat die PDS-Fraktion im Ausschuss

für Soziales, Familie und Gesundheit einen Antrag eingereicht, der sich mit dem Fortgang der Erstellung des 4. Landespflegeplans beschäftigt. Vor fast einem Jahr wurde den Ausschussmitgliedern versichert, dieser Pflegeplan, der nicht bloß Maßstab für eine leistungsfähige pflegerische Versorgungsstruktur in Thüringen ist, sondern auch Grundlage für den zu erstellenden und jährlich fortzuschreibenden Thüringer Investitionsplan für Pflegeeinrichtungen darstellt, solle im Sommer 2000 verabschiedet werden. Dass wir heute dieses Datum nicht haben, wissen Sie alle.

Faszinierend für mich war, wie mit Drucksache 3/1416 ein Antrag kam, der geschickt zwei Möglichkeiten beinhaltet: Zum einen tatsächliches Wissen aus dem Entwurf des 4. Pflegeplans zu verwenden, der ja eigentlich nur zur Stellungnahme den Kommunen und Kreisen zugesandt worden ist, zum anderen aber einem Vorwurf der Oppositionsfraktion aus dem Weg gehen zu wollen, da sie ja den 4. Pflegeplanentwurf überhaupt nicht haben. Wir reden heute hier über etwas, dessen Entwurf wir nicht kennen, obwohl wir wissen, dass einige Abgeordnete diesen Entwurf tatsächlich besitzen.

(Beifall Abg. Nothnagel, PDS)

Wir glauben nicht, dass diese gewählte Methode der CDU-Fraktion eine faire Methode ist.

(Beifall bei der PDS)

Trotzdem glauben wir, aufgrund unseres Wissens in der Lage zu sein, Erwartungshaltungen an einen 4. Pflegeplan tatsächlich hier zu diskutieren. Sie wissen alle, der Minister hat es erwähnt, dass die Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung nicht allzu alt ist und dass viele Menschen - Pflegebedürftige, Ältere, chronisch Kranke sowie deren Angehörige - große Hoffnung in dieses Gesetz legen. Sie haben auch das Ziel, die finanziellen Risiken der Pflegebedürftigkeit abzumildern und damit die Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Sozialhilfe möglichst zu vermeiden. Ich glaube, das war eine sehr große Hoffnung, ist es heute immer noch, vollständig konnte sich diese Hoffnung nicht erfüllen. Von Seiten der PDS ist derselbe Hauptkritikpunkt, der mit Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes formuliert wurde, auch heute noch vorhanden. Es gibt keine dem Bedarf entsprechende Absicherung an Pflege durch die Pflegeversicherung. Durch die Deckung, durch die tatsächliche Festlegung eines Bedarfs auf einer finanziellen Ebene wird der individuelle Bedarf des Einzelnen oft nicht abgedeckt.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist auch nie behauptet worden.)

Das mag ja sein, dass Sie das nie behauptet haben, Frau Arenhövel, ich kann mich sogar daran erinnern, dass Frau Stiebritz an dieser Stelle von einer Teilkasko gesprochen

hat und wir alle gemeinsam erobert waren, dass man zu pflegende Menschen mit einem Auto vergleicht, das eine Teilkasko hat. Die Hoffnung, auf die ich mich bezogen habe, war aber trotzdem da, dass man ähnlich wie im Krankenversicherungsrecht eine Bedarfsdeckung wie eine Bedarfsdeckung bei medizinischer Situation und Notwendigkeit erhält. Es ist ein Geburtsfehler, es bleibt ein Geburtsfehler.

(Beifall Abg. Nothnagel, PDS)

Richtig ist auch, Herr Minister, wie Sie dargestellt haben, dass sich die demografische Entwicklung in Thüringen genauso verändert, wie sie sich auch in der ganzen Bundesrepublik verändert und dass wir in den kommenden Jahren wahrscheinlich ein Mehr an stationären Einrichtungen benötigen werden. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, teilen Sie diese Auffassung auch und es ist sicher auch für Sie ein Problem, das wir irgendwie gemeinsam noch zu lösen haben. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Pflegequalität im Mittelpunkt stehen sollte. Ich habe sehr interessiert die Drucksache 3/1462, Bericht über die Entwicklung der Berufe in der Altenpflege, gelesen, denn ich glaube, darin wird auch ein Problem richtig benannt, dass es letztendlich auch vom Pflegepersonal abhängig sein wird, inwieweit qualitative Pflege immer gewährleistet werden kann. Sie machen in dem Bericht meiner Meinung nach auch richtigerweise auf brennende Probleme aufmerksam.

Ich glaube auch, dass die gestern im Bundestag in erster Lesung beratenen Gesetzentwürfe zur Pflegequalitätsverbesserung bzw. zum Heimbewohnerschutzgesetz noch nicht ganz in dem Topf sind, in dem dann tatsächlich den Überschriften entsprochen wird. Ich glaube, da brauchen wir noch mehr als Diskussionen, denn ich sehe die Gefahr, dass mit diesen beiden Gesetzen, was die Gesetzentwürfe zumindest schon in sich bergen, Mehraufwendungen an Verwaltung und an Kosten hervorgebracht werden, die dann nicht unbedingt dem Charakter der Pflegeversicherung entsprechen sollten. Allein die Kosten für die Einführung dieses geplanten obligatorischen Qualitätsmanagements für rund 8.600 vollstationäre Einrichtungen und rund 13.000 ambulante Dienste dürften sich eben doch schätzungsweise auf 1,6 Mrd. Mark beziffern. Das ist eine immense Summe, von der ich nicht hoffe, dass sie in irgendeiner Art und Weise aus dem Aufkommen der Pflegeversicherung geschröpft wird. Die PDS-Fraktion ist der Meinung, wer Qualität in der Pflege verbessern will, muss eine Veränderung der Pflegeversicherung in Angriff nehmen und die Bedarfsdeckung anstreben.

(Beifall bei der PDS)

Wir glauben auch, dass es eine Personengruppe gibt - ich glaube auch, dieses Wissen gibt es auch bei Ihnen und die Notwendigkeit und auch die Akzeptanz, dieses mit einzuführen -, die wir in die Pflegeversicherung unbedingt angemessen aufnehmen müssen, und zwar sind das die Demenzkranken.

(Beifall bei der PDS)

Ich glaube, dort haben wir alle auch nicht erwartet, dass sich mit der Einführung der Pflegeversicherung das Problem eigentlich noch verstärkt, denn mit Einführung haben wir gewusst, dass es dieses Problem gibt.

Meine Damen und Herren, wie bereits schon erwähnt wurde, ist statistisch zu verzeichnen, dass Thüringer Bürgerinnen und Bürger bei Neueinweisung in Pflegeheime weit über 80 Jahre sind und ihr Wohnort ist dort meist nur oder leider unter vier Jahren. Ich beziehe mich auch mit der nächsten Aussage wieder auf die gestrigen Gesetzentwürfe im Bundestag, wo dann tatsächlich der Eindruck erweckt wird, dass hochbetagte zu Pflegende von ihrem Recht nach Heimbewohnerschutzgesetz besser Gebrauch machen sollten. Ich glaube, da ist ein bisschen sehr viel Widerspruch drin, und zwar deswegen, wie macht man das als Pflegebedürftiger über 80, meist Pflegestufe 3, meist auch eben mit Demenz behaftet, wie sollen diese Gesetze umgesetzt werden? Wie sollen sie die Wahrung der Selbstbestimmung, die Qualität des Wohnens und den Schutz der Bewohner realisieren? Ich lasse das absichtlich hier im Raum stehen, weil ich glaube, das ist ein Feld, was uns noch mal beschäftigen sollte, vor allem auch unter dem Begriff der Heimbeiräte, wie wollen wir das gestalten, wie wollen wir uns da einbringen?

Herr Minister, Sie hatten auf das Problem Artikel 52 Pflegeversicherung hingewiesen. Das ist dieses Programm, aus dem die Investitionen für die Sanierung, für den Ersatzneubau getätigt werden. Ich finde es gut, dass ich eben gehört habe, dass der Minister sich dafür einsetzen möchte, dass ein Äquivalent, ob nun Artikel 52 benannt oder wie, ist mir auch egal, nach 2004 letztendlich notwendig ist und im Solidarpakt II ist es auch ein möglicher Ort. Sie werden zumindest im Inhalt die Unterstützung für so ein Bundesprogramm zur Finanzierung von Pflegeeinrichtungen über das Jahr 2004 in der PDS als Partner finden und es gibt einen Gedanken, der mir schon lange durch den Kopf geht aufgrund von Mediendarstellungen. Hiobsbotschaften aus Pflegeheimen hören wir nicht unbedingt aus den neuen Bundesländern. Oft hören wir Hiobsbotschaften nicht nur im Pflegebereich, sondern auch aus dem Investitionszustand aus den alten Ländern. Auch hier überlege ich, ob Artikel 52 nicht tatsächlich eine Möglichkeit, wenn er nach 2004 über Bundesrecht geregelt werden kann, ein Mittel wäre, um in alten Bundesländern letztendlich vielleicht dann ein modernes Pflegeheimnetz zu erreichen, wie wir es vielleicht hoffentlich, ich wünsche es mir immer noch, nach dem Jahre 2004 bzw. 2007 haben.

Herr Minister Pietzsch, Sie sagten, nach 2004 wird es ca. 3.300 Pflegeplätze geben, die dann noch einen Sanierungsbedarf haben. Ich glaube aber, wir haben bis dahin noch ein zusätzliches Problem, gerade in diesem Sanierungsbedarf - ich zweifle diese Zahlen nicht an -, und zwar ist das aus dem Verhalten großer Städte und kommunaler Trägerschaft entstanden. Sie wissen wie ich, dass mit

der Planungsnotwendigkeit und der Prioritätensetzung für Investitionen im Pflegebereich in den Kommunen oft gerade die Kommunen, wo sie selbst als Träger fungieren, Plattenbauten aus der Prioritätenliste entweder raus- oder sehr weit nach hinten gesetzt haben. Das fand ich zu der Zeit auch richtig.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das kommt jetzt aber.)

Lassen Sie mich doch bitte erst aussprechen. Zumindest in der Stadt Gera wie auch in der Stadt Erfurt haben wir gegenwärtig das Problem, dass befürchtet wird, dass wir bis 2004 diese Gebäude nicht saniert haben und dass dann eigentlich unser Ausführungsgesetz greifen sollte aufgrund der finanziellen Situation, dass die Mietkosten bei Übergangslösungen in der Nutzung durch das Land übernommen werden sollten und nicht mehr nur können. Ich glaube, dieses Problem zwingender zu gestalten, würde Planungssicherheit für Ersatznutzungen gerade bei Plattenheimen in den Kommunen geben. Ich bin gern bereit, zur Kenntnis zu nehmen, wenn Sie mir daraufhin jetzt antworten, dass Sie schon längst eine Lösung gefunden haben. Ich weiß sie nicht. Ich weiß aber, dass wir für diese Menschen eine Lösung brauchen. Als Minister sollten Sie dann zumindest gemeinsam vielleicht mit Ihrer großen Fraktion überlegen, ob wir aus der Kann-Regelung im Ausführungsgesetz bei der Mietübernahme für Ersatznutzung ein Soll machen sollten.

(Beifall bei der PDS)

Das würde auch den Roten Berg in Erfurt betreffen und in Gera einen adäquaten sehr großen Bau, wo auch die Kommune der Träger ist, zumindest der Hauptgesellschafter. Ich frage mich aber auch, wie wird es weitergehen mit der Erstellung der Investitionspläne für Pflegeeinrichtungen in den kommenden Jahren. Ich habe noch andere Fragen, die ich alle auflisten möchte. Zum Beispiel die Frage: Ist es richtig, dass die Landesregierung im vergangenen Jahr 20 Mio. DM von Brandenburg erhalten konnte aus Mitteln des Artikel 52 - letztendlich geborgt? Ich weiß nicht, warum Brandenburg sie nicht braucht, sicher vielleicht keine Bauplanung, keine Vorleistung genug erreichen konnte, keine Eigenmittel vielleicht hatte. Müssen wir diese dieses Jahr wiedergeben? Verringert sich um diese 20 Mio. DM möglicherweise unser Investitionsvolumen dieses Jahr? Oder wie wird das gestaltet? Diese Antwort interessiert mich.

Meine Damen und Herren, wir haben keinen Entwurf des 4. Pflegeplans. Das Wissen um die Probleme zeigt aber, es gibt viele Fragen, die zu diesem Antrag zu diskutieren sind. Ich werde jetzt ganz knapp noch eine ganze Reihe von Fragen aufzählen. Wir sind nämlich der Meinung, zu diskutieren wäre die systemfremde Verschiebung der Bezahlung von medizinischer Behandlungspflege im stationären Bereich aus der gesetzlichen Krankenpflege in die Pflegeversicherung. Das ist ein altmitgebrachtes Problem. Wir

sind der Meinung, es müsste diskutiert werden, wie die ungelösten Zuständigkeitsprobleme zwischen Pflegekassen und Sozialämtern in Bezug auf Eingliederungshilfen geregelt werden. Wir sind der Meinung, es müsste die ungelöste Frage der Verhinderung des Errichtens neuer und das Beseitigen bestehender baulicher und kommunikativer Barrieren diskutiert werden, aber auch die zum Teil problematische Einstufungs- und Begutachtungspraxis durch den MdK. Wer es einmal erlebt hat weiß, man kann sehr aufgeschlossene, fähige, ethisch wirklich sehr gut handelnde Vertreter des MdK erleben, man kann aber auch das Gegenteil erleben. Solange es das Gegenteil an dieser Stelle gibt, glaube ich, haben wir eine ganze Menge zu tun. Deswegen sollten wir überlegen und diskutieren, was dort veränderbar ist. Wir würden aber auch gern mit Ihnen über die Möglichkeiten, wie man die heute bestehenden Modulabrechnungen verändern könnte, diskutieren. Sie wissen, in den Modulen, nach denen die Leistungen dann berechnet werden, klemmt ein mörderisches Problem. Wir würden aber auch mit Ihnen den Unterschied zwischen Geld- und Sachleistungen diskutieren wollen. Und ich werde es nicht aufgeben, noch einmal mit Ihnen zu diskutieren und den Versuch zu starten, nach der Einrichtung einer Pflegestufe 0.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU:
Landesverwaltungsamt.)

Sie wissen, die Pflegestufe 0 ist problematisch im Sinne der Einordnung in die allgemeine Pflegeversicherung. Sie wissen aber, dass es Landesmöglichkeiten wie in Bayern auf dieser Ebene gibt, und Sie wissen auch, dass wir überlegen müssen, welche Hilfsangebote im häuslichen Bereich bei allen bestehenden, die aber nicht ausreichen, notwendig sind und es nicht letztendlich doch über die Pflegestufe 0 machbar wäre. Und wir würden auch gern mit Ihnen noch einmal über die Sinnhaftigkeit der Änderung des Ausführungsgesetzes in Bezug auf die künftige Fortschreibung des Landespflegeplans diskutieren. Da finden wir uns in trauer Gemeinschaft mit den Trägern der Wohlfahrtspflege. Es ist sicher nicht bei allen Fragen diese Gemeinsamkeit, aber bei vielen. Wenn Sie mit Ihrem Antrag tatsächlich zu dieser Diskussion auffordern wollten, dann finde ich das gut und wir möchten diese Fragen im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit mit Ihnen diskutieren und beantragen aus dem Grund die Überweisung an den entsprechenden Ausschuss. Wir haben aber eine Erwartungshaltung. Es reicht nicht aus, dass wir diskutieren und dann den Entwurf aus dem Staatsanzeiger nehmen. Ich würde mir schon wünschen, dass wir spätestens zu Beginn der Woche einen Entwurf haben, der uns heute nicht vorliegt, weil dann ist die Ausgangssituation für eine Debatte einfach entschieden besser. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als Nächstes hat sich Frau Abgeordnete Bechthum, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der von der CDU kurzfristig in die Tagesordnung aufgenommene Antrag ist blinder Aktionismus und wird der Bedeutung und der Wichtigkeit für viele unserer Thüringer Bürgerinnen und Bürger, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind, und deren Angehörigen nicht gerecht. Schade.

(Beifall bei der SPD)

Allein der Titel in der Drucksache 3/1416 "4. Thüringer Landespflegeplan" ist irreführend. Es wird wohl bestenfalls eine Darstellung und das war eine Darstellung der Situation durch die Landesregierung. Für einen 4. Landespflegeplan liegt diesem hohen Haus noch nicht einmal ein einigermaßen verbindlicher Entwurf vor. Ich muss sagen, das ist wirklich ungeheuerlich. Es ist ein erneuter Beweis, wie arrogant mit den Abgeordneten in diesem Hause umgegangen wird.

(Beifall bei der PDS, SPD)

In der Presse wurden mehrfach die statistischen Daten zur ambulanten und stationären Pflege, wie Zahl der Pflegebedürftigen, Zahl der Pflegeheime usw. in Thüringen veröffentlicht, so dass ich hier keine Zahlen nennen möchte. Wer dafür Interesse hat, kann sich die Pressemitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik, das ist die Nummer 45/2001, anschauen. Für uns von Interesse sind die Ziele, die durch den 3. Landespflegeplan erreicht wurden. Welche Ziele hat der 4. Landespflegeplan und was soll dementsprechend aus Erfahrungen des 3. geändert werden? Meine Damen und Herren, dazu ist unseres Erachtens ein Sofortbericht der Landesregierung allein nicht ausreichend. Wir schlagen deshalb auch vor, diesen Antrag Sofortbericht an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zur weiteren Beratung aber erst bei Vorlage des 4. Landespflegeplans zu beraten. Wie unterschiedlich ist die Auffassung über Pflegebedarf, überhaupt über Pflegeheime, was erwartet den zu Pflegenden in einem Heim oder auch die Menschen, die mit so einem Menschen zusammenleben. Ich lebe jetzt über 30 Jahre in einem Hochhaus. Ich erlebe jetzt mit, ich sehe entweder meine Zukunft oder mein Ende. Die Menschen, die vor 30 Jahren mit eingezogen sind, geistern auf einmal nachts durchs Haus. Es weiß keiner, was tue ich mit diesen Leuten, wo schicke ich sie hin. Es sind so viele Informationen notwendig. Wie schaffen wir das? Frau Nitzpon und ich hatten ja am Mittwoch das Glück, eine Gruppe zu haben und haben uns die unterschiedlichsten Auffassungen hier anhören müssen, was man mit einem Pflegeheim so verbindet. Wir beide haben jedoch ganz positiv erst einmal aufgeklärt und auch versucht, sagen Sie uns Namen, nennen Sie uns entsprechende Einrichtungen und wie kann man sich informieren. Ich denke, das sollte in einem Ausschuss auch sehr gründlich beraten werden, wie schaffe ich es, den Menschen das auch als eine Einrichtung dann darzustellen, dass sie sagen, dort gehe ich gern hin und dort fühle ich mich

wohl. Ich habe jetzt eine Frau aus meinem Haus, die hier gegenüber in dem Heim ist, und ich mag dort überhaupt nicht hingehen, weil ich so betroffen bin, wenn ich sehe, so verbringt ein Mensch dann die letzten Tage oder letzten Monate seines Lebens. Ich denke, da haben wir viel zu tun und ich würde mir wünschen, dass wir das hier in dem Haus auch gemeinsam so tun. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Arenhövel zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, seit 1990 befasst sich die CDU-Fraktion dieses hohen Hauses sehr intensiv und nachhaltig mit der Situation im Alten- und Pflegeheimbereich. Wenn wir heute - 10 Jahre später - über den 4. Landespflegeplan diskutieren, dann ist dies schon ein eindrucksvoller Nachweis von einer erfolgreich geführten Politik sowohl hier seitens der Landes- aber auch seitens einer CDU-geführten Bundesregierung, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Jetzt gibt es einen Lorbeerkranz.)

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege, bitte schön, hier hat jede Partei das Recht, denke ich, das, wofür sie sich einsetzt, darzustellen, ob Ihnen das nun gefällt oder nicht.

Kurz nach der Wende haben wir sehr graue und triste Gebäude vorgefunden. Wenige Altenheime in kirchlicher Trägerschaft, die wenigstens ansatzweise ausgestattet waren und die Situation, Frau Thierbach, war meilenweit aber wirklich meilenweit entfernt von den heute üblichen Standards, die bereits als selbstverständlich empfunden werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn heute darüber geklagt wird, muss ich schon auf diese Zustände hinweisen. Alte Menschen waren die Opfer einer Ideologie, die fast ausschließlich die Arbeitsfähigkeit der Menschen anerkannte. Wer nicht arbeiten konnte, war auch nichts wert. Geringe Renten, keine ambulante Versorgung in der eigenen Wohnung, notfalls wurden Pflegebedürftige, wenn es gar nicht mehr anders ging, abgeschoben in ein Heim. Das war die Lage, meine Damen und Herren. Gewiss gab es Menschen, die sich aufopferungsvoll engagierten, aber weder das Wirken der Volkssolidarität noch das der Kirchen konnten an diesen traurigen Verhältnissen grundlegend etwas ändern. Es gab wenige Krankenschwestern und viele ungelernete Kräfte, die in den Einrichtungen zwar mit sehr viel Engagement gearbeitet haben, aber der

Mangel an Qualifikation in der Pflege war nicht nur gravierend, nein, es waren sehr bittere Zustände, die so heute nicht mehr vorstellbar sind, und es ist beiden Kirchen eigentlich zu danken sowohl der evangelischen als auch der katholischen Kirche, die bereits in den 70er-Jahren begonnen haben, Altenpfleger beruflich auszubilden.

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Das hat doch damit gar nichts zu tun jetzt.)

Frau Bechthum, ich habe sehr bewusst an diese Dinge hier erinnert, weil klar sein muss, was für ein Wandel sich jetzt vollzogen hat, weil klar sein muss, dass der Freistaat Thüringen mit seinen freien Trägern und Kommunen dieses Problem niemals hätte allein in so kurzer Zeit bewältigen können und weil klar sein muss, dass mit dem Artikel 52 Pflege-Versicherungsgesetz eine lebendige und glaubwürdige Solidarität hier in vorbildlicher Weise zum Ausdruck kommt. 80 Prozent Bundesmittel - und Frau Präsidentin mit Ihrer Erlaubnis möchte ich einmal zitieren den Abs. 3 des Artikel 52: "Die Mittel zur Finanzierung der Investitionen werden nach In-Kraft-Treten der Leistungen zur stationären Pflege wie folgt aufgebracht:

1. Vom Bund im Jahr 1996 in Höhe von 400 Mio. DM, in den Jahren 1997 bis 2001 in Höhe von jährlich 800 Mio. DM und im Jahr 2002 in Höhe von 720 Mio. DM." Wir wissen, dass sich dieses Programm etwas hinausgezögert hat, weil natürlich der Aufbau nicht ganz so schnell vollzogen werden konnte, so dass es jetzt bis 2004 ein Stück gestreckt ist.

2. Von allen Ländern, die auch hier Gelder aufbringen mussten, insgesamt gesehen muss man sagen, 6,4 Mrd. DM hat hier der Bund zur Verfügung gestellt, 1,3 Mrd. die Länder und das ist doch mal ein Verhältnis, was subsidiär gerechtfertigt war und wo man das Engagement des Bundes hier durchaus noch einmal hervorheben muss.

Herr Minister, Sie haben Herrn Blüm genannt; lassen Sie mich auch auf das Wirken von Frau Hannelore Rönsch kurz eingehen, die als Seniorenministerin nach der Wende hat ein Gutachten anfertigen lassen, und das Ergebnis dieses Gutachtens war es, dass über 2 Mrd. DM nötig waren, um hier in Thüringen die Heime wenigsten auf den Stand der Heimmindestbauverordnung zu bringen. Und das möchte ich hier doch noch mal ins Gedächtnis zurückrufen, bevor wir hier über andere Dinge reden.

Aber, meine Damen und Herren, ich trete persönlich und auch meine Fraktion dafür ein, dass alte Menschen nicht gleichzusetzen sind mit kranken und pflegebedürftigen Menschen. Denn wir erleben eine äußerst aktive ältere Generation und der Ruhestand bedeutet für sie keineswegs sich auszuruhen. Lebenslanges Lernen, das Einbringen von Erfahrungen, die Kompetenz in geeigneter Weise der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, das haben viele ältere Menschen bereits gelernt und das tun sie in ganz aktiver Weise. Und jeder Mensch kann dazu beitragen, dass auch

Altern gelingt, wobei natürlich körperliche und geistige Aktivität sehr wichtige Voraussetzungen dafür sind. Der berühmte Arzt Hippokrates, der von 460 bis 377 vor Christus lebte, hat es einmal so ausgedrückt: "Alle Teile des Körpers, die zu einer Funktion bestimmt sind, bleiben gesund, wachsen und haben ein gutes Alter, wenn sie mit Maß gebraucht werden und in den Arbeiten, an die jeder Teil gewöhnt ist, geübt zu werden. Wenn man sie aber nicht braucht, neigen sie eher zu Krankheiten, nehmen nicht zu und altern vorzeitig." Viele Philosophen der Antike und auch der Wiener Arzt von Swiethen im 18. Jahrhundert haben sich dieser Thematik gewidmet. Und gerade in einer Gesellschaft, die älter wird, dieses Phänomen der alternden Gesellschaft - hier tut die Politik sehr gut daran, dieser Tendenz im Zusammenhang mit Zukunftspolitik auch wirklich Rechnung zu tragen. Wir müssen diese Problematik mit in den Blick nehmen, aber natürlich, und auch das darf man nicht verschweigen, hängt Alter auch zusammen mit Pflegebedürftigkeit, mit Hinfälligkeit, mit Behinderung und mit Leiden und Tod. Und das sind Dinge, meine Damen und Herren, auch die dürfen nicht verschwiegen werden. Sie dürfen einfach nicht tabuisiert werden, sondern sie erfordern einen menschlichen Umgang. Die Ressourcen in der Familie und in der Nachbarschaft müssen gestärkt werden und auch zu diesem Teil trägt das Pflegeversicherungsgesetz ganz entscheidend bei, indem es nämlich die ambulanten Leistungen und die Pflegeleistungen der Familie unterstützt. Wenn man sich den 4. Landespflegeplan, diesen Entwurf, betrachtet, dann sieht man, dass er gekennzeichnet ist von einer vollstationären Dauerpflege. Hier haben wir zu verzeichnen, dass vorwiegend die Pflegestufen 2 und 3 in den Pflegeheimen sind, so ungefähr 75 Prozent, und dass sie auch ein hohes Durchschnittsalter verzeichnen. Ähnlich sieht es bei der Tagespflege aus, während die Kurzzeitpflege zu einem großen Teil von Pflegestufe 1 beinhaltet ist. Es gibt bei der Heimaufnahme, bei der vollstationären Aufnahme Wartelisten von ca. 1.000 Personen, die auf einen Pflegeheimplatz warten. Als Grund wird häufig angegeben, 47 Prozent, da sind die Familienangehörigen einfach überfordert mit der Situation, und 5 Prozent geben an, keine Angehörigen zu haben. Also diese Frage, dass die Familie nicht oder nur unzureichend pflegen kann, ist der Hauptgrund, weshalb ältere Menschen in ein Pflegeheim gehen. Ich denke, wir tun gut daran, die pflegenden Angehörigen so zu stärken und zu unterstützen, damit die Last nicht zu groß für sie wird.

Frau Thierbach, Sie haben darauf hingewiesen, dass die an Demenz Erkrankten auch in die Pflegeversicherung einzubeziehen sind; dem kann man aus fachlicher Sicht eigentlich nur zustimmen. Und, Herr Minister Dr. Pietzsch, Sie planen ja ab dem Jahr 2002 ein eigenes Programm zu machen für Angehörige, die an Demenz Erkrankte pflegen, um sie zu stärken und weiterzubilden. Ich möchte Sie einfach von dieser Stelle aus bitten, dieses Programm so vorzubereiten, damit es zügig umgesetzt werden kann, denn, ich denke, der Bedarf ist hier ganz besonders hoch.

Darüber hinaus ist der Versorgungsgrad an ambulanter Pflege, an Tages- und Kurzzeitpflege - hier sollten wir auch sehr genau hinschauen, sollten den Bedarf prüfen und gegebenenfalls auch ausbauen. Und etwas, was ich auch sehr positiv empfinde, sind die eingestreuten Tagespflegeplätze in vollstationären Einrichtungen, also die Verknüpfung von ambulant und stationär, hier haben wir, denke ich mal, die Möglichkeit auch Synergieeffekte zu erzeugen bei den insgesamt 234 Pflegeeinrichtungen, die wir hier in Thüringen haben. Zurzeit befinden sich davon 22 in der Planung und weitere 40 Pflegeheime befinden sich im Bau. Der Versorgungsgrad in den einzelnen Regionen, in den kreisfreien Städten und Landkreisen ist durchaus unterschiedlich zu betrachten. Bei den kreisfreien Städten liegt er durchschnittlich bei einem Grad von 5,5, bei den Landkreisen von 3,5. Sie sehen also, dass auch gerade die Heimpflege eigentlich vor einer schwierigen Situation steht, wenn immer stärker ganz alte Menschen, die sehr schwer pflegebedürftig sind, in die Heime eingewiesen werden. Es gibt einen Diskussionsbedarf sicherlich über die flächendeckende Versorgung hier in Thüringen. Wir können, meine ich, auch in dieser Debatte jetzt hier nicht auf die einzelnen Landkreise eingehen und es tut mir auch irgendwo Leid, dass Sie den Entwurf nicht hatten, das ist keine böse Absicht gewesen,

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Seit wann denn das? Nicht mal nach einem Anruf kriegt man ihn. Seit wann sind Sie denn da zuständig für das Ministerium?)

sondern - also, mit mir haben Sie jedenfalls nicht gesprochen, Frau Thierbach, bin ich auch nicht, nein. Aber, ich denke mal, wir könnten uns nicht nur anschließen, sondern wir hätten auch beantragt, dass wir diesen Sofortbericht und den Bericht der Landesregierung und diesen Antrag auch im Ausschuss weiterberaten. Das würde ich auch hier namens meiner Fraktion beantragen, denn es ist sehr wichtig, dass wir uns auch im Detail mit den Dingen befassen. Darüber hinaus ist sicher jeder Wahlkreisabgeordnete gut beraten, sich vor Ort auch um die Dinge zu kümmern, denn ich meine, es ist dringend notwendig, dass wir das zügig umsetzen. Und, Frau Thierbach, für die Stadt Erfurt, das wissen Sie doch sicherlich auch als Stadträtin, dass wir hier schon gute Lösungen gefunden haben. Dass das Heim am Roten Berg saniert wird, das dürfte Ihnen doch wohl, glaube ich, auch bekannt sein. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Arenhövel, der Abgeordnete Nothnagel hatte vor Frau Thierbach wohl schon signalisiert, dass er Ihnen am Ende eine Frage stellen möchte, und die Frau Thierbach jetzt auch. Gestatten Sie das?

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Natürlich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann bitte Herr Nothnagel.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Danke. Frau Arenhövel, Sie haben hier ständig Zahlenmaterial zitiert. Ich hätte gern die Quelle gewusst, das kenne ich so nicht. Die zweite Frage betrifft das SGB XI. Das ist ja nun nicht unbedingt für behinderte Menschen vorgesehen, man hat die hier völlig vergessen, es ist nur für alte Menschen gedacht. Wie sehen Sie das mit den Assistenzmodellen hier in Thüringen, dass das endlich in die Gänge kommt, dass Assistenz auch in Thüringen möglich ist und nicht nur die klassische Pflege im Heim? Wir haben ja nun mal den Grundsatz: ambulant vor stationär. Wie sehen Sie das?

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Das Zahlenmaterial habe ich zum Teil aus dem Entwurf des 4. Landespflegeplans, aber ich beschäftige mich darüber hinaus auch mit anderer weiterführender Literatur über die gerontologische Praxis, schon allein aus beruflichen Gründen. Und was die Frage der Behinderten anbelangt, ich denke, wir werden dazu Gelegenheit haben, in den Ausschüssen zu diskutieren. Ich bin der Meinung, dass Assistenz sicherlich ein lohnenswertes Thema ist, worüber wir reden sollten. Frau Thierbach?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Thierbach, Sie können Ihre Frage stellen.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Ihr Wissen fasziniert mich immer wieder über die Herkunft. Sie sprachen über den Stadtrat in Erfurt. Ist Ihnen bekannt, dass die Ausschuss-Sitzung zu den Problemen, die Sie eben benannt haben, erst nächste Woche auf Antrag der PDS-Fraktion stattfinden wird?

Abgeordnete Arenhövel, CDU:

Frau Thierbach, ich bin zwar nicht im Erfurter Stadtrat, aber auch als Wahlkreisabgeordnete befasse ich mich auch von mir aus aus eigener Initiative mit den Dingen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Nachfrage? Keine weitere Nachfrage. Es ist eine Wortmeldung signalisiert von Frau Abgeordneter Dr. Kraushaar, CDU-

Fraktion.

Abgeordnete Dr. Kraushaar, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nur ganz kurz. Ich bin erschüttert, drei Frauen, drei Mütter, Vertreter unserer drei Fraktionen sprachen hier vorn und nicht eine hat erwähnt, wo die größte Lücke in der Pflegeversicherung liegt - die Pflege von Kindern, und zwar nicht von gesunden Kindern, sondern von behinderten Kindern.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wir haben eine ganz große Lücke und ich will nicht hoffen, dass mir einer die Antwort gibt, die mir ein versierter Jurist in Göttingen gab: "Ja, die Kinder muss man doch pflegen, die sind doch gar nicht selbstständig." Aber ich glaube, ein fünfjähriges Kind noch windeln zu müssen, das ist nicht im Normbereich.

(Beifall bei der PDS)

Und das ist zu wenig berücksichtigt. Ich habe daraufhin den Herrn Ministerialdirigenten Hauschild und noch einen Arzt vom Bundesgesundheitsministerium in Heiligenstadt gehabt. Wir haben zusammen mit dem MDK Unstrut-Hainich-Kreis, wo die Frau Dr. Scherf die Kinderärztin ist, diese Begutachtung gemacht. Dort haben wir diese Dinge eingebracht und ich will hoffen, dass das auch wirklich mit eingearbeitet wird.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Minister Dr. Pietzsch noch einmal.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der CDU ist ein Antrag, über den Stand des Landespflegeplans zu berichten. Ich glaube, das ist ein legitimes Anliegen, ganz abgesehen davon, ob dieser Landespflegeplan bereits allgemein bekannt ist oder ob der nicht bekannt ist. Gerade wenn er nicht bekannt ist, ist es ein legitimes Anliegen, etwas darüber zu erfahren.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Ich denke, das ist nicht schlechtzureden. Frau Abgeordnete Johanna Arenhövel, herzlichen Dank für die Erinnerung an den Namen Hannelore Rönsch, die die Analyse über die Alten- und Pflegeheime in den neuen Bundesländern gemacht hat und die zu einem verheerenden Ergebnis gekommen ist. Eine ihrer ersten Reaktionen, noch bevor das Pflegeversicherungsgesetz eingeführt war,

ist die Gründung der Stiftung "Daheim im Heim" gewesen, um die größten Probleme abzubauen, um etwas Farbe in unsere Alten- und Pflegeheime zu bringen, um eventuell da und dort einen Treppenlift anzubauen, damit auch Alte und Behinderte die Stockwerke überwinden können, um überhaupt mal wieder nach langer Zeit rauszukommen. Und, meine Damen und Herren, ich habe hier die Alten- und Pflegeheime mit besucht, die dann eine Zuwendung bekommen haben. Da waren es manchmal 10.000 und 20.000 und 50.000 DM, mit denen man das Leben unserer älteren Mitbürger wesentlich verbessern konnte. Und wenn man dieses gesehen hat, ich glaube, dann wird einem umso mehr deutlich, welchen Riesenfortschritt wir in den letzten Jahren gemacht haben. Wir werden 2004 - ich sage diese Zahl noch einmal - über 12.000 Heimplätze saniert oder neu gebaut haben. Das sind 75 Prozent der Heimplätze von 15.300, die unsere Planung vorsieht. Frau Abgeordnete Thierbach, Sie können sich vielleicht auch noch erinnern, wir haben 1991/1992 etwa 16.000 Heimplätze in Thüringen gehabt. Es wurde nachgewiesen, dass von diesen 16.000 Heimplätzen etwa 2.000 Heimplätze fehlbelegt sind mit Behinderten, die eigentlich nicht in ein Alten- und Pflegeheim gehören, sondern die eigentlich der Eingliederungshilfe bedurften. Wir haben dann Planungen gemacht im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes und sind zu einer Zahl gekommen von etwa 10.000 bis 12.000 Heimplätzen, die wir in Thüringen brauchen würden, gemessen am Anteil der älteren Bevölkerung, der Bevölkerung über 65 Jahre. Die Planung geht unterdessen auf etwa 15.500. 15.500 Heimplätze sind nicht die Plätze, die jetzt zur Sanierung von den Trägern oder von den Kommunen angemahnt werden, sondern es sind Planungsgrößen. In diesen Heimplätzen, Frau Abgeordnete Thierbach, sind auch die Plattenheime, die Plattenbauten, die vielleicht im Augenblick noch nicht in die Realisierung der Finanzierung und der Planung eingebunden sind. Also, diese 3.300, die uns noch fehlen, da sind die Heime, von denen Sie gesprochen haben, die Heimplätze genau mit dabei. Meine Damen und Herren, die Plattenbauten sind also nicht zurückgestellt. Die Mittel, die von Brandenburg an uns gegangen sind, deswegen ist ja dieses ganze Programm, was eigentlich bis zum Jahre 2003 ausgelegt war, bis ins Jahr 2004 verschoben worden. Das ist ja ein Gesamtinvestitionsprogramm mit einer Gesamtinvestitionssumme von etwa 8 Mrd. DM gewesen. Diese Gesamtinvestitionssumme bezog sich auf die Jahre 1995 bis zum Jahre 2003. Da die Länder bei der Planung der Heimplätze bzw. der -bauten gar nicht so schnell sein konnten, dass sie im Jahre 1995 schon in Größenordnungen Geld abgefordert haben, hat sich dieses Geld angesammelt und deswegen wird es verschoben. Es ist durchaus möglich, dass ein Land mehr Geld abrufen in einem Jahr, weil es mit der Planung weiter ist als ein anderes Land. An der Gesamtsumme des Investitionsprogramms bis einschließlich 2004 wird sich nichts ändern. Es kann sich etwas an den Jahresscheiben ändern - wenn ich im Jahr 2003 20 Mio. DM mehr oder im Jahr 2001 20 Mio. DM mehr gebraucht habe, dann sind die natürlich im Jahr 2004 nicht mehr da oder im Jahr 2003, denn ich habe sie ja schon abgerufen -, aber an der Zahl der über dieses Programm sanierten Plätze

wird sich dadurch nichts ändern können.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten hier wirklich zur Kenntnis nehmen und dankbar sein, dass in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern in kurzer Zeit die Struktur unserer Alten- und Pflegeheime wesentlich verbessert werden konnte. Und ich sage es noch einmal, auch ich stehe dazu, dass wir in den ersten Jahren Prioritäten gesetzt haben. Die Prioritäten in den ersten Jahren hießen: Sanierung der Krankenhäuser - das besteht auch noch fort -, Einrichtung von Werkstätten für Behinderte - wer jemals die Einrichtungen für Behinderte gesehen hat, die wir aus der DDR-Zeit übernommen haben, wo kaum Förderung für Behinderte stattfand, der wird diese nachvollziehen können.

(Zwischenruf Abg. Nothnagel, PDS: Die waren ja in den Arbeitsmarkt integriert.)

Lieber Herr Abgeordneter Nothnagel, im Arbeitsmarkt waren die integriert, die noch arbeiten konnten, aber es gibt Behinderte in Werkstätten für Behinderte, die bekommen sie auf dem Arbeitsmarkt nicht unter, die haben sie auch zu DDR-Zeiten nicht auf dem Arbeitsmarkt untergebracht. Die sind nicht mehr förderfähig gewesen, wie es damals so schön hieß, meine Damen und Herren. Das wollen wir auch nicht vergessen.

Und die dritte Personengruppe, die im Vordergrund stand, waren unsere älteren Bürger, die ein Leben lang gearbeitet haben, die 45 Jahre um den Lohn ihrer Arbeit betrogen worden sind und denen wir möglichst bald einen angenehmen und würdevollen Lebensabend gestalten konnten. Und, ich denke, da sind wir ein gutes Stück vorangekommen und daran wollen wir auch weiter arbeiten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Weitere Redemeldungen liegen nicht vor. Alle Fraktionen haben die Fortberatung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit beantragt, auch die Fraktion, die die Aussprache zu dem Bericht verlangt hat. Demzufolge können wir über diesen Antrag abstimmen.

Wer der Fortberatung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall, so dass eine Fortberatung im Ausschuss erfolgt.

Ich stelle fest, dass das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfüllt ist, sofern kein Widerspruch angemeldet wird. Es wird keiner angemeldet.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8 a und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 9**

Wahl von Vertrauensleuten für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Verwaltungsgerichten des Freistaats Thüringen

dazu: Unterrichtungen durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksachen 3/1432/1434 -

Gemäß § 26 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung wird bei jedem Verwaltungsgericht ein Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bestellt. In Thüringen wurden mit dem Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung drei Verwaltungsgerichte mit jeweils Sitz in Gera, Meiningen und Weimar errichtet.

(Unruhe im Hause)

Ich warte einmal, bis Sie das alle mit anhören können.

Die Wahlausschüsse bestehen nach § 26 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung unter anderem aus sieben Vertrauensleuten. Die sieben Vertrauensleute sowie deren Vertreter sind aus den Einwohnern der jeweiligen Verwaltungsgerichtsbezirke vom Landtag zu wählen. Wir wählen also heute insgesamt 21 Vertrauensleute sowie 21 Vertreter. § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags bestimmt, dass die Zusammensetzung der Ausschüsse, der sonstigen Gremien sowie die Regelung des Vorsitzes in den Ausschüssen im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen ist, das sich nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren bestimmt. Derselbe Grundsatz wird bei Wahlen, die der Landtag vorzunehmen hat, angewandt. Dieser Vorschrift kann nur dadurch entsprochen werden, dass die Wahlen als Verhältniswahl durchgeführt werden. Die Durchführung als Verhältniswahl kann, wie hier vorgesehen, so erfolgen, dass über einen gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktionen abgestimmt wird, der das Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen bereits berücksichtigt. Wird dazu die Aussprache gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Nun gibt es wie immer bei solchen Wahlen zwei Möglichkeiten. Da erstens ein gemeinsamer Wahlvorschlag vorliegt, kann gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Mitglied des Landtags widerspricht. Gibt es Widerspruch? Es gibt keinen Widerspruch.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Dann wird durch Handzeichen über den gemeinsamen Wahlvorschlag abgestimmt. Wer dem gemeinsamen Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 1 Stimmenthaltung und eine große Mehrheit von Jastimmen. Da-

mit ist der gemeinsame Wahlvorschlag angenommen und ich schließe den Tagesordnungspunkt 9.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Ich komme zum Aufruf des neuen **Tagesordnungspunkts 10 a**

Verdachtsfall auf Maul- und Klauenseuche in Thüringen

Antrag der Fraktionen der CDU, PDS und SPD
- Drucksache 3/1440 -

Die einreichenden Fraktionen haben mir keine Begründung signalisiert, da die Landesregierung angekündigt hat, den Sofortbericht nach § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu geben. Herr Minister Dr. Pietzsch, bitte schön.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist in der Tat nur selten, dass von allen drei Fraktionen gemeinsam ein Berichtersuchen gestellt wird, aber, ich denke, es ist auch bisher deutlich geworden bei der Tierseuchenbekämpfung, dass viel Einigkeit im Landtag besteht - ich erinnere nur an die Novellierung des Tierseuchengesetzes, das einstimmig angenommen worden ist - und wir haben es natürlich auch mit einer besonderen Situation zu tun.

Die Maul- und Klauenseuche ist eine für Klautiere hochgefährliche Tierseuche. Jeder wird mit der Zeit ein Experte darin, wenn man fleißig Zeitungen liest. Diese Krankheit ist leicht übertragbar. Dieses geschieht von Tier zu Tier sowie auch durch Personen und Warenverkehr. Einer der wichtigsten Faktoren bei der Übertragung ist allerdings der Mensch, wenn er auch selbst nicht von dieser Krankheit befallen wird.

In Thüringen ist diese Seuche vor ca. 30 Jahren zum letzten Mal aufgetreten. In von der Seuche befallenen Tierbeständen erkranken 80 bis 100 Prozent der Tiere. Das macht deutlich, wie virulent der Erreger ist. Todesfälle bei den Tierbeständen treten bei 8 bis 10 Prozent der Tiere auf, bei Jungtieren allerdings, insbesondere bei Schweinen, kann die Verlustrate sogar 100 Prozent betragen. Die grassierende Maul- und Klauenseuche im Augenblick wurde erstmalig vom 20. zum 21. Februar im Vereinigten Königreich Großbritannien bei geschlachteten Schweinen auf einem Schlachthof in der Nähe von London festgestellt. Die Seuche hat inzwischen in England eine erhebliche Ausbreitung genommen. In England muss man von einer flächendeckenden Ausbreitung sprechen, wenn man sich die einzelnen Herde auf der Landkarte ansieht. Die Seuche ist inzwischen auch nach Nordirland und seit Dienstag auch auf den europäischen Kontinent, das heißt nach Frankreich, übertragen worden. In Frankreich sind es zwei Departements in der Zwischenzeit, Maine und Orne, die bei-

de gesperrt sind. Die aus Frankreich stammenden Rinder und Schweine, die es in Thüringen gibt, kommen ausdrücklich, wir haben dieses recherchiert, nicht aus diesen beiden Departements und wurden vor dem Stichtag 16.02.2001 nach Thüringen verbracht, Stichtag 16.02.2001 nach einer EU-Verordnung.

Seit gestern nun erregte ein anderer Fall bei uns in Thüringen die Gemüter, der Seuchenverdachtsfall in Niederzimmern im Landkreis Weimarer Land. Zuerst einige wichtige Hinweise: Bei der Erkrankung der Tiere in dem Schweinebetrieb in Niederzimmern handelt es sich erst einmal um einen Tierseuchenverdachtsfall, nach der Kategorie geordnet nicht um einen Verdacht auf Maul- und Klauenseuche. Dennoch, in der gegenwärtigen Situation müssen bei geringsten Hinweisen alle Maßnahmen ergriffen werden wie bei einem klaren Verdachtsfall. Deswegen haben wir auch mit aller Konsequenz Maßnahmen ergriffen wie bei einem Verdachtsfall. Alle eingeleiteten Untersuchungen und Maßnahmen dienen dazu, eine Maul- und Klauenseuche auszuschließen und - wenn es nicht auszuschließen wäre - die Weiterverbreitung zu verhindern.

An dieser Stelle darf ich mitteilen, dass die ersten beiden Voruntersuchungen, die in Tübingen stattgefunden haben, die noch nicht endgültig sind und noch nichts über Bestätigung des Verdachts oder Ausschluss des Verdachts sagen, den Verdacht nicht bestätigt haben. Also, das ist schon mal ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Von der Chronologie: Der Hoftierarzt, also der Arzt, der den Hof betreut, wir sind ja nicht mehr in der Monarchie,

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaus, SPD: Jetzt sind es mehr Ferkel.)

(Heiterkeit bei der CDU)

also, der Hoftierarzt hat am 14. März den Bestand in der Schweineanlage in Niederzimmern untersucht. Dabei wurden insbesondere vier Tiere durch erhöhte Temperatur und klinische Krankheitszeichen einer Infektion auffällig. Der Tierarzt veranlasste, dass diese Tiere getötet und zur weiteren Untersuchung dem Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz in Bad Langensalza zugeführt wurden. Bei der dortigen Untersuchung der Tiere am 15. März, also gestern, wurde in einem Fall eine erbsengroße Blase im Rüsselbereich gefunden und eine Entzündung an den Klauen festgestellt. Es wurde daher das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Weimar und das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit verständigt. Das zuständige Landratsamt hat sofort gehandelt. Der Betrieb wurde gesperrt, mit dem erforderlichen Instrumentarium für die vorgeschriebenen Desinfektionsmaßnahmen ausgestattet. An den sechs unmittelbaren Zufahrtsstraßen ist Polizei postiert, die bereits Seuchenmatten ausgelegt hat, die

von den vorbeifahrenden Fahrzeugen zu durchfahren sind. Eine eingehende Untersuchung des Bestandes durch den Amtstierarzt ist sofort vorgenommen worden. Das Ergebnis hat ergeben, dass die meisten Tiere in der Anlage gesund sind. Vereinzelt Tiere wiesen gleiche Symptome auf, das heißt gerötete Stellen im Rüsselbereich, einzelne Affektionen an den Klauen oder zwischen den Klauen. Es konnte aufgrund der Befunde nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um eine Infektionskrankheit oder Tierseuche handelt, es konnte auch nicht eindeutig ausgeschlossen werden, dass es sich um Maul- und Klauenseuche handelt.

Aus diesem Grunde sind also alle Maßnahmen ergriffen worden, die auch den möglicherweise schlimmsten Fall mit in die Erwägung einbeziehen. Das heißt an Maßnahmen, es wurden Proben der erkrankten Tiere gestern Nachmittag mit einem Polizeihubschrauber nach Tübingen geflogen, um dort untersucht zu werden. Eine abschließende Diagnose, ich habe Ihnen einen Zwischenstand gegeben, so ist uns mitgeteilt, wird am Sonntagabend erwartet werden können. Bis zu diesem Zeitpunkt werden alle ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen selbstverständlich beibehalten.

Sofort mit Bekanntwerden der Situation haben wir ermittelt, dass der Betrieb keine Lieferungen aus England oder den vorgenannten Departements in Frankreich erhalten hat. In einer ersten Mitteilung wurde mir mitgeteilt, dass etwa 6.000 Schweine in diesem Betrieb sind. Unterdessen haben wir eine genaue Nachprüfung, es sind 8.924 Schweine, also noch deutlich größer, davon 1.600 Zuchttiere. Ich sage dies deshalb ganz genau, meine Damen und Herren, also bei 6.000 Schweinen ist es etwas schwierig, insbesondere bei den 8.924 sind auch die kleinsten Ferkel mit dabei. Also, wer will, kann ja auch gleich hingehen und mal nachzählen

(Unruhe im Hause)

- lasst mich bitte den Satz zu Ende reden -, kommt aber im Augenblick nicht rein.

Zum Bestand der Tiere: Der Bestand wird vom Betrieb weitgehend durch eigene Nachzucht erhalten. Es gibt einige Zukäufe aus Uelzen in Niedersachsen. Diese Zukäufe werden aber regelmäßig drei Wochen vorher in eine dem Betrieb gehörende, aber im Nachbarort gelegene Quarantäneanlage erst einmal weitergezogen, ehe sie dann in den Betrieb hineinkommen, so dass eine klare Trennung ist. Übrigens, der Betrieb zeichnet sich, das darf man in diesem Fall sagen, wir sagen ja auch, wenn es mal negativ ist, durch ausgesprochen zuverlässige Buchführung aus und durch ein ausgezeichnetes Hygieneregime.

In dem Betrieb, der seit 1970 besteht, sind 30 Mitarbeiter beschäftigt. Entgegen unserer ersten Vermutung können die Mitarbeiter den Betrieb am Abend verlassen. Ich sagte, wegen des eindeutigen Hygieneregimes mit klar Schwarz-Weiß-Trennung, das heißt also, Duschen und Desinfektion bei jedem Betreten und Verlassen der Anlage. Die

hygienischen und sanitären Voraussetzungen vor Ort sowie die zusätzlich eingesetzten Desinfektionsanlagen lassen dieses also zu. Die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften wird streng überwacht.

Der Tierseuchenkrisenstab hat bereits heute Morgen getagt. Allerdings auch unabhängig von dem aktuellen Ereignis hatte ich diesen Krisenstab heute früh einberufen, hatte auch die Pressekonferenz heute Mittag bereits am Mittwoch angesetzt, weil über die Koordinierungsrunde in Bonn beraten werden sollte und den aktuellen Stand der Tierseuchensituation. Dieser Krisenstab hat Befunde analysiert und über weitere Schritte beraten, die im Tierseuchenfall weiter zu ergreifen sind. In diesem Gremium sind alle Beteiligten vertreten, dazu gehören das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, der Thüringer Bauernverband, der Tierzuchtverband, Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, die Tierseuchenkasse, die Tierärztekasse und auch die Molkereibetriebe. Es hat sich bereits jetzt bewährt, dass die Beteiligten schon wegen der Seuchengefahr aus England durch Merkblätter aufgeklärt und die Krisenzentren und Krisenstäbe der Landkreise und kreisfreien Städte per Erlass bereits aktiviert sind. Dort liegen Maul- und Klauenseuchenkrisenpläne überall vor. Entsprechende Alarmübungen innerhalb der letzten Zeit waren ebenfalls Bestandteil der Maßnahmen, die wir schon in Vorbereitung auf möglicherweise eintreffende Ereignisse durchgeführt haben. Der Verlauf der Maßnahmen im Gefolge des gegenwärtig akuten Geschehens hat uns die Effektivität der Maßnahmen und der Vorbereitungen eigentlich bestätigt, denn wir können an diesem Tage sagen, dass die Maßnahmen bisher reibungslos abgelaufen sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn ich die Befunde mitgeteilt habe, die Lage ist in Europa unverändert ernst, auch in Deutschland ernst zu nehmen im Hinblick auf das Auftreten der Seuche auf dem Festland, auch im Hinblick auf die Feststellungen in Niederrhein. Jede gute Vorbereitung einer besonderen Situation kann die Risiken einer Tierseuche zwar minimieren helfen, aber ausschließen kann sie sie nicht. Darüber sollten wir uns im Klaren sein. Deswegen rechnen wir auch mit dem Schlimmsten und hoffen, dass es sich dennoch nicht bestätigt und dass es nicht eintritt. Für den Fall, dass die Untersuchungen das Vorliegen von Maul- und Klauenseuche ergeben würden, wären weitere restriktive Maßnahmen zu treffen. Das hieße, alle Tiere des Bestands wären zu töten und unschädlich zu beseitigen. Die Sperrmaßnahmen für den Betrieb würden selbstverständlich aufrechterhalten bleiben, bis die Abschlussdesinfektion durchgeführt und abgenommen ist. Darüber hinaus würde in einem Dreikilometerradius ein Sperrbezirk eingerichtet und in einem weiteren Siebenkilometerbereich, also 10 Kilometer insgesamt, Kontrollen und Beobachtungen würden intensiviert werden. Die Frage nach der Impfung wird immer wieder gestellt. Es könnte eine

Ringimpfung bei der EU, das heißt zuerst bei der Bundesregierung und über die Bundesregierung bei der Europäischen Union beantragt werden, mit der die benachbarten Regionen eines Herdes geschützt werden sollen. Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass in diesem Zusammenhang dann die geimpften Tiere nicht mehr frei verkäuflich wären. Man müsste hier in einer Gesamtabwägung über die Impfung reden. Ich denke, gerade unter der gegenwärtigen Situation wird man auch unter der Gesamtabwägung, was Diagnostik angeht, was Verschleierung angeht, auch durch eine Impfung, das darf man auch nicht unter den Tisch kehren, nachdenken müssen. Das Hauptproblem besteht aber darin, dass bei einem MKS-Ausbruch in Thüringen, der möglicherweise dann der erste in Deutschland wäre, die Europäische Kommission entweder regionalisierte oder ganz Deutschland betreffende Restriktionsmaßnahmen verhängen würde. Die würden natürlich den gesamten Handel mit Klauentieren, mit Fleisch, Milch und den daraus hergestellten Produkten betreffen.

Eine flächendeckende, über eine Ringimpfung hinaus gehende Impfung ist derzeit aufgrund der Rechtslage nicht möglich. Sie ist seit dem 01.01.1992 durch eine entsprechende Festlegung der Europäischen Union verboten, nicht nur nicht angeraten oder nicht als angeraten zu bezeichnen, sondern verboten. Hierzu kann allenfalls die EU tätig werden. Im Moment wäre die Impfung auch nicht ganz ungefährlich. Eine exakte Diagnose und damit gegebenenfalls das Feststellen des Ausbruchs der Seuche wäre auf jeden Fall wesentlich schwieriger. Ich werde dennoch an die Bundesministerin Künast appellieren, hier die Länder zu unterstützen und zumindest, um eine Ringimpfung durchzuführen, an die EU heranzutreten.

Meine Damen und Herren, letztlich sind die Folgen für die Erzeuger bei der Maul- und Klauenseuche weit schwerwiegender als sogar bei der BSE. Wir hoffen jedoch insbesondere nach dem Zwischenergebnis, dass Thüringen keine englischen Verhältnisse entwickeln wird, und vielleicht, dass wir auch von der Maul- und Klauenseuche überhaupt verschont bleiben. Ich denke, es ist aber ein deutliches Signal gewesen, und ich kann nicht mit Freude, das bestimmt nicht, aber mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass die Maßnahmen, die wir eingeleitet und auf die wir uns vorbereitet haben, gegriffen haben und zügig umgesetzt werden konnten. Ich darf vielleicht an dieser Stelle schon allen Beteiligten an dieser Aktion herzlich danken, ob ein positives oder negatives Ergebnis dabei herauskommt. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klauert:

Wir könnten jetzt die Aussprache über den Sofortbericht beantragen. Frau Abgeordnete Nitzpon.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS beantragt die Aussprache.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die PDS-Fraktion beantragt die Aussprache zu diesem Sofortbericht. Als erste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaus, SPD-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, an erster Stelle möchte ich hier sagen, ich glaube, da spreche ich im Namen des ganzen Parlaments, dass wir sehr mit denen empfinden, die jetzt vor Ort von diesem schlimmen Verdachtsfall betroffen sind, und dass wir ihnen alle die Daumen drücken, dass die Ergebnisse, die der Minister hier im Schnelltest geschildert hat, sich auch bestätigen werden. Ich denke, das ist wichtig, dass diese Botschaft heute von hier, von uns allen ausgeht.

(Beifall im Hause)

Das Zweite: Ich denke, jeder, der schon einmal mit Seuchenbekämpfung zu tun hatte, der weiß, dass so etwas nur funktionieren kann, wie der Minister das geschildert hat, wenn alle vor Ort, in jedem Bereich mehr tun als nur ihre Dienstpflichten. Dafür auch unser herzlicher Dank von dieser Stelle.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute die Zeitung aufschlagen, dann sind es eigentlich inzwischen schon fast drei Krankheiten bei Tieren, die immer im Blick stehen. Über BSE wissen wir jetzt schon inzwischen aus den Medien eine ganze Menge, wissenschaftlich nach wie vor relativ wenig. Bei Maul- und Klauenseuche, da wissen wir ziemlich viel, aber trotzdem ist es eine völlig andere Krankheit. Und was man dort in der Zeitung lernen kann, stimmt auch nicht immer, was man den Journalisten nicht so ganz verdenken kann bei den vielen neuen Ergebnissen. Zum Beispiel stand heute zu lesen, wir hätten zu DDR-Zeiten das Fleisch der verendeten Tiere gegessen, das ist natürlich barer Unsinn, das muss man einfach auch einmal sagen. So nötig war das Fleischaufkommen zu DDR-Zeiten auch nicht. Es handelte sich damals um Fleisch von Tieren, die geschlachtet wurden bei MKS und die dann tauglich zur Behandlung waren, das will ich hier einmal sagen, also nicht um irgendwelche befallenen oder gar kranken Tiere, die dort zum Verzehr kamen.

Das Dritte, was leider uns als Nachricht aus Bayern erreichte und womit wir uns auch einmal ernsthaft beschäftigen müssen, ist die Frage, ob nicht auch wieder ernsthaft gegen Rindertuberkulose etwas unternommen werden muss. Auch diese Fragen müssen wir wirklich als Bedrohung unserer hochwertigen Tierbestände sehen.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Mäde ist nicht mehr im Parlament, deswegen nehme ich natürlich gern die Aufgabe wahr, nicht nur, weil es historisch interessant ist, sondern weil ich auch denke, man kann daraus vielleicht ein paar Rückschlüsse ziehen, kurz ein paar Worte zur Geschichte zu sagen. Die Maul- und Klauenseuche wurde amtlich das erste Mal 1514 in Italien dokumentiert und im Jahr - ich springe jetzt ein bisschen über die Jahrhunderte, damit das heute nicht zu lang wird - 1781 haben die Preußen das erste Mal entschieden, dass dagegen geimpft wird mit Hilfe einer amtlichen Anordnung.

Meine Damen und Herren, die Preußen konnten damals zwar noch nicht auf den Mond fliegen und von Gentechnik hatten sie auch noch nichts gehört, aber mit der MKS sind sie ganz gut fertig geworden. Bis 1950, insbesondere in den Jahren 1910 und 1919, 1937 und eben 1950, wurde Europa von verheerenden Seuchenzügen heimgesucht mit sehr großen wirtschaftlichen Schäden. Sie können sich insbesondere in den Nachkriegsfolgen vorstellen, welche Auswirkungen das auch auf die Ernährungssituation hatte. Es war also eine der ersten Entscheidungen der damaligen DDR-Regierung, die ja nun unzweifelhaft da sicherlich etwas Richtiges getan hat, die jährliche Impfung einzuführen. Der Infektionskrankheitenexperte der vergangenen Jahrzehnte Prof. Beer, bei dem jeder DDR-Tierarzt noch gelernt hat, hat damals erklärt, seit dieser Zeit war diese Krankheit im Wesentlichen bekämpft. Es kam zu kleineren regionalen Ausbrüchen. Einzelfälle sind ja bekannt, das waren dann immer diese spektakulären Absperraktionen, die notwendig waren, aber wir haben das Ganze recht gut in den Griff bekommen. Leider haben wir zurzeit auch sehr günstiges MKS-Wetter, das hat der Minister auch schon gesagt, es ist angenehm kühl, bisschen feucht und da kann dieses Virus sich leider ziemlich lange halten, also die Bitte vielleicht an den Petrus, etwas Sonnenschein walten zu lassen, könnte uns bei der Bekämpfung dieser Krankheit auch ganz deutlich helfen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das ist ja wie im Theater, was Sie hier machen.)

Hören Sie doch erst mal in Ruhe zu.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Ich höre zu. Ich will keinen Urania-Vortrag.)

Es ist so, wie ich Ihnen das sage. Und aus diesen Dingen, die dort in der Vergangenheit waren, kann man vielleicht für heute ein paar Schlüsse ziehen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Eine gut bezahlte Frau ...)

Von 1950 bis 1991 hat es die Immunprophylaxe gegeben, und zwar in der ganzen EU, in allen EU-Ländern. Dann ist die Impfung eingestellt worden. Herr Kretschmer, wenn Sie so überschlau sind, können Sie gern auch draußen warten, bis ich mit meinem Vortrag fertig bin.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Urania-Vortrag.)

(Beifall bei der PDS, SPD)

Also, die Impfung ist dann eingestellt worden. Man hat sich darauf in der EU verständigt, weil man ja seit 1950 mit den ganzen kleineren Herden recht gut zurechtgekommen ist. Und, wie gesagt, in den vergangenen Jahren ging es ja auch. Das muss man auch mal konstatieren. Hinzu kam, dass natürlich einige Länder, die immer frei waren von Maul- und Klauenseuche, gesagt haben aus verständlichen Gründen, wir möchten von euch keine Tiere nehmen, wenn die einen Impftiter haben, könnten es ja auch einmal ein infiziertes Tier sein, wir wollen das also nicht. Nun kommt der Punkt der heutigen Zeit und irgendwann muss doch einmal jemand den Mut haben, zu sagen, diese 1991 beschlossene Strategie ist ganz erbärmlich gescheitert, und das muss doch heute irgendjemand einmal in den Mund nehmen.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie die heutige Süddeutsche Zeitung nehmen, da steht: "Todesurteil für Millionen Tiere - Allein in Schottland werden nach Angaben der Regionalregierung etwa 29 Prozent des Gesamtbestandes getötet. Fast alle davon sind schon getötet worden." Und dann ist es wie Hohn und Spott, wenn Brown dann sagt, die vorsorgliche Massentötung sei nötig, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern usw. Also, da frage ich mich, meine Damen und Herren, was er denn da noch verhindern will. Für jeden ist es offensichtlich, dass man in Großbritannien hinterherrennt und dass dort von einer effektiven Bekämpfung überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Aus diesem Grunde bin ich der Auffassung, dass hier schnellstens über eine Impfung unserer wertvollen Tierbestände nachgedacht und diese Impfung zügig eingeleitet werden muss.

Ich will sagen, was es für Vorteile hätte. Der Vorteil, obwohl wir wissen, dass es aufgrund der verschiedenen Serum-Typen keinen absoluten Schutz gibt, besteht darin, dass natürlich unsere wertvollen Tierbestände deutlich geschützt werden können. Wenn man noch dazu weiß, dass das Krankheitsbild etwa einer schweren Grippe beim Menschen gleicht, bei Jungtieren allerdings dramatischer sein kann und die Tiere sich in der Regel wieder davon erholen, ist es umso wichtiger, auch ein Gebot des Tierschutzes, diese Frage endlich mal in den Mund zu nehmen und hier auch voranzubringen. Also die jetzige Strategie, meine Damen und Herren, sie ist jämmerlich gescheitert.

(Beifall Abg. Thierbach, PDS)

Nun ist die MKS, ich sage es auch klipp und klar, für Politiker eine äußerst unangenehme Seuche. Bei BSE, aufgrund unserer wenigen Kenntnisse, ist es ja mit der Bekämpfung nicht so einfach. Da können wir ja lange darüber reden, das ist wie russisches Roulette, in welchem

Stall da so ein Fall auftritt oder auch nicht. Bei der Maul- und Klauenseuche, die fordert uns auf, als Politiker zu handeln. Und wenn wir nicht handeln, wird die Seuche sich weiter ausbreiten, denn davon, dass sie im Griff ist, kann ja längst nicht mehr die Rede sein. Sie ist auf dem Festland, sie ist in anderen Ländern, u.a. in Argentinien, wo wir sehr viel Rindfleisch herbekommen haben in der Vergangenheit. Also was ist da überhaupt noch irgendwie einzudämmen? Also der Vorteil wäre Schutz unserer Tierbestände und der Nachteil die Einschränkung des Handelns.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Konrad Scheringers Kühe, zu wem sollen die denn gehandelt werden? Und inzwischen sind wir nicht mehr in der Lage, uns innerhalb Deutschlands mit unseren Schweinen zu versorgen, also, ich denke, es ist auch nicht so dramatisch, wenn wir jetzt die Dänen ausnahmsweise einmal mit unseren Schweinen nicht beliefern können. Ich glaube, das kann unsere Wirtschaft verkraften.

(Beifall bei der PDS)

Viel schlimmer wäre es, wenn aufgrund einer weiterverfolgten, offensichtlich verfehlten Strategie unsere wertvollen Tierbestände gekeult werden müssen und unsere von Herrn Kollegen Wunderlich z.B. heute genannten niedrigen Großvieheinheiten pro Hektar weiter zurückgehen. Jeder weiß, bei 0,3 Großvieheinheiten pro Hektar ist man unter dem Förderungsniveau der EU. Wie wir dann hier noch eine artgerechte Tierhaltung, regionale Versorgung unserer Verbraucher betreiben wollen, ist mir schlicht ein Rätsel. Die wirtschaftliche Einbuße, wenn man so einen Seuchenfall durchsteht, besteht erstens natürlich in den Kosten für die Impfung, das ist ganz klar, und natürlich auch in Leistungseinschränkungen der Tiere, z.B. die Milchleistung geht zurück.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie dagegen setzen, dass in den letzten zehn Jahren die Milchleistung pro Kuh sich inzwischen verdoppelt hat, dann können Sie sich vorstellen, wie viel Fleiß und züchterische Arbeit in diese Tätigkeit gesteckt worden ist. Ich denke, hier sollte man sich das dringend überlegen, ob man nicht etwas tut. Generell, wenn man wirklich ernsthaft sich dem Problem des Verbraucherschutzes und der Seuchenbekämpfung widmen will, muss in Europa neu über die Frage der Impfung diskutiert werden,

(Beifall bei der PDS)

und zwar aus folgendem Grund: Man muss ja mal Ziele formulieren, was heute durchaus zu Recht eingefordert wurde, was wir unter moderner Landwirtschaft verstehen. Wenn da z.B. ein Ziel ist, was ich durchaus nachvollziehen kann, den Einsatz von Antibiotika zu minimieren, da gehört neben Fütterungs- und Haltungshygiene, Optimierung der Tiertransporte auch dazu, über eine sinnvolle Immunprophylaxe nachzudenken. Dieses ist in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden. Wir sollten hier

als Thüringen die Gelegenheit nutzen, aus der aktuellen Situation heraus hier nach vorn zu gehen und entsprechende Vorschläge beim Bund zu unterbreiten und dann auch durchzusetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als Nächster hat sich der Abgeordnete Grob, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Grob, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte eigentlich als Erstes Dank sagen, Dank, Herr Minister, für die ausführliche Information zu diesem Vorfall und Dank auch für die Information zu dieser Seuche. Was gibt es eigentlich noch zu ergänzen? Frau Dr. Klaus, Sie sind ja, wie ich annehme, der einzige Veterinär hier in unserem Haus und sind eigentlich die Fachfrau. Und ich muss wirklich Zweifel hegen jetzt, ob ich überhaupt etwas dagegen sagen könnte. Vielleicht kriegen wir die eine oder andere Information noch mal hierüber, weil Sie jetzt ja nun definitiv gesagt haben, man sollte über eine Impfung noch einmal nachdenken. Also, meine Gedanken gehen da etwas anders. Ich sage, man sollte über Maßnahmen nachdenken. Und ob das die Impfung ist, ist eine Frage. Aber ich wollte mich heute eigentlich darauf konzentrieren, Ihnen mitzuteilen, inwieweit die Basis, sprich die Veterinärämter, gerüstet sind, mit dieser Seuche umzugehen. Und ich weiß nicht, inwieweit der eine oder andere schon einmal es wahrgenommen hat, ein Veterinäramt in seinem Wahlkreis zu besuchen und dort nachzufragen. Ich habe es da ein bisschen leichter gehabt, weil ich der zuständige Dezernent war, aber nicht in den Fachfragen, sondern in den Verwaltungsfragen, und ich kann Ihnen die eine oder andere Auskunft darüber geben, wie ein Veterinäramt für solche Sachen gerüstet ist.

Die Leitung der Tierseuchenbekämpfung erfolgt durch das kreisliche Tierseuchenkrisenzentrum. Dieses ist entsprechend personell untersetzt und auch ausgestattet. Der Leiter dieses Tierseuchenkrisenzentrums ist der Landrat, der natürlich diese Aufgabe weitergibt an den leitenden Veterinär. Ich habe jetzt nicht alles so im Kopf, damit ich nichts vergesse gestatten Sie mir, die Aufzählung vom Papier zu nehmen. Die folgenden Arbeitsmaterialien liegen in so einem Veterinäramt vor, also das ist einmal der Tierseuchenalarmplan, dann die Tierseuchenbekämpfungspläne, die Verfügungen für den Tierseuchenverdacht, für die amtliche Feststellung, für den Sperrbezirk, für das Beobachtungsgebiet und für die Tötung der Tiere. Ein Personaleinsatzplan liegt vor, genauso wie verschiedene Übersichten, die benötigt werden. Das sind einmal diagnostische Einrichtungen, wie bei uns in Bad Langensalza und Riems und Tübingen, die Schlachteinrichtungen, die Tierkörperbeseitigungsbetriebe, das wäre jetzt hier Kühnhäuser, die Desinfektionsfirmen, die Landwirtschaftsbetriebe einschließlich

Bestände für eventuelle Sperrbezirkseinrichtungen, Molkeereien und die Desinfektionsmittellieferfirmen. Diese Übersichten liegen komplett vor. Auch die technische Ausstattung darf ich Ihnen vielleicht noch nennen: Da wären, was fast überall ist, der PC-Drucker, Scanner, Kopierer, Handy, was ja überall ist, und für die Tötung der Tiere elektrische Tötungszangen, Schussgeräte und entsprechende Medikamente. Diagnostikkoffer für Probenahmen sind vorhanden, die diversen Instrumente für Probenahmen und die Tierfixationen, also wenn diese Impfungen stattfinden, müssen dann diese Tiere auch festgehalten werden. Hochdruckreinigungsgeräte, Desinfektionsmittel und diverse Seuchenschutzbegeleichungen, das ist eine Einrichtung eines Veterinäramts, was auf diese Seuche vorbereitet ist.

Die Information, das haben Sie nun teilweise mitbekommen, wird vom Tierhalter, vom Tierpfleger und vom jeweiligen Tierarzt an den Leiter des Tierseuchenkrisenzentrums gegeben und dann zur Fachbehörde, wie ich das schon nannte. Ich persönlich denke, was Frau Klaus sagte, und ich hoffe, dass mich jemand unterstützt dabei, dass in vorigen Zeiten, so finde ich es, diese Rinder ein- bis zweimal im Jahr geimpft wurden. Bei Schafen und Schweinen war es mehr die Ausnahme, dass die geimpft wurden. So ist noch meine Erkenntnis, kann verbessert werden. Aber, wie gesagt, die Immunisierung wurde dann von der EU nicht mehr erlaubt, weil die Immunisierung ja auch Nachteile bringt in der Erkennung und in der Verbreitung der Seuche aber auch. Deswegen bin ich eigentlich froh, wenn jemand das noch einmal genauestens sagt. Sie sind ja eigentlich die Fachfrau dafür.

Ich denke, wir müssen wissen, dass die Veterinärämter vorab auch dafür ausgerüstet sind, bereit sind, der Seuche zu begegnen. Ich habe das eine oder andere gestern schon gehört, dass teilweise überzogen wurde bei der Maßnahme - ich finde, nein. Bei dem Erstfall kann man nicht von Überziehung reden, um so viel Maßnahmen wie möglich einzuleiten, um das richtig zu erkennen. Aber ich darf Ihnen vielleicht auch die Hysterie nehmen, wenn Sie abends beim Schäfchenzählen ins Bett gehen, werden Sie morgens nicht gleich mit Maul- und Klauenseuche aufwachen. Also in dem Sinne, denke ich, ich habe Sie informiert darüber, dass Sie sicher sein können, dass Ihre Veterinärämter an der Basis ausgerüstet sind für solche Seuchenfälle. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Scheringer, PDS-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist schon so, Frau Dr. Klaus hatte vor längerer Zeit hier gesprochen, die Gefahr der Maul- und Klauenseuche steht vor der Tür. Der Minister für Gesundheit, Dr. Pietzsch, hatte dann ge-

sagt, sie ist noch weit weg.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Lauter.)

(Heiterkeit im Hause)

Sie wissen ja, wie das alles so ist, Maul- und Klauenseuche ist so gefährlich für uns, wie man sich das gar nicht so vorstellen kann, und deswegen wollte ich hier einmal etwas vorsichtiger anfangen und damit Sie nicht immer denken, er will hier irgendetwas erzählen. Ich will Ihnen als Erstes sagen, bei der Maul- und Klauenseuche haben wir alle politischen Unterschiede außer Acht zu lassen.

(Beifall im Hause)

Wir haben gemeinsam aufzupassen und gemeinsam die Mühen nicht zu scheuen, dass wir hier einen Konsens erreichen und das nicht in Deutschland bekommen und nicht in Thüringen und nicht in unserer nächsten Umgebung und dafür gehört wirklich in diesem Fall zu den Pressekonferenzen gestern, wo ich dort war und zu den Maßnahmen, die jetzt hier getroffen werden und zu dem Problem, das wir hier übergreifend in einem einheitlichen Antrag der Fraktionen hatten, und den Leuten, die da draußen sind, gehört voller Dank und Anerkennung. Es ist ja auch so, dass in Deutschland, so schätze ich das ein, telefonisch habe ich mich erkundigt, genügend Desinfektionsmittel zur Verfügung stehen für jeden Betrieb. Das ist positiv, das muss man erst einmal sagen. Es kommt jetzt darauf an, dass die Veterinärämter, was Sie gesagt haben, alle Betriebe aufsuchen, auch den kleinsten. Ich habe z.B. meinem Thilo vorige Woche Desinfektionsmittel für seine drei Ziegen mitgebracht, dass er da in den Stall geht und sich desinfiziert. Wenn er hier in Erfurt rumläuft, kann er übermorgen irgendetwas haben, will ich sagen.

Damit Sie verstehen, wie schwierig ich die ganze Geschichte sehe. Natürlich haben Sie heute früh, ich kann nicht viel dazu sagen, was Frau Dr. Klaus gesagt hat, da gibt es ja nichts zu sagen, aber ich sage Ihnen zum Beispiel eines, der Bundesverband praktischer Tierärzte in der Bundesrepublik und in Thüringen schrieb einen offenen Brief an Frau Künast, an unsere Ministerin für Verbraucherschutz und Landwirtschaft. Die Forderung haben sie formuliert: sofortige Aufnahme der Impfung und eine weitere Herstellung von Impfstoff. Da sind ja nun nicht unsere Tierärzte irgendetwas dahergelaufenen Deppen.

(Beifall Abg. Vopel, CDU)

Also wollen wir einmal sagen, eine ganz, ganz wichtige Geschichte. Ich hatte ja heute früh schon bei dem Thema BSE gesagt, die Herdenschlachtung ist Wahnsinn. Genauso sage ich, das Verbrennen und das Umbringen der Tiere ist Wahnsinn. Warum? Ich will Ihnen ein Zitat bringen aus der Brockhausausgabe 1991, damit Sie das auch alle verstehen und das überall mit unterstützen. Die Frage der Impfung, der Ringimpfung muss ich sagen, wie es heute

der Herr Dr. Pietzsch gesagt hat, dass er da noch einmal in Berlin vorstellig wird, ist erst einmal ein erstes Plus, das müssen wir alle anerkennen, weil es ja weltweit nur um Kohle geht und nicht um irgendwelche Tiere. Jeder will nur verdienen an den Tieren, die so geschändet sind, wenn sie Maul- und Klauenseuche haben. Die Brockhausausgabe sagt: "In der Bundesrepublik Deutschland", die ist von 1991, damit Sie das hören, es ist zwar schon einmal andersherum gesagt worden, "ist die Erkrankung" ...

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Seid doch mal ruhig.)

ich würde sagen, man sollte erst einmal kurzzeitig noch das Gespräch unterlassen, sonst rede ich jedesmal hinein, wenn Sie reden hier, das sage ich Ihnen, Frau Arenhövel, ich will nämlich jetzt einmal was anderes sagen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Der Brockhaus sagt: "Seitdem die Rinder in der Bundesrepublik alljährlich vorbeugend geimpft werden, kommt es nur noch selten und örtlich nur begrenzt zu Ausbrüchen der Maul- und Klauenseuche." Also man muss die Tiere nicht töten. Schade, dass ich so alt bin, sonst wäre ich noch länger bei Euch, aber ich bin eben einmal 62 Jahre und habe 1950 einen Ausbruch im elterlichen Hof erlebt und da hat mein Vater über die 27 Kühe, die wir damals hatten, einen Strohwisch genommen, hat sie alle infiziert, die Milch wurde abgekocht und trotzdem von uns getrunken. Schauen Sie mich an, ich bin doch noch ein gestandener Mann.

(Beifall im Hause)

Nach dem Abklingen der Krankheit haben die nach acht Wochen wieder ihre ordentliche Milch gegeben, das dauert etwas länger. Der größte Schaden passiert bei den kleinen Ferkeln, 12 an der Zahl im Schnitt von einer Sau bei einem Wurf, die sterben meistens. Aber die Sauen und die Kühe überleben. Im Ernstfall passiert ein Ausschuh der Klauen, der Hufe und wenn ein Ausschuh passiert, dann muss natürlich das Tier getötet werden. Und vielleicht hat das der Bauer aus Niederrimmern gemeint, wenn er das zu einem Reporter gesagt hat. Ich habe es auch gelesen, ich wollte es nicht bringen. Tote Tiere isst ja noch nicht einmal ein Kannibale, der isst lebendes Zeug und macht das nicht. Das ist bestimmt ein Verschreiber, Frau Dr. Klaus.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber an dem Beispiel sehen Sie, die das nicht können, die hören, was da alles passiert ist. Letztens hat unser Minister für Landwirtschaft gesagt, das ist mir heute früh nicht geglückt, das noch einmal zu sagen, er hat gesagt, wäre bei uns als Erstes ein BSE-Fall aufgetreten, dann hätten die uns geschlachtet. So sieht er das und so muss man das sehen, wenn so viele Desinformationen und andere Sachen passieren, wie wichtig das ist, dass genau und

sachlich über die Sache geredet wird. Ich hatte nun noch die Möglichkeit, vorgestern den Minister für Umwelt, Prof. Dr. Mietling, der in Rostock gelehrt hat, zu sprechen. Auch der hat mir gesagt: Konrad, versucht, dass die Minister in euren Bundesländern in Berlin vorstellig werden in Größenordnungen, dass geimpft und nicht getötet wird. Das ist auch einer, der eine ganze Zeit auf der Insel Riems mit geforscht hat, also ein ganz sachlicher, vernünftiger Mensch. Auf die psychischen Probleme der Tierhalter muss ich noch einmal hinweisen. Wenn ich gestern alles zugebracht habe, bin ich heute früh um 5.00 Uhr, das habe ich euch nicht erzählt, in einen anderen Kuhstall gefahren und da war das Tor offen. Ich hatte 10 Schlüssel bei mir. Ich sage, was hast denn du gemacht. Der kommt dann mit dem Traktor angefahren. "Wieso ist die Türe nicht zu?" "Konrad, ich wollte doch wieder rausfahren, die war doch offen." Und da komme ich gerade und die ist offen. Dieses psychische Problem, die Menschen sind in den Ställen, die übernachten, das haben wir alles gehört - zumindest in der Pressekonferenz ist das eindeutig den Journalisten gesagt worden - und das Töten der Tiere. Ich sage es noch einmal und letztmalig sage ich es heute. Wir haben es im Sonderausschuss für Landwirtschaft behandelt, wir haben es heute früh gesagt, wir sagen es jetzt: Das ist der blanke Wahnsinn. 1962 hatten wir einen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Thüringen. Ich habe da gerade am "Roten Kloster", wo ich gern studiert habe, in Meißen studiert. Da wurden immer die Experten ausgewählt für die LPG, die anderen großen Wissenschaftler haben in Jena oder in Halle studiert, ich war jedenfalls in Meißen und wir durften drei Wochen grundsätzlich nicht heimfahren. Alles war auf Heimfahrt am Wochenende ausgerichtet, wir wollten und durften nicht heimfahren. Da komme ich zu dem Problem, was uns bestimmt viel Schaden macht. Wir, die PDS, reden jahrelang schon von regionalen Wirtschaftskreisläufen. Wir werden das nie schaffen. Wir können nicht Berlin mit einem Netz von Schlachtereien umziehen und dort das Fleisch hinbringen. Da brauchen wir schon weitere Transporte. Aber wir müssen die Transporte einschränken und in England ist das deswegen so stark aufgetreten, wir haben in England nur noch, wollen wir einmal sagen, von 1.000 Schlachthöfen nur noch 400. Wissen Sie, wie weit das gefahren wird und das Vieh muss da durchgefahren werden jeden Tag. Sie haben ja gehört, was in den alten Bundesländern pro Hektar für Vieh steht. Wenn da zwei stehen und bei mir ein halber, müssen die dreimal so viel schlachten. Und in England läuft das Vieh frei in der Gegend herum, weil dort nicht so viel Kälte ist in großen Teilen. Die Kühe und und dann haben die noch so kleine Rinder, die können den ganzen Winter draußen sein. Das ist bei uns eben nicht ganz so. Dann haben sie auch fast keine Tierkörperbeseitigungsanstalten. Wir haben hier in der Nähe bei uns Kühnhäuser. Wir haben auch ein bisschen wenig, sage ich jetzt einmal, für eine so große Seuche. Aber man muss sich eben auch klar sein, und das sage ich hier noch einmal aus voller Überzeugung, neue Seuchenzüge bringen im Nachhinein auch neue, ganz andere, veränderte Bedingungen. Ich würde sagen, Thüringen muss das Signal geben, die sollen impfen das Zeug. Das werden sie nicht können. Ich meine, das

ist alles zu essen. Und die Dänen und die Holländer, habe ich hier schon einmal gesagt, die produzieren so viel Schweinefleisch und schaffen das nach Japan und schaffen das nach den USA. Das ist das Interesse, dass die nicht impfen. Wir ernähren uns zu 60 Prozent nur noch mit Schweinefleisch, umso weniger, das ist hier schon einmal gesagt worden, mit Rindfleisch. Wir können das alles selber ordentlich verzehren. Es sind die Antikörper, die manche nur denken, aber das ist Kohledenken, sage ich. Das ist denen ihr Verdienst. Alles andere sind Faxen. Und es ist nicht einer gestorben, weil diese Maul- und Klauenseuche auf den Menschen nicht übertragbar ist. Das muss ich dazu sagen. In England, das hatte ich schon gesagt, muss man natürlich sagen, da rede ich wieder das Wort der PDS, Regionalisierung. Die Tiere werden, 250 Mio. Stück, eine Zahl, die möchte ich einmal sehen, jedes Jahr durch Europa gekarrt in Größenordnungen. Und das ist auch ein Grund, dass sich die Maul- und Klauenseuche so schnell vermehrt und verbreitet. Wenn ich Ihnen sage, die haben nach dem 16.02.2001, wo das totale Importverbot von England kam, haben die noch 400 Schafe nach Hessen gebracht. Die finden 100 g Heroin in dem Schiff irgendwo, das finden die, mit Hunden oder was weiß ich nicht alles, aber 400 Schafe lassen sie durch. Also es ist alles wegen der Kohle, wegen dem vielen Geld mit krimineller Energie behaftet. Dagegen muss man überall einschreiten. Deswegen müssen die großen und weiten Transporte weg. Hier ist auch gesagt worden, wir könnten in Deutschland uns jetzt fast nicht mehr - zurzeit ist es jedenfalls so - selbst ernähren. Sicher können jetzt andere Länder einspringen, aber Sie wissen ja, es ist ja nicht nur Argentinien, es ist ja auch im vorderen Asien. Da ist es auch immer wieder Maul- und Klauenseuche und heute ist es auch schon wieder da. Also ich will deswegen zum Schluss noch einmal meine Auffassung sagen: Es gibt natürlich bei der EU noch keine rechtliche Handhabe. Es ist unbedingt nötig, wenn man das macht; Transporte über 300 km sind zu verteuern; die wollen ja auch eine Maut einführen. Sie haben ja gehört, wer alles schon redet. Die wollen ja mich sogar auf der Autobahn anhalten, wenn ich nicht bezahle, oder über den Computer wollen sie mich feststellen und nach einem halben Jahr sehe ich dann die Rechnung. Also könnten sie das bei den Tieren schon längst machen. Mit Infrarotbeleuchtung geht alles spielend, dass das nicht so weit gefahren wird, das ganze Viehzeug. Bei uns in Thüringen müssen wir nur aufpassen, Herr Minister, noch ein kleiner Hinweis: Der Landwirtschaftsbericht für Thüringen 2000, es gebe keine Angaben zum grenzüberschreitenden Agrarhandel, dann müssen wir einmal aufpassen, dass wir das in Thüringen auch noch ein bisschen genauer machen, denn dann käme auch noch mehr heraus weil ja nicht alles bekannt ist, was da untereinander noch neben vielen anderen Sachen passiert. Die haben ja auch einen Teil der Schweine beschlagnahmt in Hamburg am Hafen, die andere Hälfte war schon geschlachtet. So schnell geht das aus England. Das sind alles so Sachen, wo man mehr aufpassen muss. Ich hatte gesagt, eine solche Seuche, die jetzt in Europa da ist, das wird neue Sachen mit sich bringen, davon bin ich fest überzeugt. Aber wir könnten da wirklich ein bisschen mehr tun. Wenn die

EU das sagt, die Deutschen gehen doch sowieso einen Extraweg, die Frau Künast mit ihrer Mannschaft, die hat jetzt gesagt, wir testen jetzt erst einmal bis 24 Monate. Die anderen machen das noch lange nicht. Also ist das ein Extraweg. Und die Deutschen gehen auch einen Extraweg, wenn die Frau Künast bis heute nicht in der Lage ist, das kommt ja noch dazu, bei uns gehen vier weg, jetzt werden sogar meine Ställe schon voll. Ich habe immer gedacht, die werden nie wieder voll, und war traurig, weil das ja auch Ausgaben von Grundmitteln sind. Sie werden voll und voller. Da meine ich, das sind auch deutsche Wege, dass noch keine Kuh bei uns herausgeschlachtet worden ist. Das ist eine ganz schlimme Sache. Bekommen wir morgen die Maul- und Klauenseuche, was denken Sie, wie viele Tiere das mehr sind, die tot sind. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS, SPD; Abg. Braasch, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Wunderlich, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns doch jetzt sehr kurz fassen, weil ja das meiste schon gesagt worden ist. Es ist sehr viel über die Impfung gesprochen worden, Frau Dr. Klaus, Herr Scheringer. Der normale Menschenverstand sagt eigentlich, wir müssten es schon machen. Es muss die Diskussion in der Richtung geführt werden. Aber sind wir einmal ganz ehrlich. Ist der normale Menschenverstand in Deutschland heute, wenn das ganze Problem Maul- und Klauenseuche vorbei ist, nicht dass dann irgendein Wissenschaftler evtl. im Fernsehen wieder auftritt und irgend etwas findet und dann sagt, Leute, wir warnen vor geimpftem Fleisch von der Maul- und Klauenseuche. Es wäre der richtige Weg, aber bei der heutigen Hysterie und Panikmache zweifle ich manches Mal schon an dem normalen Menschenverstand in Deutschland. Aber, wie gesagt, die Diskussion muss in Deutschland und muss in Europa geführt werden.

Und noch etwas zu den Vorsichtsmaßnahmen: Offener Zugang zu den Ställen, Herr Scheringer hat ja auf Probleme und auf Beispiele hingewiesen. Und an die praktizierte Großzügigkeit heutzutage, auch wenn das wieder vorbei ist, sollten wir uns eben auch, als wenn wir über eine gläserne Produktion sprechen, müssen wir uns auch darüber mal unterhalten, wie wir damit umgehen. Aber eines verstehe ich nicht, es müssen natürlich auch die Außengrenzen Europas gesichert werden und auch in Deutschland. Ich kann nicht verstehen, dass heutzutage Fleischimporte aus der Dritten Welt, aus den ärmsten Ländern der Dritten Welt zugelassen werden, ich sage ganz ehrlich, wir sollten diesen Ländern auf irgendeiner anderen

Art und Weise helfen. Aber es ist kreuzgefährlich, weil gerade diese Länder von der Maul- und Klauenseuche eben auch betroffen sind. Und wenn ich an Amerika denke, wir wissen, wenn wir nach Amerika fahren oder fliegen und durch die Ausländerbehörde gehen, da haben wir auf der einen Seite den Drogenhund und auf der anderen Seite haben wir den Hund, der nach Nahrungsmitteln spürt. Ich glaube, das ist ein typisches Zeichen dafür, dass man auch in Deutschland und in Europa entsprechende Maßnahmen ergreifen sollte und vor allem, wir müssen innerhalb, und da appelliere ich an alle Bürger heutzutage, erst einmal von der Panik weg und auch Verständnis gegenüber den Bauern haben, auch wenn es die Neugierde ist, sich von den Ställen, wie es auch der Herr Scheringer und Frau Dr. Klaus gesagt haben, sich in der jetzigen Zeit fern halten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegt noch eine Redemeldung von Herrn Abgeordneten Wolf, CDU-Fraktion, vor.

Abgeordneter B. Wolf, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich versuche mich kurz zu fassen, ich weiß auch, wie spät es ist. Vielleicht trotzdem aber ein paar Dinge: Es ist schon ein paar Mal gesagt worden, trotzdem wiederhole ich es noch mal, weil ich es doch für sehr wichtig halte, dass das, was wir jetzt als Maul- und Klauenseuche hier in Deutschland haben - noch nicht haben, was aber uns in Europa bedroht -, ist keine neue Krankheit. Wir haben es von mehreren Vordnern schon gehört, es ist halt eine Zoonose, die auch nicht auf den Menschen übertragen werden kann, das möchte ich an der Stelle noch mal wirklich auch betonen. Die Seuche ist leider weltweit latent vorhanden und es kommt immer wieder zu einem Ausbruch dieser Seuche und dann mit den schrecklichen Folgen. Die letzte große, schlimme Erscheinung hatten wir in Deutschland getrennt nach alten und neuen Ländern in den 80er-Jahren, auch damals sind viele Tiere dieser Seuche zum Opfer gefallen.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen, weil in den Medien das ab und zu mal gern vermischt wird, Maul- und Klauenseuche hat nichts mit BSE zu tun. Auch die Verbreitung und zum Glück auch alles, was an Infektionswegen und das ist sogar der "Vorteil" von BSE, es wird zum Glück nicht so übertragen wie die Maul- und Klauenseuche, denn die Viren, es ist der große Nachteil der Maul- und Klauenseuche, wenn sie einmal vorhanden sind, sind sie auch relativ schnell in großer Zahl vorhanden und vor allen Dingen auch in Produkten vorhanden, wo das Virus monatelang infektiös bleiben kann, ja selbst im Stallschmutz, selbst in Mist und Jauche kann es bis zu Wochen lang infektiös bleiben. Wir haben mehrfach vorhin darüber geredet, warum die Tiere zu töten sind, ich will das jetzt hier alles nicht noch mal wiederholen. Ich möchte trotz-

dem darauf hinweisen, dass es ein wichtiger Punkt ist, die Frage des Impfens. Ich stelle mich jetzt hier nicht hin und sage, man soll nicht impfen. Und ich werde mich aber auch nicht so hinstellen wie die SPD und sagen, das Impfen wäre die Lösung unseres Problems. Ich akzeptiere das Argument, dass man sagt, man könnte mit dem Impfen die Ausbreitung verhindern. Ich akzeptiere aber auch das Argument, wenn mir wichtige Leute sagen, ich kann an dem Fleisch, das ich nachher vorliegen habe, nur noch testen, ob Antikörper vorhanden sind. Ich weiß aber nicht mehr, ob das Antikörper sind, die in dem Fleisch sind, weil das Tier erkrankt war oder weil das Tier irgendwann geimpft wurde. Und aus diesem Grunde wird uns kein Dritter solches Fleisch abnehmen. Und auch dieses Argument muss ich akzeptieren. Ich möchte aber trotzdem auf ein Randproblem hinweisen, da, wo das Impfen auch Sinn machen würde. Denn die Krankheit kann eben bei allen Paarhufern auftreten, bei allen Paarzähern auftreten und wir haben eine große Anzahl von Zootieren, auch in Thüringen. Und da halte ich es wirklich für wichtig, darüber nachzudenken, gerade vor allem an den Stellen, wo man über große züchterische Leistungen versucht hat, Tierbestände wieder aufzubauen oder zu erhalten. Diese Tiere werden mit Sicherheit nie dem menschlichen Genuss zugeführt werden, von daher macht es Sinn, darüber nachzudenken, diesen Tierbestand zu impfen.

(Beifall bei der CDU)

Und eins ist wichtig, dass ist das, wenn man sich mit gestandenen, mit gewachsenen Bauern unterhält, Grundregel ist, und das auch ein Problem ist, was ab und zu immer wieder einschleift, dass eben die Sauberkeit und die Hygiene, und da gehört es eben auch dazu, dass kein Fremder irgendwo in den Stall tappt oder die Tiere streichelt oder wie auch immer und dass auch bei jedem im Kopf drin bleibt, dass man halt keine Nutztiere irgendwo als Schmusetiere und als Haustiere "betrachtet", denn auch dieses ist der Weg und Herr Scheringer hat es vorhin so drastisch mit den Zahlen genannt. Wir sollten wirklich darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, Tiere über diese großen Wege kreuz und quer durch Europa zu karren, denn auch das ist sicherlich

(Beifall im Hause)

mit ein Grund, warum sich nach wie vor Seuchen in diesen Größenordnungen verbreiten. Ich habe jetzt hier noch eine ganze Menge vorbereitet gehabt zum Virus selber, aber es kann jeder, den es interessiert, an der einen oder anderen Stelle nachlesen, deswegen mache ich an der Stelle Schluss. Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redemeldungen mehr vor. Der Landwirtschaftsminister noch einmal.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte Sie eigentlich nur auf einen Artikel in der TLZ von heute aufmerksam machen, überschrieben mit "Animal farm" von Matt Radley, einem britischen Biologen und Wissenschaftsautor geschrieben und darf Ihnen vielleicht mal zum Abschluss der heutigen Debatte daraus drei oder vier Sätze zum Besten geben und möchte Sie einfach nur bitten, darüber auch mal mit nachzudenken bei dem ganzen Geschehen, was wir jetzt haben. Unter anderem wird dort die Frage gestellt: Haben denn die Katastrophen in der Landwirtschaft nicht zugenommen? Stolpern wir nicht von einer Katastrophe in die andere, von einer Epidemie in die andere? Er sagt aber klipp und klar, nein, dem ist nicht so. Wir haben nicht mehr und nicht weniger, als es immer schon waren. Er warnt eigentlich ein bisschen davor, dass wir uns dieser Hysterie mit beugen ...

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU)

Thomas, das ist aber wirklich wichtig, weil er hier was sagt, wo wir uns alle fragen müssen: Warum ist es denn so, warum waren wir 30 Jahre lang frei? Warum ist es bis jetzt nicht gewesen? Und er warnt davor, dass gerade jetzt viele Politiker, Umweltschützer und Journalisten die Schuld den modernen landwirtschaftlichen Methoden geben, dass dadurch wieder diese Krankheiten auftreten.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU:
Genauso ist es!)

Dem ist es aber nicht so. Er schreibt ganz einfach, das ist Unsinn. Die Maul- und Klauenseuche ist eine sehr alte Krankheit, die in Europa schon lange vor der Erfindung der modernen Tierhaltung aufgetreten ist. Und tatsächlich hat Europa eigentlich den Virus nur Dank der Modernisierung der Landwirtschaft ausrotten können. Von der Seuche frei sind jene Teile der Welt, die ihre Landwirtschaft am stärksten modernisiert, am stärksten mechanisiert haben und die auch viel investiert haben, z.B. Nordamerika, Australien und große Teile von Westeuropa. Aber die Länder dagegen, in denen die Maul- und Klauenseuche immer noch epidemisch ist, haben eine lokale kleinbäuerliche Landwirtschaft, z.B. Indien, China, Brasilien und Tansania. Und auch in England, wo die Seuche ausgebrochen ist, war das ja keine Großfarm, sondern es war ein kleinbäuerlicher Betrieb, der die Schweinezucht mit altmethodischen Methoden auf einem geringen technischen Niveau betrieben hat, der Futter verwendet hat, Speisereste als Futter verwendet hat. Und wir wissen gerade, wie gefährlich Speisereste sind, wenn die nicht ordentlich behandelt werden, wenn die nicht vier Stunden lang erhitzt und gekocht werden, dann habe ich die ganzen Krankheitserreger da drin. Ich will es dabei lassen, möchte nur den einen oder anderen bitten, diesen Artikel mal zu lesen, weil ja gerade in der heutigen Zeit alles darauf geschoben wird und viele

Leute sehr schnell dabei sind, das auf unsere Großanlagen und die Massentierhaltung, industriemäßige Landwirtschaft, modernen Methoden zu schieben und ihr Heil darin sehen, wieder zurückzukehren zu einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Das ist ganz gefährlich, so zu denken. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Und es gibt noch eine Wortmeldung von Minister Dr. Pietzsch.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist eine sehr lange Debatte um das Thema geworden. Ich denke, es ist auch nötig, dass man lange darüber diskutiert. Ich möchte an dieser Stelle noch mal allen Beteiligten, die an dieser Aktion, der Polizei, den Leuten, die da auf dem Hof sind, herzlich danken für ihren Einsatz. Die Polizei wird ja weiterhin im Einsatz bleiben mit ihren Sperren, bis absolute Entwarnung gegeben werden kann. Ich möchte mich auch bedanken für die sachliche Auseinandersetzung mit Einschränkungen. Sehr verehrte Frau Dr. Klaus, ich habe schon bei BSE festgestellt, dass Sie Ihren kritischen Fachverstand, wenn Sie für die SPD reden zu solchen Sachen, an der Kasse abgeben, ich sage ausdrücklich "kritischen Sachverstand".

(Beifall bei der CDU)

Was das Impfen angeht, ist es nicht so, dass man oben eine Spritze reinsteckt und unten kommt das gesunde Tier automatisch raus. Sie wissen ganz genau und Herr Scheringer, das wissen Sie auch, dass es ein Unterschied ist, ob ich in Zeiten von gesunden Tieren impfe oder ob ich in ein solches Geschehen hinein impfe. Das ist ein Riesenunterschied und diesen Unterschied müssen wir machen. Und wir müssen wissen, was für ein Seuchenverhütungs- oder Beseitigungsregime man hat. Es mag ja sein, dass die EU auf ein falsches Regime gesetzt hat, aber solch ein Regime kann man nicht von heute auf morgen ändern. Und deswegen, die Ringimpfung, die Notimpfung ist erlaubt. Wir müssen sie beim Bund beantragen und der Bund muss sie bei der EU beantragen. Wir sind davon abhängig. Thüringen kann nicht sagen, jetzt impfen wir mal. Und schon gar nicht kann Thüringen sagen in dieser Situation, wir impfen flächendeckend. Das bringt auch eine gewisse Gefahr.

Meine Damen und Herren, wenn wir vor 14 Tagen/3 Wochen geimpft hätten, dann könnten wir uns heute nicht mehr auf den Test verlassen, der in Tübingen gemacht wird. Denn es ist bekannt, ich bin ja kein Veterinärmediziner, aber ich habe mir berichten lassen von erfahrenen Leuten, dass seit einigen Wochen, gar nicht so lange her, aber in

solcher Situation wird ja immer intensiver geforscht, dass seit einigen Wochen klar ist, dass der serologische Titer zwischen Vaccinetiter und Feldvirustiter nicht zu differenzieren ist. Das heißt also mit anderen Worten, die Tiere, die wir gestern nach Tübingen geschickt haben, die würden garantiert mit einem positiven Titer, wenn sie geimpft worden wären, belastet sein oder würden einen positiven Titer haben. Wir würden heute annehmen müssen, sie sind positiv.

Meine Damen und Herren, ich will nur darauf hinweisen, ich bin nicht generell gegen das Impfen, keineswegs, als Humanmediziner kann ich das nicht sein, aber man muss genau wissen, was man macht und man muss es differenziert angehen. Alles hat sein Positives und sein Negatives. Sie wissen, dass wir auch in der Humanmedizin unterdessen von so manch einer Impfung abgerückt sind, weil wir sagen, die Gefahren, die damit verbunden sind, von Komplikationen, sind heutzutage bei der Durchimpfung größer als die Hilfe, die es geben kann. Ich bitte Sie, dies ganz einfach nicht aus dem Auge zu verlieren, und ich bitte Sie, zu akzeptieren, dass selbst diejenigen, die gegen die Impfung sind, dass die nach guten und gangbaren Wegen suchen. Ich gebe natürlich zu, dass die Fleischvermarktung dabei eine ganz wesentliche Rolle gespielt hat. Wenn wir also eine Ringimpfung machen würden, Herr Scheringer, wenn wir dieses beantragen und machen, dann können wir ganz sicher sein, dass diejenigen, bei denen diese Ringimpfung gemacht worden ist, ihre Tiere, ihr Fleisch nicht mehr loswerden. Das müssen wir auch mit berücksichtigen, wenn wir darüber nachdenken.

Also, meine Damen und Herren, gehen wir differenziert an die Angelegenheit ran; ich werde mit Sicherheit alles, was zur Sicherheit der Tiere und zur Sicherheit natürlich auch der Menschen möglich ist, unternehmen. Und ich denke, wir haben bisher das höchstmögliche Maß an Sicherheit bei den Maßnahmen, die wir eingesetzt haben, im Auge behalten. Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Dr. Klaus, wollten Sie eine Anfrage stellen oder einen Redebeitrag noch?

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Herr Minister Dr. Pietzsch, ich verstehe nicht, warum Sie jetzt, nachdem wir hier eine sachliche inhaltliche Debatte geführt haben, nicht verstehen wollen, worum es hier geht. Vielleicht sollen Sie die Hinweise etwas ernster nehmen, die Ihnen von Ihren bekanntermaßen guten fachlichen Beratern gegeben werden, und vermeiden, Dinge zu unterstellen, die hier nicht gesagt worden sind. Ich habe ohne Vorwurf gesagt, die Entscheidung die 1991 bezüglich der Nichtimpfung gefällt worden ist, hat sich als nicht tragfähig in der heutigen Situation er-

geben, belegt durch die Fälle in Großbritannien. Das Prinzip war: Erkennen der Seuche, Keulen des Bestandes und damit Ausrotten der Seuche. Das war das Prinzip. Dieses Prinzip ist bei über 200 Ausbrüchen jämmerlich gescheitert. Das war das, was ich gesagt habe, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, das hat nichts damit zu tun, dass hier irgendjemand aus unserer Fraktion es nötig hätte, seinen fachlichen Sachverstand irgendwo abzugeben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Und ich bitte Sie auch in Ihrem ureigensten Interesse zu bedenken, Sie müssen sich, wenn alle Veterinärämter, was ich ohne weiteres zur Kenntnis nehme und glaube, gut gerüstet sind, hinstellen und im Zweifelsfall sagen: Dieser Bestand muss jetzt getötet werden. Und Sie werden sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, wenn Sie nicht alles unternommen haben, um das zu vermeiden, dass hier eine Krankheit vorliegt, die zweifelsfrei ohne Probleme für den Menschen ist, die in der Vergangenheit erfolgreich mit einer anderen Strategie bekämpft worden ist. Sie müssen sich dann die Frage gefallen lassen, ob Sie alles unternommen haben, um das zu vermeiden und hier Schaden zu verhüten. Und es gehört zur Ehrlichkeit der Diskussion dazu, dass man den Menschen in unserem Land sagt: Wenn sie dieses geimpfte Fleisch ablehnen, müssen sie unter Umständen damit leben, dass dieses Land mit Fleisch versorgt wird, was nicht aus Thüringen und noch nicht mal mehr aus Deutschland ist. Das gehört zur Ehrlichkeit auch mit dazu. Und mir ist es doch egal, ob in erster Linie jetzt die Ringimpfung gemacht wird und später mal über ein generelles Impfreime nachgedacht wird. Ich möchte, dass diese beiden gestandenen Herren in Berlin auftreten und dafür plädieren, dass unsere Tierbestände jetzt durch eine Impfung geschützt werden und nicht einer eventuellen Keulung zum Opfer fallen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Ich kann feststellen, dass das Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfüllt ist, falls dem nicht widersprochen wird. Es wird nicht widersprochen und das Berichtersuchen ist erfüllt und ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 a.

Ich schließe damit auch die heutige Plenarsitzung und weise darauf hin, dass die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen am 5. und 6. April 2001 stattfinden. Einen guten Nachhauseweg.

Ende der Sitzung: 17.40 Uhr